

DIE WELTWOCHEN



Die Schweiz macht sich frei

Selbstbestimmung statt Fremdbestimmung.

Von Alex Baur und Roman Zeller

Sonnenkönigin von Wil

Die Ich-Politikerin Karin Keller-Sutter. *Von Philipp Gut*

Lob der Kinderarbeit

Mehr Verantwortung, weniger Probleme.

Von Allan Guggenbühl





MEILENHOCH.

DINERS CLUB MILES & MORE.

1 PRÄMIENMEILE
PRO
CHF 1
UMSATZ.



Partner von
Miles & More
Lufthansa

PROFITIEREN SIE VON 10'000 WILLKOMMENSMEILEN!
Entdecken Sie unser Sonderangebot unter dinersclub.ch/de/milesandmore



powered by **cornercard**



Wer hat das letzte Wort? Professor Vogt.

Als *Weltwoche*-Redaktor Alex Baur Professor Hans-Ueli Vogt an der Universität Zürich für ein Interview aufsuchte, klopfte er zuerst versehentlich bei Professorin Helen Keller an. Die beiden hochdekorierten Juristen arbeiten fast Tür an Tür, doch liegen Welten zwischen ihnen: SVP-Nationalrat Vogt ist der Vater der Selbstbestimmungsinitiative, die Strassburger Richter Keller die vielleicht vehementeste Gegnerin des Volksbegehrens. Persönlich kämen die beiden Rechtsprofessoren ganz gut miteinander zu Gange, ist aus dem Umfeld zu vernehmen, doch im Abstimmungskampf um die richtige Interpretation der Verfassung schenken sie sich nichts. Vogt und Keller verkörpern zwei Lehrschulen, die sich seit dem famosen imaginären Dialog von Platon im «Sophistes» vor über 2000 Jahren unversöhnlich gegenüberstehen. Übertragen auf die anstehende Volksabstimmung, lässt sich der alte Streit um die ultimative Wahrheit auf folgenden Kern reduzieren: Wer soll bei den grossen Fragen des Lebens und Zusammenlebens das letzte Wort haben – das Volk oder die Gelehrten? Baus Fazit: Theoretisch spricht alles gegen die Volksherrschaft – ausser dass sie in der Schweiz so unglaublich gut funktioniert. **Seite 16**

Was läuft da für ein Gottesdienst ab? Politiker aller Lager und Journalisten fast aller Medienhäuser gehen vor FDP-Bundesratsanwärterin Karin Keller-Sutter mit beinahe religiöser Hingabe in die Knie. Die St. Galler Ständerätin gilt weitherum als alternativlos. Gegenkandidaten ducken sich weg, kritische Fragen bleiben ausgeklammert. Wir stellen sie und zeigen, wie sich die frühere rechte Hardlinerin konsequent zur konsensorientierten Karrierepolitikerin umgemodelt hat, um die Unterstützung der Linken zu gewinnen. **Seite 30**

Über den Fall Khashoggi würden sie sich nicht äussern, meinten letzte Woche etliche Bewohner der saudischen Hauptstadt Riad. Das mysteriöse Verschwinden des in den USA wohnenden Journalisten war in den lokalen Medien zwar ein Thema. Aber die Saudis scheuen die



Angst vor Repressalien: Reporter Heumann in Riad.

Diskussion politischer Probleme, aus Angst vor Repressalien. Lieber sprechen sie über die Erfolge des Reformprozesses, den Kronprinz Mohammed bin Salman angestossen hat. Warum für diesen demokratische Reformen kein Thema sind, beschreibt Pierre Heumann in seiner Reportage. **Seite 42**

Amanda, Lady Harlech – wenigen mag der Name etwas sagen. Karl Lagerfeld allerdings versetzt er in kreative Höhenflüge. Besser bekannt als «Lagerfelds Muse», hat Lady Harlech in der Welt der Haute Couture, wo Ausbeutung und Obsession schon so manche Karriere beendeten, bis heute überlebt. Autor und Journalist Nicholas Farrell schreibt hier zum ersten Mal über seine Stiefschwester Amanda, über ihr Eisenherz und die zarten Blüten dieser *English rose*, deren grösste Gabe es ist, die Menschen aus ihrer kleinen Welt zu entführen. Oder, um Velvet Underground zu paraphrasieren: «Ich bin dein Spiegel, ich zeige dir, wer du bist, falls du es nicht weisst.» **Seite 50**

Ihre *Weltwoche*

SCHLAFLOS? ÜBERMÜDET? GEREIZT?

ZEIT FÜR EINE AUSZEIT.

Bei uns finden Sie das ideale Umfeld
und ein umfassendes medizinisches
Angebot dafür.

Seeklinik Brunnen | Gersauerstrasse 8 | 6440 Brunnen
T 041 825 48 48 | www.seeklinik-brunnen.ch
Ein Klinikum der AMEOS Gruppe

Impressum

Herausgeberin: Weltwoche Verlags AG, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich
Die *Weltwoche* erscheint donnerstags.
Redaktion: Telefon 043 444 57 00, Fax 043 444 56 69, E-Mail-Adressen: vorname.name@weltwoche.ch, leserbriefe@weltwoche.ch
Verlag: Tel. 043 444 57 00, Fax 043 444 56 07, E-Mail: verlag@weltwoche.ch
Internet: www.weltwoche.ch
Abo-Service: Tel. 043 444 57 01, Fax 043 444 50 91 E-Mail: kundenservice@weltwoche.ch
Jahresabonnement Inland Fr. 334.– (inkl. MwSt.)
Schnupperabonnement Inland Fr. 38.– (inkl. MwSt.)
Weitere Angebote für In- und Ausland unter www.weltwoche.ch/abo

Gründer: Karl von Schumacher (1894–1957)
Verleger und Chefredaktor: Roger Köppel
Chefredaktion: Philipp Gut (Stv.), Beat Gygi (*Wirtschaft*)
Produktionschef: Lukas Egli

Redaktion: Michael Bahnerth, Rico Bandle (*Leitung Kultur*), Alex Baur, Erik Ebneter, Katharina Fontana, Urs Gehrig (*Leitung Ausland*), Hubert Mooser, Christoph Mörgeli, Florian Schwab, Roman Zeller (*Volontär*)

Redaktionelle Mitarbeiter: Miroslav Barták, Peter Bodenmann, Silvio Borner, Henryk M. Broder, Peter Hartmann, Pierre Heumann, Andreas Honegger, Peter Holenstein, Mark van Huiseling, Hansrudolf Kamer, Peter Keller, Wolfram Knorr, Wolfgang Koydl, Franziska K. Müller, Matthias Matussek, Daniela Niederberger, Linus Reichlin, Chris von Rohr, Peter Ruch, Peter Rüedi, Thilo Sarrazin, Kurt Schiltknecht, Beatrice Schlag (*Los Angeles*), David Schnapp, Claudia Schumacher, Hildegard Schwaninger, Sacha Verna (*New York*), Max Wey, Sami Yousafzai (*Pakistan/Afghanistan*), Kurt W. Zimmermann

Produktion: Benjamin Bögli, Roy Spring
Layout: Daniel Eggspühler (*Art-Director*), Karin Erdmann

Bildredaktion: Martin Kappler, Sebastian Scholz (*Assistent*)
Korrektorat: Cornelia Bernegger (*Leitung*), Viola Antunovits, Renate Brunner, Nadia Ghidoli, Sandra Noser, Katharina Dillier, Dieter Zwicky
Sekretariat: Sabine Mähner (*Leitung*), Inga-Maj Hojajj-Huber

Verlagsgeschäftsführer: Guido Bertuzzi
Anzeigenverkauf: Sandro Gianini (*Leitung*), Gabriel Lotti, Brita Vassalli
Anzeigen-Innendienst: Samuel Hofmann (*Leitung*)
Tel. 043 444 57 02, Fax 043 444 56 07
E-Mail: anzeigenid@weltwoche.ch
Online-Vermarktung: Jonlinio GmbH
Tarife und Buchungen: weltwoche@jonlinio.com
Druck: Print Media Corporation, PMC, Oetwil am See

Die Wiedergabe von Artikeln und Bildern, auch auszugsweise oder in Ausschnitten, ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion gestattet.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen.

Der *Weltwoche*-Inhalt ist gedruckt auf Recyclingpapier, das aus 100 % Altpapier hergestellt wird. Es schont Ressourcen, Energie und somit die Umwelt.



Anlageideen, die man nicht verpassen will.

Personalisiert – per Push oder SMS.
UBS Digital Banking. Ganz praktisch.

Lob der Globalisierung

Wo Trump, Bannon und Gauland irren. Von Roger Köppel

Vor bald zwanzig Jahren sass ich in der Jury des höchsten deutschen Journalistenpreises. Diskutiert wurde eine lange Reportage, die sich kritisch mit der Herstellung eines Rasierapparats befasste. Was dem Autor besonders missfiel, war der Umstand, dass dieser Rasierapparat grenzübergreifend in verschiedenen Ländern produziert wurde. Einzelne Teile kamen aus Nordafrika, andere aus Asien. Zusammengeschraubt wurde das Ganze in Deutschland. Skandalös war aus Sicht des Verfassers, dass die Arbeiter in Nordafrika und Asien weniger verdienten als die Arbeiter in Deutschland. Das Wort «Ausbeutung» fiel im Text mehrmals.

Die Jury war der Meinung, dass es sich bei dieser «globalisierungskritischen Reportage» um ein Meisterwerk des Journalismus handle. Selten seien so anschaulich die «kapitalistische Treibjagd» beschrieben worden und das «Lohndumping», der «grenzenlose Wettbewerb», der die Menschen krank mache und die Löhne nach unten drücke. Als Einziger fand ich den Text schlecht, sprachlich in Ordnung, aber dumm, analytisch daneben. Als ich einwarf, dass der hier beschriebene Vorgang der internationalen Arbeitsteilung die Menschen nicht ärmer, sondern reicher gemacht habe, erntete ich Verachtung: «Nicht alles, was Ihrer Ideologie widerspricht, ist schlechter Journalismus.» Das linke Antiglobalisierungerpamphlet gewann im Wettbewerb den ersten Preis.

Ich musste an die Juryszene denken, als ich Bob Woodwards grossartiges Buch «Fear» über Donald Trump las. Woodward gehört zu den erfolgreichsten und anerkanntesten Journalisten der USA. Sein akribisch recherchierter Bericht liest sich wie ein Thriller, voller Anekdoten und packender, zum Teil lustiger Dialoge, aber es steckt auch eine interessante Botschaft dahinter. Woodward schildert und kritisiert vor allem die globalisierungsfeindliche Grundhaltung des Präsidenten, seine Abneigung gegen den Freihandel und seine Freude am Protektionismus, obschon er ihn noch nicht so scharf umgesetzt hat wie befürchtet. Beschrieben wird eine Szene, als Trump nach dem G-20-Gipfel in Hamburg auf einem Redemanuskript den Satz «Trade is bad» notierte, «Handel ist schlecht.» Endlich, folgert Woodward, habe Trump den «ehrlichsten Ausdruck seines Protektionismus, seines Isolationismus und seines glühenden Nationalismus» gefunden.

Vor zwanzig Jahren kam die Globalisierungskritik von links, heute kommt sie von rechts. Als Trumps einstiger Chefstrategie Steve Bannon auf Einladung der *Weltwoche* in Zürich sprach, nannte er die Finanzkrise von 2008 den entscheidenden Auslöser der «populistischen Revolte» gegen das «Establishment». Inzwischen versucht der von Trump geschasste Bannon in Europa eine «Internationale der Nationalisten» auf die Beine zu stellen. Was wie ein Selbstwiderspruch klingt, ist wahrscheinlich einer. Europa ist nicht die USA. Die «Nationalisten» oder «Populisten», wie sie je nachdem genannt werden, zeichnen sich ja gerade dadurch aus, dass sie sich nicht international, sondern eben national definieren, also in Abgrenzung von andern. Der Versuch, sie alle in einen Topf zu schmeissen, dürfte sich als schwierig, wenn nicht als unmöglich erweisen.

Einer, der sich von Bannon distanziert, aber so redet wie er, ist der hochgebildete und kultivierte AfD-Mitvorsitzende Alexander Gauland. Er schrieb kürzlich in der *Frankfurter Allgemeinen* einen weithin beachteten Aufsatz unter dem Titel «Warum muss es Populismus sein?». Auch Gauland bezieht sich auf die Finanzkrise. Er kritisiert den «Egoismus der Globalisten», deren «Bindung an die Heimat schwach ist» und die ihre Unternehmen «nach Indien verlagern, um dort besonders billig zu produzieren». Die europäischen Pleitestaaten hätten zuerst die internationalen Banken finanziert und dann «Hunderttausende Einwanderer alimentiert». Diese Konstellation habe nach einer «Fundamentalopposition» verlangt, und die hätte genausogut von links kommen können. Das habe, ergänzt Gauland, die deutsche Linkenpolitikerin Sahra Wagenknecht begriffen. Gaulands Essay löste unerwarteten Zuspruch aus, unter anderem von Jakob Augstein, dem linken *Spiegel*-Erben.

Trump, Bannon und Gauland haben sicher recht mit ihrer Kritik an versagenden Eliten in Wirtschaft und Politik. Sie treffen auch einen Punkt, wo sie sich gegen internationale postdemokratische Polit-Strukturen wenden. Falsch aber ist ihre Polemik gegen den Freihandel, gegen die Marktwirtschaft und gegen die angeblich so heimatlosen «Globalisten». Natürlich gibt es Manager, die massiv



Schweizer Welteroberer.

versagt haben, aber es gibt eben auch und noch viel mehr Unternehmer und Konzernchefs, die nicht versagt, sondern gewaltigen Wohlstand schaffen und geschaffen haben.

Die Antwort auf die Übel der Finanzkrise kann nicht im Protektionismus bestehen, in der wirtschaftlichen Abschottung, in der «Fundamentalopposition» gegen Leute, die mit ihren Produkten und Dienstleistungen die Welt erobern und Millionen von Kunden glücklich und zufrieden machen. Wer sich gegen den grenzübergreifenden Freihandel, wer sich gegen die wirtschaftliche Globalisierung und die Arbeitsteilung stellt, stellt sich gegen den Wohlstand, gegen den Fortschritt und letztlich gegen die Zivilisation.

Da lobe ich mir die Schweiz. Die von ihren Kritikern als ultrapopulistisch und trumpistisch abgestempelte SVP ist nicht nur im Quervergleich ein Ausbund an Internationalismus und marktwirtschaftlicher Weltoffenheit. Eine ihrer prägendsten Figuren, der Exportunternehmer Christoph Blocher, gehört zu den erfolgreichsten Schweizer Globalisten der letzten fünfzig Jahre. An diesem Punkt wird auch deutlich, dass es auf die feinen Unterschiede ankommt: Die Schweiz ist, zum Glück, weder Deutschland noch Amerika. Sie kann sich kein protektionistisches Bei-sichselber-Stehenbleiben leisten. Die SVP mag wie die meisten Schweizer eine schützende Hand über die Bauern legen, aber sie ist noch weniger als andere bereit, eine Politik zu unterstützen, die den Leuten die Lebenslasten abnimmt, die sie selber tragen müssen. Globalisierungskritik in der Schweiz ist links, nicht rechts. Die Rechten sollten sich diesbezüglich nicht von Trump und Kollegen inspirieren lassen.

Qualität ist nicht unser Anspruch, sondern eine Selbstverständlichkeit.

Ihre Privatklinik für Chirurgie und individuellen Service. pyramide.ch



Spitze für Sie





Spirit des Sprayens: Smash 137. Seite 26



Goldener Käfig: Amanda, Lady Harlech. Seite 50



«Wir wollen nicht, dass Gerichte politische, demokratische Entscheide aufheben.»

Hans-Ueli Vogt: Seite 18

Titelgeschichte

- 16 **Selbstbestimmungs-Initiative**
Kampf um das letzte Wort
- 20 **Intime Feinde**
Die zehn wichtigsten Gegenspieler

Interviews

- 18 **Hans-Ueli Vogt** Der Jurist und SVP-Nationalrat zu den Auswirkungen der Selbstbestimmungs-Initiative
- 46 **László Trócsányi**
Der ungarische Justizminister über «geistigen Totalitarismus»

Kommentare & Analysen

- 5 **Editorial**
- 9 **Kommentar** Ich verzichte
- 10 **Wirtschaft** Abgestürzt
- 10 **Politik** Klimawandel ohne Hysterie
- 11 **Eilmeldung** Bayern: Es grünt so grün
- 12 **Kopf der Woche** Marcello Foa: Il Presidente
- 24 **Essay der Woche** Allan Guggenbühl: Plädoyer für die Kinderarbeit
- 28 **Mörgeli** Hirnforscher Honegger
- 28 **Bodenmann**
CVP: Ein linientreuer Lin-Lin ...
- 29 **Medien** Grosse Party mit roten Nasen
- 29 **Die Deutschen** Utopia GmbH

Inland

- 30 **Karin Keller-Sutter**
Applaus aus allen Lagern

- 32 **Viola Amherd**
Diskrete Einstreicherin
- 33 **Linke Ladykiller**
Wie die SP Frauen abserviert
- 34 **Jürg Lauber** Der Schweizer Diplomat und der Migrationspakt
- 35 **Zuwanderung** Personenfreizügigkeit mit der Welt
- 36 **Beat Villiger** Ärger für den Zuger Regierungsrats
- 40 **Der frechste Radar der Schweiz**
Ein Jus-Student probt den Widerstand
- 41 **Ignazio Cassis** «Vision 2028»: Innensicht in der Aussenpolitik

Ausland

- 42 **Saudi-Arabien** Steht das Volk noch hinter Premier bin Salam
- 44 **Inside Washington** Welcome Home!
- 45 **Scharia über alles**
Essay von Kacem El Ghazzali
- 47 **Brief aus Reykjavík**

Wirtschaft & Wissenschaft

- 40 **Crypto Finance** Angriff auf das traditionelle Bankgeschäft
- 56 **Noch ist Griechisch nicht verboten**
Plädoyer für die alte Sprache
- 60 **Mysterien der Weltgeschichte** Der Mann, der ins KZ Auschwitz einbrach

Kultur & Gesellschaft

- 26 **Graffiti und Gerechtigkeit**
Adrian Falkner alias Smash 137
- 48 **Ikone der Woche**
Kanye West trifft Donald Trump

- 50 **Karl Lagerfelds Muse**
Amanda, Lady Harlech
- 54 **Liebe und deren Widerruf**
Büchner-Preisträger Arnold Stadler
- 57 **Michael Köhlmeier**
Im Gestrüpp der Psychoanalyse

Rubriken

- 9 **Im Auge** Luigi Gubitosi
- 14 **Personenkontrolle**
- 15 **Nachruf** Paul Allen
- 58 **Die Bibel** Gütergemeinschaft und Sozialismus
- 58 **Kino** «Dogman»
- 59 **Knorrs Liste**
- 59 **Jazz** Samuel Blaser
- 61 **Fragen Sie Dr. M.**
- 61 **Gewinner der Woche**
Ceva Logistics
- 62 **Thiel** Überlastet
- 62 **Namen**
Handschrift des Choreografen
- 62 **Fast verliebt** Zweierlei Mass
- 63 **Unten durch** Der Polier
- 64 **Wein** Sizilianischer Barock
- 64 **Salz & Pfeffer**
Koch des Jahres
- 65 **Auto** Porsche 911 GT3 RS
- 66 **Darf man das?/ Leserbriefe**

The Breitling Cinema Squad
Charlize Theron
Brad Pitt
Adam Driver



AIR

LAND

NAVITIMER 8

SEA



BREITLING
1884

#SQUADONAMISSION

BREITLING BOUTIQUE
GENEVA • LAUSANNE • ZERMATT
ZURICH

Pionier-Flussreise in Russland bis zum Weissen Meer



Solowezki Kloster, Weisses Meer



Freilichtmuseum, Insel Kishi



Roter Platz, Moskau

NEU St. Petersburg–Mandrog–Sosnowez–Moskau mit renovierter MS Thurgau Karelia****

- 1. Tag Zürich–Moskau–St. Petersburg** Individuelle Anreise zum Flughafen Zürich. Flug via Moskau nach St. Petersburg. Transfer und Einschiffung.
- 2. Tag St. Petersburg** Stadtrundfahrt. Freie Zeit oder Ausflug nach Puschkin⁽⁷⁾. Am Abend «Leinen los!».
- 3. Tag Klosterinsel Walaam** Überquerung Ladogasee. Fahrt mit Ausflugsschiff zur Klosterinsel. Rundgang durch das Männerkloster und drei Einsiedeleien.
- 4. Tag Lodejnoje Pole–Mandrog** Ausflug Alexander-Swirski-Dreifaltigkeitskloster. Besuch Museumsdorf Mandrog. Grillparty an Land (wetterabhängig).
- 5. Tag Petrosawodsk** Besichtigungen und Unterhaltungsprogramm mit Musik, Tanz und Workshops.
- 6. Tag Medweshjegorsk** Ausflug zur am Bärenberg gelegenen Stadt am Nordende des Onagesees.
- 7. Tag Sosnowez–Solowezki-Inseln** Busausflug Weisses Meer (wetterabhängig). Schifffahrt Solowezki-Inseln. Besuch des Klosters und Besichtigung der Festung.
- 8. Tag Flusstag** Schifffahrt, Erholung an Bord.
- 9. Tag Kishi** Rundgang über Museumsinsel mit Kirchen in karelischer Holzbauweise (UNESCO-Weltkulturerbe).
- 10. Tag Goritzky** Besichtigung Kirillo-Beozersky-Kloster. Überquerung des Rybinsker Stausees.
- 11. Tag Tscherepovez** Ausflug nach Wologda mit Sophienkathedrale. Besuch des Museums für Klöppelei.
- 12. Tag Uglitsch–Kaljazin** Schifffahrt auf dem Uglitscher Stausee. Rundgänge in Uglitsch und Kaljazin.

- 13. Tag Dubna** Rundgang durch das Institutsviertel.
- 14. Tag Moskau** Stadtrundfahrt und Besichtigungen.
- 15. Tag Moskau–Zürich** Ausschiffung, Transfer zum Flughafen und Rückflug. Individuelle Heimreise.

Moskau–St. Petersburg Gleiche Reise in umgekehrter Reihenfolge mit kleinen Änderungen.

MS Thurgau Karelia****

Dieses 2018/19 renovierte Schiff bietet in 69 Kabinen Platz für 138 Gäste. Alle Kabinen mit Dusche/WC, Föhn, Minibar, Safe, TV, Bademäntel, Hausschuhe und Klimaanlage, auf Mittel-, Ober- und Panoramadeck ist die Klimaanlage ind. regulierbar. Die Standard Kabinen auf dem Hauptdeck (ca. 10 m²) verfügen über nicht zu öffnende Bullaugen. Die Standard Kabinen auf Mitteldeck (ca. 13 m²) und die Standard Plus Kabinen auf Mittel- und Panoramadeck (ca. 15 m²) verfügen über zu öffnende Fenster, die Standard Kabinen auf dem Oberdeck (ca. 15 m²) über einen franz. Balkon. Die Superior Kabinen Ober- und Panoramadeck (ca. 15 m²) und die Junior Suiten Oberdeck (ca. 18 m²) haben einen Privatbalkon. Bordausstattung: zwei Restaurants, Salon mit Bar, Captain's Corner und Fitnessraum. Die Gäste vom Panoramadeck und die Gäste der Junior Suiten vom Oberdeck speisen im Rest. Onega, die übrigen Gäste speisen im Rest. Ladoga auf dem Mitteldeck. **Nichtraucherschiff** (Rauchen im gekennzeichneten Aussenbereich erlaubt).



Junior Suite Oberdeck (ca. 18 m²) mit Privatbalkon



MS Thurgau Karelia****

Alle Ausflüge gemäss Programm inbegriffen | ⁽⁵⁾ Nicht zur Alleinbenutzung möglich | ⁽⁷⁾ Gegen Aufpreis für Gäste ohne Zusatzprogramm vorab buchbar | ⁽⁸⁾ Erlebnis Weisse Nächte ⁽⁹⁾ Tauffahrt Es sind ein Reisepass, der noch mind. 6 Monate nach Reiseende gültig sein muss, sowie ein Visum erforderlich | Programmänderungen vorbehalten | Reederei/Partnerfirma: Gama, Nishni Nowgorod

15 Tage ab Fr. 3190.–

(Nach Rabattabzug, günstigste Kategorie in Nebensaison, inkl. Vollpension und Flüge)

Reisedaten 2019 Es het solangs het Rabatt

Moskau–St. Petersburg	St. Petersburg–Moskau
25.05.–08.06. 200 ^(8/9)	08.06.–22.06. 200 ⁽⁸⁾
22.06.–06.07. 200 ⁽⁸⁾	06.07.–20.07. 200 ⁽⁸⁾
20.07.–03.08. 200	03.08.–17.08. 200
17.08.–31.08. 200	31.08.–14.09. 200

Leistungen: Kreuzfahrt inkl. Vollpension, Flug ab/bis Zürich mit Aeroflot in Economy inkl. Flughafentaxen, höhere Klasse gegen Zuschlag, Getränke zu den Mahlzeiten: Tee, Kaffee, Beeren-Drink und Wasser, Ausflüge und Transfers gemäss Programm, Thurgau Travel Bordreiseleitung

Preise pro Person in Fr. (vor Rabattabzug)

2-Bettkabine Standard Hauptdeck	3390
2-Bettkabine Standard Mitteldeck	3590
2-Bettkabine Standard Plus Mitteldeck	3790
2-Bettkabine Standard Oberdeck, franz. Balkon	3990
2-Bettkabine Superieur Oberdeck, Privatbalkon	4390
Junior Suite Oberdeck, Privatbalkon ⁽⁵⁾	4690
2-Bettkabine Standard Plus Panoramadeck	4190
2-Bettkabine Superieur PD, Privatbalkon	4690
Zuschlag Alleinbenutzung	auf Anfrage
Zusatzausflug: Stadt Puschkin/Zaskoje Siedlung	98
Vor-/Nachprogramm St. Petersburg (DZ)	430
Jahresversicherung Allianz Einzel/Familie	124/199

Weitere Reisen nach Russland

Mit renovierter MS Thurgau Karelia****
NEU Moskau–Kazan–Wolgograd–Astrachan
15 Tage ab Fr. 2990.– (Nach Rabattabzug)

Mit komfortabler MS Remix****
Novosibirsk–Tomsk–Surgut–Salechard
17 Tage ab Fr. 3390.– (Nach Rabattabzug)

Ab-Preise, günstigste Kategorie in Nebensaison.

Weitere Informationen oder buchen
www.thurgautravel.ch

Buchen oder Prospekt verlangen
Gratis-Nr. 0800 626 550



Thurgau Travel

Aussergewöhnliche Reisen zu moderaten Preisen

Rathausstrasse 5, 8570 Weinfelden,
Tel. 071 626 55 00, info@thurgautravel.ch

Ich verzichte

Von Erik Ebneter — Was ist nur los mit unseren Politikern? Kaum jemand will mehr Bundesrat werden. Inzwischen gilt schon: Wer kandidiert, macht sich um das Land verdient.



Der Kopf sagt nein: Andrea Caroni (FDP).

Es heisst, jeder Politiker sehe einen Bundesrat, wenn er am Morgen in den Spiegel schaue. Jetzt aber, da gleich zwei Sitze frei werden, mag sich kaum jemand um das Amt bewerben. Jeden Tag verkünden Nationalrätinnen und Ständeräte, dass sie nicht in die Landesregierung wollen. Sie bereichern damit die politische Kultur der Schweiz um ein neues Ritual: die Verzichtserklärung. Es ist schwierig, den Überblick zu behalten, doch es lassen sich mindestens fünf Gründe ausmachen, weshalb Politiker von einer Kandidatur absehen.

Einige fügen sich, besonders schmerzhaft, ihrem Schicksal. Martin Schmid, FDP-Ständerat aus Graubünden, sagte: «Ich würde nach meiner Einschätzung viele Voraussetzungen für das hohe Amt erfüllen und die notwendige Führungserfahrung mitbringen. Aber parteiintern war der Wunsch sehr stark, dass nun der Weg für eine erfolgreiche Frauenkandidatur frei gemacht wird.» Und Benedikt Würth, CVP-Regierungsrat aus St. Gallen, teilte mit: «Ich habe mit mir gerungen. Das Herz sagt ja zu einer Kandidatur, aber der Kopf sagt nein. Es gibt eine klare Strömung: Der FDP-Sitz soll in die Ostschweiz gehen, der CVP-Sitz in einen anderen Landesteil.»

Manche verzichten, überaus rücksichtsvoll, für die Familie. Andrea Caroni, FDP-Ständerat aus Appenzell Ausserrhoden, schrieb: «Als ehe-

maliger persönlicher Mitarbeiter eines Bundesrates weiss ich: Dieses Amt ist allumfassend. Daher könnte ich nicht gleichzeitig meinen beiden kleinen Kindern (2 und 4) ein guter Vater sein und dem Land ein guter Bundesrat.» Und Stefan Engler, CVP-Ständerat aus Graubünden, sagte: «Ich kann nicht mein Leben und das meiner Familie auf den Kopf stellen.»

Gewisse schätzen, nur verständlich, ihr gegenwärtiges Glück. Martin Candinas, CVP-Nationalrat aus Graubünden, erklärte: «Das Parlament ist meine Welt, das passt für mich, und wenn es passt, dann muss man nichts ändern.» Und Regine Sauter, FDP-Nationalrätin aus Zürich, schrieb: «Es stimmt grad alles so, wie es ist. Ich habe einen spannenden Beruf, in dem ich noch viel bewegen will. Und die Tätigkeit im Parlament gefällt mir.»

Grosses Opfer

Andere empfinden, bemerkenswert ehrlich, nicht die nötige Leidenschaft. Ruth Humbel, CVP-Nationalrätin aus dem Aargau, teilte mit: «Das notwendige innere Feuer und das bedingungslose Streben nach dem höchsten politischen Amt gehen mir unter Würdigung aller Kriterien ab, zumal das Privatleben kaum Platz findet.» Und Silvia Steiner, CVP-Regierungsrätin aus Zürich, sagte: «Mein Herz schlägt für den Kanton Zürich, da fiel mir die Entscheidung nicht schwer.»

Und wiederum andere geniessen, allzu menschlich, die Aufmerksamkeit: Ruedi Noser, FDP-Ständerat aus Zürich, schrieb: «Ich stehe als Bundesratskandidat nicht zur Verfügung. Habe mich über die häufige Nennung gefreut, die Zeit ist jetzt aber reif für die zweite FDP-Bundesrätin.» Und Carmen Walker Späh, FDP-Regierungsrätin aus Zürich, erklärte: «Dass ich für das höchste Amt in der Schweiz in Betracht gezogen werde, werte ich als Anerkennung für meine bisherige politische Arbeit. Trotzdem habe ich mich entschieden, mich nicht für den Bundesrat zu bewerben.»

Immerhin konnten sich bis Redaktionsschluss zwei Personen durchringen, auf einen Verzicht zu verzichten. Es sind dies Karin Keller-Sutter, FDP-Ständerätin aus St. Gallen, und Peter Hegglin, CVP-Ständerat aus Zug. Sie stellen mit ihren Kandidaturen sicher, dass der Bundesrat regierungsfähig bleibt – und erbringen damit gleichsam ein grosses Opfer für das Land. Was mag sie dazu bewogen haben? Sie werden am Ende des Tages in den Spiegel schauen wollen.

Air Absurdistan



Luigi Gubitosi, Rettungskommissar.

Von Luigi Gubitosi, 57, weiss man, dass er leidenschaftlich Schach spielt und mit seinen beiden Bastardhunden pflichtbewusst spazieren geht im Römer Nobelviertel Parioli. Ernsthaftigkeit ist ihm bei den Jesuiten eingepflanzt worden. Der *professore* fährt einen proletarischen Panda (bei Fiat hatte er sich zwanzig Jahre lang hochgearbeitet) und ist verheiratet mit dem Adel, mit Maria Ludovica Tosti di Valminuta. Er gilt als einer dieser heimlichen Staatslenker, die das chaotische *bel paese* über den Schuldenabgrund balancieren. Er wurde 2012 Generaldirektor der Rai, mit einem Salär, das in drei Jahren vertraglich von 650 000 auf 240 000 Euro schrumpfte, bis der Selbstbedienungsladen der Parteien und ihrer Klientel saniert war. Dann übernahm er ein Himmelfahrtskommando, buchstäblich: die flügel-lahme Alitalia, die sich nicht retten lässt, weil es die Gewerkschaften und manche der 630 Abgeordneten und 315 Senatoren – die bestbezahlten Europas – nicht wollen, denn sie fliegen gratis mitsamt ihren Familien. Die Alitalia ist seit 2008 privatisiert und seit zwei Jahren insolvent. Sie verbrennt täglich mehr als eine Million Euro, die Verluste summieren sich auf 7,4 Milliarden. Der Einstieg von Etihad 2014 mit einem 49-Prozent-Anteil erwies sich als Bruchlandung. 900 Millionen Überbrückungskredite der Regierung laufen Ende Oktober aus.

Der Spar- und Rettungskommissar Gubitosi gab zunächst modische Uniformen für die Flugbegleiterinnen in Auftrag, soweit er sie überhaupt noch an Bord liess, und führte eine Linie auf die Malediven ein. Aber er besiegte die italienische Krankheit, das Schwänzen, und Alitalia fliegt pünktlicher als die Swiss. Der Transportminister Toninelli, der gerade die Brückenkatastrophe von Genua aufräumt, verkündet das Credo, dass «die Italianità die Zukunft der Alitalia» bedeute. Gubitosi verfolgt auch die Vergangenheit: Er muss, als einstiger Rai-Chef, vor Arbeitsgericht. Ein Mitarbeiter verklagte den Staatssender, weil er zwar den Lohn erhalte, aber nicht arbeiten dürfe – seit 1999. Peter Hartmann

Abgestürzt

Die Schweiz erhält schlechtere Fitness-Noten. Zu Recht.

Hat die Schweiz Probleme, von denen man bisher nichts wusste? Jahrelang hat das Land im Global Competitiveness Index des World Economic Forum (WEF) den ersten Platz verteidigt, meist vor Singapur und den USA. Dieses Jahr nun kommt die Herabstufung: die USA, Singapur und Deutschland auf den Plätzen eins bis drei vor der Schweiz. Was ist passiert?

Alles umgestellt

Eine erste Erklärung ist rasch gefunden: Das WEF hat die Methode zur Berechnung seines Wettbewerbsindex völlig umgekrempelt. Von den 98 Indikatoren, die pro Land herangezogen werden, um die Konkurrenzkraft zu messen, wurden nur 34 aus dem bisherigen Konzept übernommen, 64 Kriterien sind neu. Ist die neue Art der Messung besser als die alte, oder wurde einfach möglichst viel umgestellt, um die Aufmerksamkeit des Publikums hoch zu halten? Wenn Ranglisten von Jahr zu Jahr allzu ähnlich aussehen, verlieren sie an Spannung. Periodisches Umstellen gehört zur Produktpflege.

Die neue Reihenfolge mit den USA an der Spitze hat für das WEF auch den Vorteil, dass der grösste Markt der Welt am besten abschneidet, das bringt automatisch Sympathien im grössten Sprachraum, im grössten Manager-, Beratungs-, Politik-, Wissenschafts- und Medienmarkt – und passt bestens zu «America first».

Schlüssel zur Verbesserung

Die WEF-Autoren begründen den Methodenwechsel natürlich anders: Sie hätten den Index umgestellt, weil zum einen Nachwirkungen der Finanzkrise auf die Produktivität drückten und zum andern die Digitalisierung eine Beschleunigung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandels verlange. Vieles ist modisch verziert: Der Competitiveness Index trägt nun die Erweiterung 4.0, damit verbunden wird der Ruf nach Innovationsökosystemen, resilient müsse man sein, agil, menschenzentriert.

Aber einen harten Kern hat der Index-Umbau auch: Die Produktivität soll stärker gewichtet werden, das sei der Schlüssel zur Verbesserung des Wohlstandes. Und damit trifft das Ranking eben einen Schwachpunkt der Schweiz, ihre Produktivität ist mittelmässig, der vierte Rang ist vielleicht gar nicht daneben. *Beat Gygi*

Klimawandel ohne Hysterie

Von Silvio Borner — Die offizielle Klimapolitik ist auf einem Kurs, der bis 2050 das Verbrennen von Öl, Gas und Kohle verbieten würde. Dies setzt die Zivilisation aufs Spiel.

Dem Klimarat der Uno ist es gelungen, die Öffentlichkeit in aller Welt, vor allem aber in Europa und in der Schweiz, in eine neu-religiöse Höllenangst zu versetzen und zu wahnwitzigen Massnahmen zu verleiten. Der Historiker Yuval Harari hat in seinem Bestseller «Homo Deus» den Unterschied zwischen Menschenaffen und Menschen so beschrieben, dass ein Schimpanse niemals gegen das Versprechen eines künftigen Bananenhimmels auf den sofortigen Genuss einer Banane verzichten würde. Diesen Gedanken kann man so weiterspinnen, dass offenbar gerade hochgebildete und hochbezahlte Experten Mühe haben mit dem Abwägen zwischen heutigen und künftigen Nutzen und Kosten und besonders anfällig sind für einen moralisierenden Weltrettungsglauben. Wir gewöhnlichen Leute überlegen uns viel rationaler und konsequenter die realen und finanziellen Auswirkungen solchen Irrglaubens.

Klimaflüchtlinge

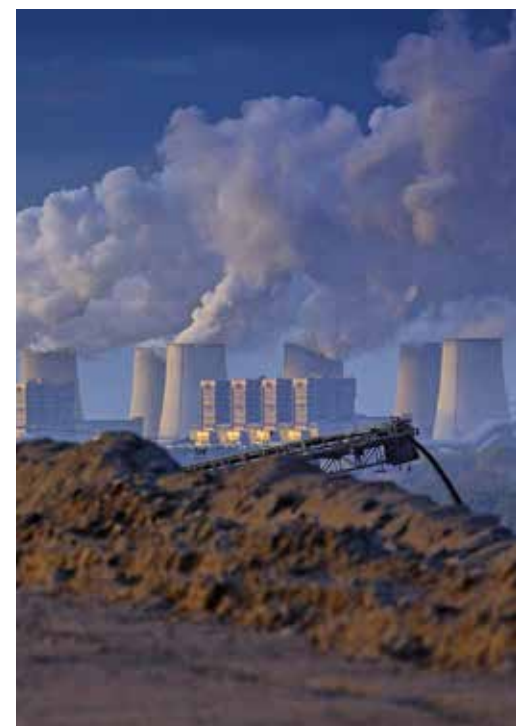
Halten wir uns an die Tatsachen: Die Welttemperatur ist in den letzten anderthalb Jahrhunderten um etwa ein Grad Celsius gestiegen. In dieser Phase sind Einkommen und Wohlstand global so rasch gewachsen wie nie zuvor. Gerade in den letzten Jahrzehnten hat sich die absolute Armut der Menschen weltweit drastisch verringert. Nebst dem technischen Fortschritt trug die wachsende und billige Verfügbarkeit fossiler Energieträger wesentlich zu diesem Aufschwung bei. Diese Energieträger werden eines Tages, aber sicher erst in einem späteren Jahrhundert, ausgehen – nicht weil sie bis zum letzten Tropfen ausgeplündert sein werden, sondern weil wirklich revolutionäre neue Technologien sie überholt haben werden.

Fossile Energieträger haben viele Nachteile wie etwa Luftverschmutzung und sollten auf effiziente Weise gebremst werden, etwa gemäss Vorschlag von Wirtschaftsnobelpreisträger William Nordhaus in Form einer globalen Lenkungsabgabe. Aber was jetzt vorgeschlagen wird, ist ein Verbrennungsverbot für Kohle, Öl und Gas – und umsetzen soll man dies innerhalb einer Generation. Das kann man nur als Wahnsinn bezeichnen. Bis 2035 soll die Welt jährlich 2400 Milliarden Dollar investieren oder eben verschleudern.

Dahinterstehen die Modelle der Klimawissenschaftler, die zum Einhalten der Klimaziele bis 2050 eine Reduktion der Emissionen auf null verlangen – nach dem Motto: Die bisherige Klimaerwärmung um ein Grad ging mit einem

gewaltigen wirtschaftlichen Fortschritt einher, aber das nächste Grad Steigerung führt in den Weltuntergang. Diese Modelle haben den menschengemachten Erwärmungseffekt systematisch überschätzt. Jüngste Zweifel von Forschern gelten daher nicht ihren Modellen, sondern den gemessenen Werten.

Ein absolutes Verbrennungsverbot bis 2050 würde die Welt wirtschaftlich um mehr als ein Jahrhundert zurückwerfen und einen Untergang der modernen Zivilisation einleiten. Man stelle sich Afrika, Asien oder Lateinamerika ohne Entwicklungschancen vor. Nicht nur die Amerikaner oder Australier sind sich bewusst, was ein sofortiger Verzicht auf fossile Energieträger für die Mobilität bedeuten würde, auch für die Chinesen oder Inder, die beim Thema CO₂ immer mehr den Ton angeben. Wir Schweizer wollen durch einen Totalverzicht auf fossile Energieträger ein halbes Promille der globalen Emission einsparen und uns dabei weltrekordverdächtige Kosten aufladen. Klar, es wäre wünschenswert, wenn wir weltweit von der Kohle wegkommen und für die nächsten Generationen auf Gas und Nukleartechnologien setzen könnten. Was danach kommt, können wir nicht wissen, aber unseren Urenkeln überlassen. Die Panikreaktion auf den Klimawandel ist um ein gefährlicher als die langsame Erwärmung, an die wir uns anpassen sollen und können.



Weltrettungsglaube: Kraftwerk Jänschwalde (D).

Es grünt so grün

Von Wolfgang Koydl — Bayern war ihr jüngster Streich. Wo man hinschaut, schiessen in Deutschland Grüne empor. Lösen sie die Sozialdemokraten als Volkspartei ab?



Plätschern im lauwarmen *Mainstream*: Spitzenkandidatin Schulze (z.v.l.), am 3. Oktober in München.

Damals, in den glorreichen alten Zeiten, sagte man in Bayern, dass die CSU auch einen Besenstiel als Kandidaten aufstellen könne, vorausgesetzt, er sei schwarz angemalt. Heute, in den unübersichtlichen neuen Zeiten, beweist Katharina Schulze, dass das Prinzip nach wie vor funktioniert. Der Stecken muss nur grün umlackiert sein.

Denn obwohl die Spitzenkandidatin der triumphierenden bayerischen Grünen in etwa so viel Charme, Ausstrahlung und intellektuelle Tiefe wie ein bayerischer Wanderstab hat, kommt sie bei vielen Wählern an. Dabei ist sie eine Sprechmaschine mit permanent erstaunten Kulleraugen und strahlendem Dauerlächeln, die am laufenden Band Belanglosigkeiten produziert.

Bei einer mehrstündigen Wahlkampfveranstaltung der *Bild*-Zeitung im Münchner «Augustiner-Keller» schaffte sie es, auf keine einzige Frage konkret zu antworten. An eine Schülersprecherin fühlte sich ein Gast, stellvertretend für viele, erinnert. Schulzes freche Antwort: «Sie sind genervt, da müssen wir jetzt durch.»

Geschadet hat diese kesse Lippe weder ihr noch ihrer Partei. Diese konnte ihr Ergebnis bei den Landtagswahlen im Freistaat fast verdoppeln und zur zweitstärksten Kraft aufrücken. Ähnlich gut stehen die Grünen auch anderswo

in Deutschland da. Bundesweit würden sie, so neueste Umfragen, die SPD als zweitstärkste Partei ablösen. Die ehemaligen Bürgerschrecke, so die allgemeine Überzeugung, sind in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Nun, zumindest haben sie ihren alten verbalen Biss verloren und plätschern munter im lauwarmen *Mainstream* politischer Plattitüden mit.

Ihren Wählern ist das nur recht. Sie rekrutieren sich überwiegend aus dem saturierten Bürgertum – Beamte, Akademiker, öffentliche Angestellte, Journalisten, Ärzte und Anwälte. Sie

Das muss man sich erst einmal leisten können, denn grünes Leben ist nicht billig.

verhalten sich vorbildlich – trennen den Müll, verbringen ihre Ferien auf Sylt, nicht in Spanien, essen bio, bewegen sich elektrisch, mit Velo oder ÖV durch die Stadt und zelebrieren die Bereicherung des Lebens durch exotische Migranten.

Das muss man sich freilich erst einmal leisten können, denn grünes Leben ist nicht billig. Aber grüne Wähler treibt nicht die Sorge um den Arbeitsplatz oder die Rente um. Sie wohnen in teuren Lagen grosser Städte, wo es ein gutes Netz von Bussen und Bahnen gibt – anders als in der deutschen Provinz, wo Bank,

Post, Praxis oder Apotheke in der kilometerweit entfernten Nachbarstadt liegen. Ihre Kinder schickt diese grüne Elite nicht in Brennpunktschulen mit Ausländerraten von weit über 50 Prozent, sondern entweder in Waldorfschulen oder gleich in eine kirchliche Einrichtung. Wenn's um den Nachwuchs geht, nimmt man klerikalen Humbug in Kauf.

Sie sind selbstgefällig und selbstgerecht, unduldsam und intolerant gegenüber Andersdenkenden. Wer ihre vorherrschende Meinung in Frage stellt, ist Populist, Rechts-extremer oder gleich ein Nazi. Gehorsam folgen sie allen Weisungen der Obrigkeit, solange sie damit Umwelt, Demokratie, Vielfalt und alle Schutzsuchenden dieser Erde retten. Aus den 68er Widerstandskämpfern von einst sind angepasste Konformisten geworden. Heinrich Mann hat diese Kaste vor über hundert Jahren präzise beschrieben, in seinem Roman «Der Untertan». Die deutschen Grünen und ihre Wähler sind direkte Nachkommen wilhelminischen Spiessertums.

Und im Osten?

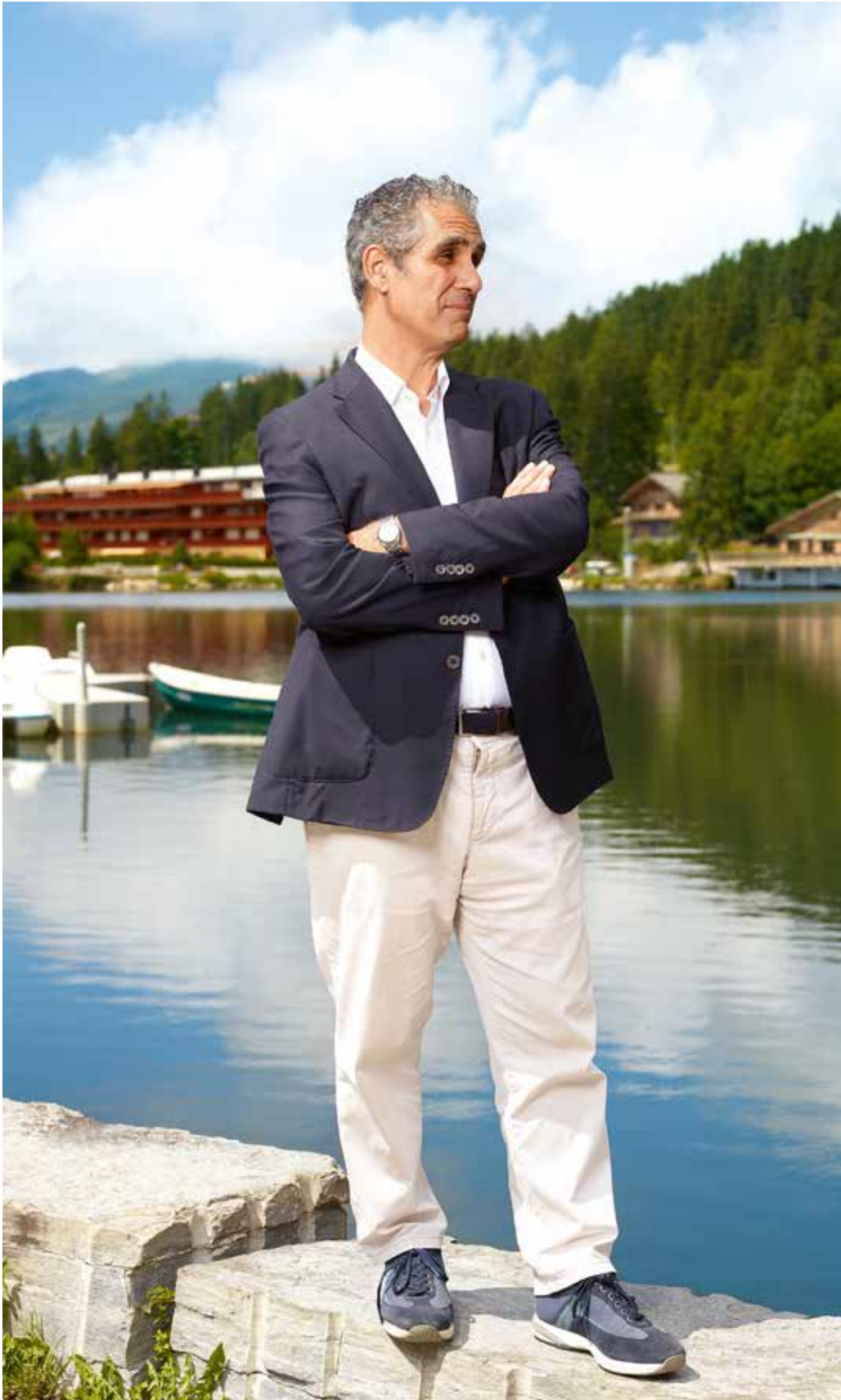
Doch eine Volkspartei sind sie deshalb noch lange nicht. Anders als einst bei Sozialdemokraten und Union zählen Rentner, Landwirte, Arbeitslose und geringverdienende Arbeiter eher nicht zu ihren Anhängern. Zudem sind sie ein westdeutsches und grossstädtisches Phänomen. In Bayern schnitten sie nicht nur in der Landeshauptstadt München, sondern auch in anderen Grossstädten mit über 100 000 Einwohnern überdurchschnittlich gut ab. Hier schafften sie es sogar hie und da, der CSU die direkt gewählten Mandate abzuknöpfen. Wie stark das Stadt-Land-Gefälle ist, zeigt ein Vergleich: In München-Mitte kamen die Grünen auf 42,5 Prozent, im ostbayerischen Tirschenreuth waren es eher kümmerliche 8,2 Prozent.

Zudem lebt in den Grünen die alte Bundesrepublik fort. In sechs von neun westdeutschen Bundesländern sind sie an der Regierung beteiligt. In Baden-Württemberg stellen sie sogar den Ministerpräsidenten, im Bundesland Hessen, wo in zwei Wochen ein neuer Landtag gewählt wird, ist Grünen-Chef Tarek Al-Wazir der beliebteste Politiker.

In der ehemaligen DDR hingegen fristet die Bewegung ein Nischendasein: Zwischen Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen krebst sie im einstelligen Bereich, in Thüringen würde sie es kaum ins Parlament schaffen. Zwei Gründe gibt es für die Skepsis der Ostdeutschen: Zum einen haben sie den kleinkarierten sozialistischen Obrigkeitsstaat mit seinen Verboten und Vorschriften gut in Erinnerung. Zum anderen misstrauen sie nach wie vor westdeutschen Besserwissern. Daher werden es die Grünen – besserwissend, besserverdienend, bevormundend – hier nie weit bringen. Dies immerhin ist eine gute Nachricht für Deutschland.

Il Presidente

Von Erik Ebnetter — Ein Journalist aus der Schweiz führt neuerdings die italienische Rundfunkanstalt. Eine monatelange Kontroverse ging seiner Wahl voran. Seine Gegner fürchten, er habe eine politische Agenda. Wer ist dieser Marcello Foa, über den ganz Italien spricht? Ein Besuch in Rom.



«Ich würde sagen, ich bin mutig»: Medienmanager Foa.

Marcello Foa steht am Fenster seines Büros und schaut nach draussen. «Da, der Petersdom», sagt er, halb zu sich selbst. Vor drei Monaten führte er noch den Verlag des *Corriere del Ticino*, jetzt ist er Präsident der italienischen Rundfunkanstalt (Rai). Es wirkt, als begriffe er noch nicht ganz, was ihm da widerfahren ist. War er zuvor verantwortlich für 300 Mitarbeiter, sind es nun 13 000. Es ist, als wäre der Bischof von Lugano auf einmal Papst in Rom – und blickte staunend auf sein Reich.

Hinter ihm liegt die verrückteste Zeit seines Lebens. Am 26. Juli traf sich eine kleine Runde im Palazzo Chigi, dem Sitz des italienischen Ministerpräsidenten. Die dreijährige Amtsperiode der Rai-Präsidentin läuft aus, man diskutiert, wer ihr nachfolgen soll. Eine Person mit Erfahrung in Journalismus und Management soll es sein, nicht links und von aussen, denn Fünf Sterne und Lega, die Koalitionsparteien, fühlen sich von der Rai unfair behandelt. Namen werden vorgeschlagen und verworfen. Plötzlich sagt einer: «Wie wäre es mit Marcello Foa?» Es ist der Durchbruch.

Man schickt ihm eine SMS, und weil es schnell gehen muss, greift Lega-Chef Matteo Salvini gleich noch zum Telefon. Er kennt Foa seit einigen Jahren, länger schon liest er dessen Blog. «Marcello, wir würden dich gerne als Rai-Präsidenten nominieren.»

«Das ist eine grosse Überraschung. Bis wann muss ich mich entscheiden?»

«Du hast zwei Stunden.»

Es ist neun Uhr abends. Foa ist in Griechenland, mit seiner Frau und seinen beiden Töchtern. Es sind die ersten Familienferien seit Jahren, nur der Sohn fehlt. Aber an Entspannung ist ohnehin nicht mehr zu denken.

Ein surreales Erlebnis

Über Nacht wird er in Italien zum Prominenten. Ministerpräsident Giuseppe Conte twittert: «Mit Foa garantieren wir den Neustart der wichtigsten Kulturindustrie des Landes.» Was manche als Versprechen lesen, verstehen andere als Drohung. Eine heftige Kontroverse entbrennt, die Wahl durch die Aufsichtskommission verzögert sich um fast zwei Monate. «Es war surreal», sagt Foa. «Ich erlebte, was ich in meinem Buch beschreibe: wie Spindoktoren die Journalisten mit bestimmten Informationen füttern, um die Politik zu beeinflussen.» Das Buch, das er meint, heisst «Die Zauberer der Nachrichten». Es ist im Regal seines Büros ausgestellt – als einziges Objekt bislang.

Richtig angekommen ist er in seinem neuen Leben noch nicht. Er wohnt in einem Hotel, seine Frau bleibt vorläufig in Lugano. Die Arbeitstage sind lang, er will präsent sein, Vorurteile abbauen. «Manche Medien zeichneten ein Zerrbild von mir», sagt Foa. Besonders geärgert hat er sich über den *Guardian*, der ihn als «anti-gay» bezeichnete. «Die haben nie mit mir geredet, nicht einmal versucht, mich zu kontaktieren. Ich – gegen Schwule? So ein Unsinn!» Er selbst nennt sich einen Liberalen und erklärt es mit seiner Herkunft.

Bleierne Jahre

Geboren wurde er 1963 in Mailand, als Sohn eines italienischen Vaters und einer griechischen Mutter. Zwei Jahre später kam seine Schwester zur Welt. Als er elf war, zog die Familie nach Lugano. Der Vater arbeitete als Manager eines Transportunternehmens, das seinen Sitz in die Schweiz verlegt hatte. «Italien war damals kein guter Ort, um Geschäfte zu machen», sagt Foa. Die Kommunisten erstarkten, und linke und rechte Terroristen ermordeten über 400 Menschen im Land, darunter Aldo Moro, den früheren Ministerpräsidenten. Es waren die bleiernen Jahre.

Foa besuchte das Gymnasium, wo er auf Gleichaltrige traf, die sich für den Kommunismus begeisterten. «Ich verstand das nicht», sagt er, «denn ich sah, was die Extremisten in Italien anrichteten.» Er las die Bücher von Raymond Aron, dem liberal-konservativen Soziologen, vor allem aber die Artikel von Indro Montanelli, dem nonkonformistischen Journalisten. Später studierte er Politikwissenschaften in Mailand und arbeitete nebenher als Lokalreporter bei der freisinnigen *Gazzetta Ticinese*. «Nach dem ersten Tag in der Redaktion wusste ich: Das ist es», sagt Foa.

Bald schon zog er nach Mailand und wurde Auslandsredaktor des *Giornale*, herausgegeben von Montanelli. Im Dezember 1992, als der Zusammenbruch des italienischen Parteiensystems begann, schrieb er ihm einen Brief über die Aufgabe von Journalisten in historischen Zeiten. Er wählte einen pathetischen Ton, wie es Junge, die gewichtig wirken wollen, gerne tun. Montanelli liess den Text in der Zeitung veröffentlichen und setzte darunter die Zeile: «Diesen Brief, lieber Foa, hätte ich schreiben können.» Die Seite hängt heute gerahmt hinter seinem Präsidentenpult.

Foa blieb über zwei Jahrzehnte in Mailand, ehe er 2011 als Verlagsleiter nach Lugano zurückkehrte. Allerdings unterhielt er beim *Giornale*, der längst der Berlusconi-Familie gehört, bis zuletzt einen Blog, der inzwischen italienweit bekannt ist. Am meisten zu reden gaben seine Einträge über Gender-Theorie und Russland. Foa schrieb, er verteidige die Rechte der Homosexuellen, glaube aber nicht, dass es soziale Geschlechter gebe. Transgender-Toiletten lehnt er ab. Er bezeichnete Wladimir

Putin als Politiker, «der keine Probleme sucht», und bezweifelte, dass russische Agenten den Giftgasanschlag in Salisbury verübt hatten. Die Annexion der Krim mochte er nicht rundherum verurteilen.

Foa sagt: «Man kann meine Positionen ablehnen, damit habe ich kein Problem. Aber man kann mir nicht absprechen, dass ich ein seriöser Journalist bin.» Tatsächlich schrieben Zeitungen, er verbreite Fake News. Einmal retweetete er die Meldung, der Wahlkampfleiter von Hillary Clinton habe an einem satanischen Abendmahl teilgenommen. Die Geschichte handelte von Menstruationsblut, Muttermilch und Sperma – und war erfunden. «Ein Fehler», sagt Foa. «Nur schreibe ich seit dreissig Jahren über Aussenpolitik. Wer meine Arbeit auf zwei, drei Tweets oder Blogbeiträge reduziert, handelt journalistisch unsauber.» Er kennt die Vorwürfe und pariert sie routiniert.

Es ist ihm nicht immer leichtgefallen. Getroffen hat ihn, wie die Medien über seine Familie berichteten. Sein Sohn arbeitet für Matteo Salvini – es hiess, der Vater habe ihm die Stelle verschafft. «Das stimmt nicht», sagt Foa. «Ich kenne Salvini, aber wir sind nicht befreundet, und ich habe ihn nie um eine Gefälligkeit gebeten.» Die Berichte über seinen Sohn bezeichnet er als unseriös. Und wie hat seine Frau darauf reagiert? «Ich habe eine wunderbare Frau», sagt Foa und lacht.

Er sitzt auf dem Sofa seines Büros, zurückgelehnt, schräg hinter ihm flackert die Wand. Seine Vorgängerin liess acht Fernseher einbauen, stumm übertragen sie die Programme der Rai. Jeder Sender braucht einen Chefredaktor und einen Nachrichtenchef, ernannt vom siebenköpfigen Verwaltungsrat um Foa. Seine Gegner fürchten, er werde politisch eingreifen – er sagt: «Wir wollen die Rai nicht politisch umbauen, sondern von der Politik befreien. Es

soll nicht mehr das Parteibuch zählen, sondern das journalistische Profil.» Es sind unverfängliche Sätze, die niemanden erschrecken.

Überhaupt wirkt Foa nicht wie ein Eiferer. Er spricht eher leise und hört aufmerksam zu; manchmal lacht er laut auf, was entwaffnend wirkt. Er scheint ehrlich bemüht, jede Frage zu beantworten. Hat er eine Information nicht präsent, entschuldigt er sich und verspricht, sie nachzureichen. Nur über die aktuelle Politik mag er nicht reden. Er ist Schweizer und Italiener und sagt, er wähle in beiden Ländern, lässt aber offen, welche Parteien er unterstützt. Er ist bestimmt kein Linker – ohne dass er sich als Rechter zu erkennen gibt.

Unterwegs in Italien

Lieber redet er über die Vergangenheit. Beeindruckt hätten ihn Ronald Reagan und Helmut Schmidt, der amerikanische Präsident und der deutsche Kanzler. Warum? «Sie haben ihre Ideen gegen alle Widerstände durchgesetzt.» Wenn er über seine eigenen Stärken redet, klingt es ähnlich: «Ich würde sagen, ich bin mutig. Ich sage, was ich denke. Und genau das sollen Journalisten tun.» Dass er nicht mehr journalistisch arbeiten kann, bedauert er: «Ich vermisse das Schreiben», sagt er. «Aber das ist es wert», fügt er hinzu und macht eine ausladende Bewegung mit der Hand.

Er regiert jetzt ein Reich und ist dabei, es zu entdecken. Die Rai unterhält in jeder Region ein Studio, er will sie alle besuchen. Die Leute sollen spüren, wer er ist. Noch dominiert die Ehrfurcht. Der Portier in seinem Vorzimmer redet, auf Foa angesprochen, nur vom «Präsidenten». Foa nennt die Ehrbezeugungen gewöhnungsbedürftig. Die egalitäre Kultur der Schweiz habe ihn stark geprägt, präventives Auftreten liege ihm fern. «Ich bin Marcello Foa aus Lugano», sagt er – und lacht.



«Werden in 50 Jahren noch Seniorenheime gebaut?»

Daniel Berner
CIO Schweiz
Swiss Life
Asset Managers
zum längeren,
selbstbestimmten
Leben





Verkehrte Rollen: Schauspielerin Goldberg.



Elektrisiert: Sicherheitsdirektor Nause (CVP).



Wirbel: Shaqiri (r.), Sigurjónsson.



Afrikanische Elefanten: Boris Johnson.



Frontenwechsel: SVP-Bundesrat Parmelin.

Personenkontrolle

Parmelin, Hegglin, Leuthard, Karlen, Nause, Johnson, Goldberg, Harris, Shaqiri, Sigurjónsson, Klopp

Guy Parmelin, fremdbestimmter SVP-Magistrat, votiert mit dem Gesamtbundesrat für ein Nein zur Selbstbestimmungsinitiative. Allerdings figuriert sein Name noch immer auf der Mitgliederliste des Initiativkomitees, wie die NZZ publik machte. Warum? Parmelin habe dazumal als Nationalrat die Initiative «Schweizer Recht statt fremde Richter» unterstützt. Er könne jetzt aus juristischen Gründen den formellen Mangel nicht beheben – eine Eigenheit des Schweizer Gesetzgebers. Das Bundesgesetz über die politischen Rechte verunmögliche einen Austritt. «Einmal im Bundesblatt, immer im Bundesblatt.» Komiteemitglieder können sich lediglich von der Initiative distanzieren. Absurd. Ob das Volk künftig selbst- statt wie der SVP-Magistrat fremdbestimmt ist, entscheidet sich am 25. November. (zr)

Peter Hegglin, Schönredner aus dem Kanton Zug, liess die Öffentlichkeit auf Twitter den wahren Grund wissen, warum er gerne Bundesrat werden möchte: «Ich möchte diesem Land, das mir viel gegeben hat, etwas zurückgeben.» Ob er damit auf die Agrarsubventionen anspielt, die er als Landwirt von der Allge-

meinheit erhalten hat? Oder doch eher auf sein Salär als ehemaliger Zuger Regierungsrat? Wie dem auch sei, die Politik als grosses Geben und Nehmen. So betrachtet wäre Hegglin ein hervorragender Nachfolger für Parteikollegin Doris Leuthard. (fsc)

Peter Karlen, der SVP angehörender Bundesrichter in Lausanne, darf trotz seines Parteibuchs weiterhin seinen Job verrichten. Dies auch in Fällen, in denen sich jemand wegen einer Verletzung der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) beschwert. Ein Straftäter und sein Anwalt hatten vor dem Bundesgericht verlangt, dass Karlen in den Ausstand treten müsse, da er Mitglied einer Partei sei, die aktiv auf die Kündigung der EMRK hinwirke und von der Parteilinie abweichende Richter öffentlich abstrafe. Überhaupt seien alle SVP-Richter, auch jene der kantonalen Vorinstanz, im vorliegenden Strafverfahren auszuschliessen. Das höchste Gericht will davon nichts wissen: Die Parteizugehörigkeit beziehungsweise die politische Einstellung eines Richters stelle für sich allein noch keinen Ausstandsgrund dar, hält es nüchtern fest. Das Argument der Beschwerdeführer, die SVP stehe der EMRK negativ gegenüber und übe Druck auf die Richter aus, ändere daran nichts. (fon)

Reto Nause, Einzelkämpfer, hat es nicht einfach. Der Berner CVP-Sicherheitsdirektor ist der einzige bürgerliche Vertreter in der fünfköpfigen, rot-grün dominierten Stadtregierung und muss sich regelmässig mit unbewilligten Demonstrationen und Krawallanten der Reitschule herumschlagen. Umso grösser

war Nauses Freude, als er dieser Tage einmal etwas Positives verkünden konnte: den Zuschlag für das Formel-E-Autorennen. Dieses soll im Juni 2019 stattfinden und mitten durch das idyllische Obstbergquartier und rund um den Bärengraben führen. Die Veranstaltung mit den elektrisch betriebenen Rennwagen bringe der Hauptstadt internationale Ausstrahlung, tolle Fernsehbilder und kurble den Tourismus an, schwärmte Nause. In Bern hat der Funke allerdings noch nicht gezündet, im Gegenteil: Es hagelt Proteste, links-grüne Kreise wollen die Rennbolide nun mit einer Petition stoppen. (fon)

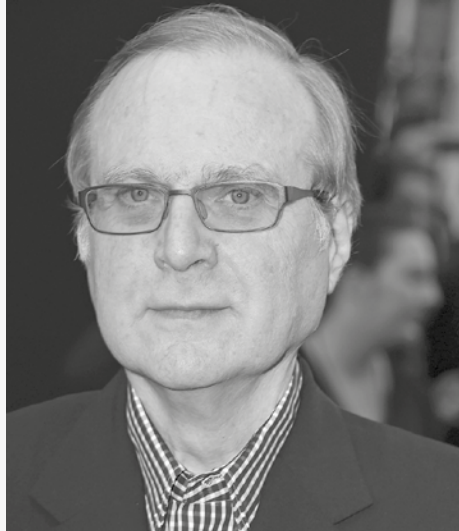
Boris Johnson, Schürzenjäger, geht auch beruflich fremd. Beim *Daily Telegraph*, für den er für 340 000 Franken im Jahr eine wöchentliche Kolumne schreibt, ist man wütend, dass der schärfste Kritiker der britischen Regierungschefin Theresa May seine Artikel nicht hinter der Bezahlschranke des Blattes versteckt, sondern gratis auf seine Facebook-Seite stellt. Zudem veröffentlichte Johnson einige seiner spektakulärsten Ideen der letzten Zeit bei der Konkurrenz von *Daily Mail* und *Sunday Times*. Den *Telegraph* speiste er mit einem unpolitischen Text über afrikanische Elefanten ab. (ky)

Whoopi Goldberg, Schauspielerin, gibt der #MeToo-Debatte eine pikante Wendung. Wer in Amerikas Fernsehen Frauenpower live erleben will, schalte «The View» ein. Ein Kaffeekränzchen der emanzipierten Tratsch-Intelligenzija schwatzt über Gender, Glanz und Allotria. Highlight der Show ist jeweils ein Gespräch mit einem Promigast, wobei die bis-

sigsten Fragen von Hollywood-Scharfzunge Whoopi «Sister Act» Goldberg stammen. Neulich kehrte der Gast den Spiess um. «Meinen allerersten Film habe ich 1988 mit Whoopi gedreht. Er hiess «Claras Geheimnis», sagte Neil Patrick Harris («How I Met Your Mother»). Dann liess er eine Bombe platzen. «Am letzten Drehtag sagte sie mir – was war ich damals? Fünfzehn Jahre alt! Sie sagte mir, in zehn Jahren werde sie mit mir Sex haben.» Hmmm! Whoopi hält die Hand vor die Lippen. Sekunden verstreichen. «Kann schon sein», zieht sie schliesslich die Schultern hoch. «Damals konnte man noch solchen Spass haben.» – Solchen Spass? Zum Glück ist Whoopi eine Frau. Und zum Glück sitzt sie auf der richtigen Seite des Talkshow-Scherbengerichts. Das Publikum übrigens fand Whoopis ##HeToo-Moment zum Totlachen. (geh)

Xherdan Shaqiri, Überflieger, überzeugte bei den jüngsten Schweizer Natspielen als Neo-Zehner hinter der Spitze. Weniger hell leuchtete sein Interview mit dem *Blick*: Angesprochen auf sein Leben in Liverpool, gestand der Kraftwürfel, dass er noch immer in Manchester lebe. Liverpool-Fans müsse überraschen, dass Shaqiri noch keinen Schritt ins Stadtzentrum gewagt habe, befand darauf die englische Zeitung *Daily Mail*. Ein verständlicher Wirbel, bedenkt man die erbitterte Erzrivalität zwischen den Reds aus Liverpool und Manchester United aus Shaqiris Wohnort. Für Kopfschütteln sorgte Shaqiri auch in der Schweiz. Nach dem Sieg gegen Island strafte er seinen bissigen Gegenspieler für die Dauer von neunzig Minuten ab, den Isländer Rúnar Már Sigurjónsson: «Was, der spielt bei GC?» Ob Jürgen Klopp, Liverpool-Trainer, seinem Schützling Shaqiri noch immer «die richtige Menge Arroganz» attestiert, ist nicht bekannt. (zr)

Nachruf



Inspirationsquelle: Microsoft-Gründer Allen.

Paul Gardner Allen (1953–2018) — Er war der Mann der Ideen. Paul Allen las 1975 einen Zeitungsbericht über Mikroprozessoren und zeigte ihn seinem Freund Bill Gates und er erkannten sogleich das Potenzial, welche Entwicklung sich dahinter verbarg, und beschlossen, die Software für die neuartigen Prozessoren zu liefern: «Micro-Soft», vorläufig mit Bindestrich geschrieben, hiess das Projekt. Nach der Vision kam die Geschäftstüchtigkeit der beiden: Sie erhielten von IBM den Vertrag, ein Betriebssystem für PCs zu liefern, das unter dem Namen 86-DOS in die Geschichte einging. Damit war der Aufstieg zu einem weltweit führenden Unternehmen unaufhaltsam. 1983 kam allerdings ein schicksalhafter Rückschlag für Allen mit einer Krebsdiagnose. Er stieg bei Microsoft

aus, weil er an seiner Leistungsfähigkeit zweifelte. Doch auch wenn ihn die Krankheit nun in den letzten Monaten wieder einholen sollte, erwies sich diese Trennung von Gates als Segen. Allen entwickelte sich zu einem genialen Unternehmer, dem die Inspiration so wenig ausging wie das Geld. *Forbes* schätzt sein Vermögen irgendwo zwischen 15 und 20 Milliarden Dollar.

Von der Kommunikationstechnologie über die Medizin, die Kunst, den Sport, die Entwicklungszusammenarbeit bis hin zur Philanthropie in seiner Wahlheimat Seattle: Paul Allen investierte fast überall erfolgreich und spendierte stets grosszügig. Er fasste seine Vielfältigkeit in den Worten zusammen: «Was sollte es geben, das uns noch fehlt? Das ist für mich die aufregendste Frage.» Dahinter steckte vielleicht sein Erfolgsgeheimnis: Das Komplizierte auf das für jedermann Verständliche zu reduzieren.

Hatte Allen jedoch den Eindruck, dass ihm jemand auf die Füsse trat, konnte er Zähne zeigen. So strengte er Prozesse an gegen Unternehmen wie Google, die sich seines Erachtens an seinen Lizenzen vergriffen hatten. In dieser Beziehung verstand er keinen Spass – und unterstützte auch die Familie des Rockgitarristen Jimi Hendrix bei einem Rechtsstreit. Der Musik zuliebe, wie er sagte. Denn er schrieb auch selbst Stücke und nahm Alben auf; etwa mit Chrissie Hynde von den Pretenders und Joe Walsh von den Eagles. Über das private Leben von Paul Allen ist so gut wie nichts bekannt. Er hatte keine Familie und lebte zurückgezogen. Als ob in seiner beeindruckenden Ideenwelt keine anderen Menschen Platz gehabt hätten. *Rolf Hürzeler*



Kleines Dorf - grosser Fang.



© swissinfo | BM170282

Volg. Im Dorf daheim.
In Dintikon zuhause.




Fischzüchter Renato Gsell ist einer von mehr als 3000 lokalen Produzenten, die für Volg «Feins vom Dorf»-Produkte kultivieren. Seine Zander aus der Aquakultur-Beckenanlage im Dorf werden nachhaltig und medikamentenfrei gezüchtet und sind als frische Filets im Volg Dintikon (AG) erhältlich. Entdecken Sie in jedem Volg andere «Feins vom Dorf»-Spezialitäten.



Absage an den absolutistischen Anspruch.

Politik

Kampf um das letzte Wort

Von Alex Baur — Gibt es Entscheide, die nur von Experten gefällt werden dürfen, weil das Stimmvolk gar nicht in der Lage ist, die Tragweite seines Votums zu erkennen? Um diese Grundsatzfrage dreht sich letztlich alles beim Urnengang zur Selbstbestimmungsinitiative.

Selten wurde dem Souverän eine derart einfache und grundsätzliche Frage zur Abstimmung vorgelegt: Steht die eigene Verfassung im Konfliktfall über internationalen Vereinbarungen? Doch gerade im Simplen und Prinzipiellen liegt eine besondere Herausforderung. Ist der durchschnittliche Stimmbürger überhaupt in der Lage, über rechts- und staatsphilosophische Fragen zu entscheiden, die selbst Rechtsexperten an den Anschlag bringen?

Die Gegner wittern in der Selbstbestimmungsinitiative (SBI) eine populistische Falle: «Abschaffung der Menschenrechte», «Angriff auf den Rechtsstaat», «gefährlich für die Wirtschaft». Derart schrille und alarmistische Parolen würde man an sich eher von den Populisten erwarten. Doch die Volkspartei gibt sich für einmal vornehm nüchtern und sachlich. Es ist die altbekannte Front, nur mit umgekehrten Vorzeichen: Die



SVP gegen alle ändern, alle gegen die SVP. Das ist schade, denn mit Parteipolitik hat die SBI herzlich wenig zu tun. Zu welchem Entscheid man auch immer neigt, die Initiative bietet eine rare Chance für eine Auseinandersetzung um das Wesen des Schweizer Systems. Um zu verstehen, worum es geht, kann man sich an die Botschaft des Bundesrates vom 5. Juli 2017 halten. In einer erfreulich verständlichen Analyse werden auf fünfzig Seiten die vorgeschlagenen Änderungen an drei Verfassungsartikeln erläutert. Der Bundesrat lehnt die Vorlage zwar ab, doch bei der Lektüre wird schnell klar: Der Alarmismus ist fehl am Platz. Auch wenn die Konsequenzen zum Teil schwer zu prognostizieren sind. Es liegt vor allem daran, dass ein Gesetz immer nur so gut ist wie die Menschen, die es auslegen und anwenden.

Vorab will die Initiative nach der Lesart des Bundesrates zwei Grundsätze festschreiben,

die bereits heute als ungeschriebene Praxis gelten: Die Bundesverfassung ist erstens die «oberste Rechtsquelle»; es dürfen zweitens keine völkerrechtlichen Verträge abgeschlossen werden, die gegen diese verstossen. Neu ist auf dieser Ebene nur, dass die Verfassung explizit den Vorrang genießt, wenn sie im Widerspruch zu internationalen Verträgen steht. Bislang war diese Rangordnung nicht klar definiert.

Kuriosum Schweizer Verfassung

Theoretisch dürfte es solche Konflikte bei bestehenden internationalen Verträgen gar nicht geben: Sie hätten nicht abgeschlossen werden dürfen, wenn sie im Widerspruch zur Verfassung stehen. Anders sieht es aus, wenn sich bestehende völkerrechtliche Abkommen dynamisch entwickeln oder neue Volksbegehren angenommen werden. Initiativen haben in der Schweiz stets Verfassungsrang. Womit wir mitten im Thema wären.

Die Schweizer Verfassung ist weltweit ein Unikum, um nicht zu sagen: ein Kuriosum. Die meisten demokratischen Länder wechseln alle paar Jahre die Regierung aus, die Verfassung bleibt immer in etwa gleich. Die Schweiz tickt andersherum: Sie ändert alle paar Monate die Verfassung, doch die Regierung ist immer etwa gleich zusammengesetzt. In der Schweizer Verfassung finden sich haufenweise Vorschriften – von der Haltung und Schlachtung von Tieren über die Verkehrsregelung bis zum Strafvollzug –, die anderswo auf Gesetzes- oder gar Verordnungsebene geregelt werden.

Die andere Besonderheit des Schweizer Systems ist das Fehlen eines Verfassungsgerichtes. Es gibt, anders als in den meisten Ländern, keine Instanz, welche das Parlament in die Schranken weist, wenn es Gesetze erlässt, die gegen die Verfassung verstossen. Und wo kein Richter ist, da gibt es auch keinen Kläger. Man kann laut darüber schimpfen und klagen, wenn die Politiker einen Verfassungsauftrag nicht umsetzen. Aber mehr als die Sünder mit einer Abwahl abstrafen ist nicht möglich.

Für Rechtstheoretiker mag die Schweizer Verfassung ein Gräuel sein. Eigentlich gibt es nur etwas, was für dieses anarchistisch anmutende System spricht: Es hat sich in den letzten 170 Jahren unglaublich gut bewährt, vor allem auch in Krisenzeiten. Die 1848 aus dem Sonderbundskrieg geborene Unordnung hat die konfessionellen inneren Konflikte des 19. Jahrhunderts und zwei Weltkriege unbeschadet überstanden. Sie hat sich als immun erwiesen gegen den Totalitarismus des 20. Jahrhunderts und die Minderheiten besser beschützt, als dies in allen umliegenden Ländern der Fall war. Friedliche Zeiten, wie sie seit dem Ende des Kalten Krieges herrschen, scheinen dem Schweizer System eher Mühe zu bereiten.

Für das Bundesgericht – das ist entscheidend für die Selbstbestimmungs-Vorlage – sind die Gesetze massgeblich. Anders als auf der Verfassungsebene wären internationale Vereinbarungen auch bei einer Annahme der SBI dem nationalen Gesetz nach wie vor gleichgestellt, sofern sie zuvor zumindest dem fakultativen Referendum unterstellt waren. Die Initianten wollen mit diesem Passus verhindern, dass via internationale Verpflichtungen verbindliche Regeln am Volk vorbei ins Gesetz geschmuggelt werden. Dass viele Politiker keine Freude an dieser Einschränkung haben, versteht sich von selbst. Die grossen Bedenken des Bundesrates liegen anderswo. Zum einen sind das die Initiativen, die da noch kommen mögen. Die Regierung stellt eine Tendenz zu Volksinitiativen fest, die im Widerspruch zu internationalen Vereinbarungen stehen. Erwähnt werden etwa die Verwahrungs-, die Ausschaffungs- oder die Masseneinwanderungsinitiative, aber auch etwa das Minarett- oder das Burkaverbot.

Tatsächlich hat es derartige Volksbegehren schon immer geben. Bereits die allererste

Volksinitiative «für ein Verbot des Schlachtens ohne vorherige Betäubung», die 1893 mit einem knappen Ständemehr angenommen wurde, war in Bezug auf die Religionsfreiheit problematisch. 1994 wurde die Alpeninitiative angenommen. Sie forderte eine radikale Verlagerung des Transitverkehrs auf die Schiene und steht in einem eklatanten Widerspruch zum Verkehrsabkommen mit der EU. Sie zielt die Verfassung seither als frommer Wunsch.

Daran wird auch die SBI nichts ändern. Solange es kein Verfassungsgericht gibt, kann niemand das Parlament zwingen, den Auftrag des Souveräns wortgetreu umzusetzen. Es ist eher

Bislang setzte die Schweiz die Grundsatzentscheide aus Strassburg mit sklavischer Treue um.

ein ordnungspolitisches denn ein rechtliches Problem: Was sollen Verfassungsartikel, die nicht umgesetzt werden? Dieselben Kreise, welche die SBI bekämpfen, fordern seit Jahren, dass Initiativen, welche gegen internationale Vereinbarungen verstossen, gar nicht erst zur Abstimmung gebracht werden. Die Selbstbestimmungsvorlage ist eine Reaktion auf diese Bestrebungen. Regierung und Parlament können sich nicht mehr so einfach auf internationale Verpflichtungen berufen, wenn sie sich weigern, den Volkswillen umzusetzen. Ob sie es denn auch tun, ist eine andere Frage.

Unausweichlicher Konflikt

Was für die Verfassung gilt, gilt allerdings erst recht für viele internationale Vereinbarungen: Sie sind oft mehr von Wunschdenken getragen als von der Realität. Dass die Schweiz etwa den Uno-Migrationspakt, der in Bern gerade unterschrieben wird, je erfüllen wird, ist unwahrscheinlich. Allerdings gibt es keinen Mechanismus, der die Schweiz zur Einhaltung dieses Paktes verpflichten würde. Das Gleiche gilt für das Pariser Klimaabkommen: Mehr als eine Empfehlung, an die sich die Politik bei Bedarf erinnern kann (oder auch nicht), ist der das Papier nicht.

Etwas anders sieht es aus bei der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK). Womit wir beim zweiten Punkt wären, der in Bern Kopfzerbrechen bereitet und zum Kern des Konflikts führt. Materiell sind die grundlegenden Menschenrechte, die auch in der Schweizer Verfassung festgehalten sind, völlig unbestritten. Strittig ist allein deren Auslegung durch den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Strassburg. Bislang setzte die Schweiz die Grundsatzentscheide aus Strassburg mit sklavischer Treue um. Das ist bei einer Annahme der Initiative nicht mehr so selbstverständlich.

Es gibt relativ wenige Entscheide aus Strassburg gegen die Schweiz. In aller Regel kann man in guten Treuen geteilter Meinung über den In-

halt sein. Doch just hier liegt das Problem: Der EGMR hat sich über die Jahre durch eine exzessive Auslegung der Menschenrechte zu einer Art Verfassungsgericht gemausert, das im Schweizer System fremd ist. Ob ein Minarett-, Schächt- oder Vermummungsverbot gegen die Religionsfreiheit verstösst, wann und wie Asbestopfer entschädigt, Straftäter ausgeschafft oder Sozialbetrüger bespitzelt werden, all diese Fragen gelten hierzulande nicht als primär juristisch, sondern als politisch. In letzter Instanz entscheiden nicht die Richter, sondern der Souverän, das Stimmvolk. Der Konflikt ist damit unausweichlich.

Dass die Schweiz die EMRK künden müsste, wenn sie nicht mehr alle Entscheide aus Strassburg umsetzt, ist unwahrscheinlich. Nicht nur Putins Russland oder Erdogans Türkei foutieren sich regelmässig um Strassburger Entscheide. Auch solide Rechtsstaaten wie Deutschland setzen die eigene Verfassung explizit über EGMR-Urteile. Die Schweiz befände sich damit in bester Gesellschaft.

Die Absage an den absolutistischen Anspruch des EGMR ist grundsätzlicher Natur. Alles dreht sich letztlich um die Kernfrage: Wer hat bei den zentralen Fragen des Lebens und Zusammenlebens das letzte Wort? Sind es die Rechtsgelehrten, die in der Regel nach dem urteilen, wie die Dinge gemäss dem herrschenden Zeitgeist sein müssten? Oder ist es, wie bis anhin, das Volk, das sich eher an dem orientiert, was ist?

Jetzt bestellen:
Checkliste Pensionierung
vz.ch/checkliste

Pensionierung

- **AHV**
Wie hoch ist mein Anspruch?
- **Pensionskasse**
Rente, Kapital, Kombination?
- **Hypothek**
Soll ich amortisieren?

Mit der Pensionierung ändert sich Ihre finanzielle Situation grundlegend. Was Sie heute entscheiden, bestimmt Ihren Lebensstandard für viele Jahre. Eine unabhängige Beratung beim VZ zahlt sich aus. Überzeugen Sie sich selbst.



VermögensZentrum

Aarau | Basel | Bern | Chur | Fribourg | Genève | Lausanne | Lugano
Luzern | Neuchâtel | Schaffhausen | Solothurn | St. Gallen | Zug | Zürich

www.vermoegenszentrum.ch

«Die Bürger fahren das Land nicht an die Wand»

Von Alex Baur und Roman Zeller — Führt die Selbstbestimmungsinitiative zu Rechtsunsicherheit, internationaler Isolation und Vertragsbruch, sind die Menschenrechte in Gefahr? Hans-Ueli Vogt, Vater der Vorlage, nimmt zu den Einwänden seiner Gegner Stellung.

Economiesuisse behauptet, die Selbstbestimmungsinitiative (SBI) bedrohe den Wohlstand, weil sie 600 internationale Verträge in Frage stelle. Als wirtschaftsfreundlicher Bürgerlicher muss Sie das schmerzen.

Das ist Stimmungsmache. Die Aussage mit den 600 Verträgen lässt sich einfach widerlegen: Wenn diese 600 Verträge verfassungswidrig sind, dann hätte man sie nie abschliessen dürfen. Bevor Bundesrat und Parlament einen Vertrag abschliessen, muss geprüft werden, ob er der Verfassung entspricht. Wenn wir 600 Verträge hätten, die gegen die Verfassung verstossen, dann müssten wir eine PUK einsetzen.

Der Bundesrat befürchtet vor allem, dass neue Verfassungsbestimmungen – sprich: Initiativen – bestehende völkerrechtliche Verträge in Gefahr bringen könnten.

Betrachten wir das am konkreten Beispiel, das Helen Keller, die Schweizer Richterin am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Strassburg, im *Sonntagsblick* brachte: Nehmen wir an, eine Volksinitiative verlange, dass die Schokoladenproduktion in der Schweiz subventioniert wird. Das würde wohl den WTO-Verträgen widersprechen. Wenn Keller sagt, das gehe nicht, das gefährde unseren wirtschaftlichen Wohlstand, dann heisst das: Bundesrat und Parlament, die die Initiative nicht umsetzen, wissen besser, was für die Bürger gut ist, als diese selber, und sie dürfen darum über die Köpfe der Bürger hinweg anders entscheiden. Das ist eine unglaubliche Anmassung. Wenn man so argumentiert und die Bevölkerung nur noch abstimmen lässt, wenn sie so entscheidet, wie es der Regierung gefällt, dann kann man die direkte Demokratie gleich ganz abschaffen.

Ihre Gegner befürchten eine Rechtsunsicherheit.

Sie disqualifizieren damit ihre Mitbürger als Unsicherheitsfaktor für den Staat. Wir sind sehr gut mit der direkten Demokratie gefahren. Die Bürger fahren das Land nicht an die Wand und führen es nicht in die Isolation. Extreme Initiativen von rechts oder links fanden in der Schweiz nie Mehrheiten. Das Stimmvolk tendiert eben gerade zu Stabilität und Rechtssicherheit.

Ihre Kollegin Keller ist da anderer Meinung. Ein Beispiel: Zuerst stimmte das



«Wir sind sehr gut mit der direkten Demokratie gefahren»: Jurist und SVP-Nationalrat Vogt.

Stimmvolk für die bilateralen Verträge und damit für die Personenfreizügigkeit; dann stimmte es für die Masseneinwanderungsinitiative (MEI), also eine Beschränkung der Zuwanderung. Beides zusammen geht nicht. Was würde die SBI daran ändern?

Die Bürger haben ja zur Personenfreizügigkeit gesagt, aber sie haben später, als sie sahen, wohin das führt, die Bremse gezogen und sich für eine Begrenzung der Zuwan-

derung ausgesprochen. Bundesrat und Parlament haben nicht einmal den Versuch unternommen, den neuen Verfassungsartikel umzusetzen. Das war damals mit den Bilateralen I und dem Landverkehrsabkommen und mit der Alpeninitiative noch anders. Dort hat der Bundesrat mit Brüssel hart und in mehreren Runden verhandelt. Es wurde zwar noch nicht so viel Verkehr auf die Schiene verlagert, wie die Initiative

verlangt, aber die Verlagerung auf die Schiene ist im Einklang mit der Verkehrspolitik von Brüssel. Darum konnte man damals das Landverkehrsabkommen unterzeichnen. Das Entscheidende ist, dass die Regierung die Verfassung als verbindlichen Auftrag ansieht und entsprechend handelt.

Gemäss der SBI (Artikel 190 der Bundesverfassung) sollen dem Referendum unterstehende Abkommen sowie Bundesgesetze «massgebend» sein, die Verfassung aber gleichzeitig ranghöchst in der Normenhierarchie.



Gemäss Ihren Gegnern ist das ein Widerspruch.

Dass internationale Verträge, die dem Referendum unterstanden, massgebend sind, heisst: Die Gerichte müssen sie anwenden, auch wenn sie denken, dass sie der Verfassung widersprechen. Wir wollen mit der SBI keine Verfassungsgerichtsbarkeit einführen. Wir wollen nicht, dass Gerichte politische, demokratische Entscheidung aufheben.

Kurzum: Es bleibt alles beim Alten.

Für den Bundesrat und das Parlament sind die internationalen Verträge nicht in diesem Sinn «massgebend». Das ist aus juristischer Sicht selbstverständlich, man muss ja nur den Artikel 190 lesen, den Sie erwähnt haben. Für sie gilt, dass sie sich in erster Linie an die Verfassung halten müssen. Das wird mit dem Vorrang der Verfassung, wie ihn die SBI fordert, wieder klar gestellt.

Das hat aber doch zur Folge, dass die 600 Verträge, von denen Economiesuisse spricht, für jede künftige Volksinitiative unter einem Vorbehalt stehen.

Demokratie stellt immer alles unter Vorbehalt: Die Mitsprache der Bürger ist immer vorbehalten. Wer diesen Vorbehalt nicht will, der sollte ehrlicherweise sagen, dass er eine Diktatur will. Bei jeder Volksinitiative muss man prüfen, ob sie mit internationalen Verträgen kollidiert, und das Stimmvolk auf die Konsequenzen aufmerksam machen, eine sachliche Diskussion darüber führen, was bei einer Annahme der Initiative geschieht. Verträge sind kündbar, sonst würde man künftigen Generationen jede gesetzgeberische Gestaltungsmöglichkeit verbauen. «Demokratie ist Herrschaft auf Zeit», hat das deutsche Bundesverfassungsgericht einmal gesagt.

Nehmen wir ein Beispiel. Die Fair-Food-Initiative stand in einem Widerspruch zum WTO-Abkommen. Wäre diese angenommen worden, hätte das WTO-Abkommen gekündigt werden müssen?

Nein. Man hätte probiert, die Initiative so umzusetzen, dass sie der WTO möglichst nicht widerspricht.

Also den Volkswillen wieder nicht umsetzen?

Verfassungsbestimmungen sind nicht nur nach dem Wortlaut auszulegen, sondern auch nach ihrem Zweck. Zudem ist klar, dass man einen Konflikt zuerst einmal zu vermeiden versucht, man versucht, das nationale Recht völkerrechtskonform auszulegen. Daran ändert sich mit der SBI nichts. Erst wenn das nicht möglich ist, dann kommen die weiteren Regeln – Neuverhandlung, nötigenfalls Kündigung – zur Anwendung.

Es gibt Verfassungsartikel, bei denen ein Kompromiss nicht möglich ist. Nehmen wir das Minarettverbot. Man kann nicht ein halbes Minarett zulassen. Falls Strassburg verfügen sollte, dass das Verbot menschenrechtswidrig ist – was dann?

Die Frage, ob das Minarettverbot gegen die Religionsfreiheit nach der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) ver-

«Entscheide aus Strassburg, die im Widerspruch zur Verfassung stehen, sind sehr selten.»

stösst, ist halt auch nicht eindeutig zu beantworten. Alle Grundrechte können eingeschränkt werden, wenn ein überwiegendes öffentliches Interesse dafür spricht. Das ist eine Abwägungsfrage.

Aber irgendjemand muss entscheiden.

Das ist so. Andere Länder überlassen solche Abwägungsentscheide den Richtern und Rechtsgelehrten. In der Schweiz entscheidet das Volk, nachdem alle Argumente diskutiert wurden. Und das ist ein qualitativ besserer Entscheid, als wenn ein paar Richter so tun, als ob es in dieser schwierigen und politischen Abwägung nur eine objektiv richtige Antwort gäbe, die sich allein rechtlich begründen lasse.

Bei der Annahme der SBI wäre demnach die EMRK zu kündigen?

Nein. Nehmen wir an, der EGMR sagt, das Minarettverbot verletze die EMRK. Dann würden wir das Urteil nicht umsetzen, weil unsere Verfassung dem nicht zwingenden Völkerrecht vorgeht. Bei uns haben fünf Millionen Stimmbürger mehr Gewicht als eine Gruppe von Richtern. Im Initiativtext steht aber auch, dass wir einen Vertrag nur «nötigenfalls» kündigen. Es wäre nach diesem Kriterium nicht klug, einen Vertrag, den wir im Prinzip wollen, zu kündigen, nur weil wir in einem einzigen untergeordneten Punkt die Dinge anders sehen. Und noch unwahrscheinlicher ist, dass der Europarat die Schweiz ausschliessen würde, nur weil

wir bei der Religionsfreiheit die Interessenabwägung anders vorgenommen haben. Konkret heisst das: Wir würden damit leben, dass wir ausnahmsweise ein Urteil nicht umsetzen – wie übrigens andere Staaten auch. Es ist unerhört, wenn die Initiativgegner die Schweiz damit in die gleiche Schublade werfen wie gewisse Staaten, die wohl tatsächlich keine Rechtsstaaten mehr sind, bloss weil wir die Abwägung anders vorgenommen haben als Strassburg. Übrigens hat das deutsche Bundesverfassungsgericht entschieden, dass es die Urteile aus Strassburg «berücksichtigt»! Das heisst, wenn sie dem deutschen Grundgesetz widersprechen, setzt es sie nicht vorbehaltlos um. Das muss auch bei uns gelten.

Wenn wir ein Urteil aus Strassburg mal akzeptieren und mal nicht, dann wird es schwierig. Wer entscheidet das von Fall zu Fall?

Entscheide aus Strassburg, die im Widerspruch zur Verfassung stehen, sind sehr selten. Die EMRK und unsere Verfassung stimmen ja weitestgehend überein. Unsere Verfassung enthält sogar noch mehr Grundrechte als die EMRK.

Wäre es dann nicht ehrlicher, die EMRK gleich zu kündigen?

Wir sind bei der EMRK nicht in erster Linie dabei, weil wir selber ein Gericht brauchen, das darüber wacht, dass bei uns alles mit rechten Dingen zu- und hergeht. Wir wären auch ohne die EMRK ein Rechtsstaat mit ausgebautem Menschenrechtsschutz. Wir sind vor allem dabei, weil die EMRK ein Rahmen für Rechtsstaatlichkeit in ganz Europa ist. Insofern ist sie ein Teil unserer Aussenpolitik. Aber das darf nicht dazu führen, dass wir deswegen Volksentscheide nicht mehr richtig umsetzen können. ○

VALUES WORTH SHARING

**«Ich schätze
Vertrauen und
Loyalität –
genauso wie
die LGT.»**

Nina van Sprundel, LGT Kundin seit 2015



Private
Banking

lgt.ch/values

Intime Feinde

Beim Kampf um die Selbstbestimmungs-Vorlage prallen zwei Welten aufeinander, die gegensätzlicher kaum sein könnten. Die Front verläuft durch alle sozialen Schichten und Institutionen. Die zehn wichtigsten Gegenspieler in Kurzporträts.



Leitfigur und Feindbild: alt Bundesrat Blocher, Bundesrätin Sommaruga.

Die Justizminister

Christoph Blocher — Der Kampf gegen den EWR-Vertrag, den er praktisch im Alleingang gegen das vereinte politische und wirtschaftliche Establishment für sich entschied, machte ihn 1992 mit einem Schlag zu einer Leitfigur der eidgenössischen Politik, für seine Anhänger wie für seine Gegner; die Souveränität der Schweiz wurde zu seinem Leitmotiv. Blocher, von Haus aus Jurist, war es denn auch, der als Justizminister (2003 bis 2007) das



Thema «Richterstaat» und «fremde Richter» aufs Tapet brachte. Der Bundesrat warnte davor, dass Richter und Rechtsgelehrte unter Berufung auf angeblich übergeordnetes internationales Recht zusehends in die Politik eingreifen und nationale Gesetze aushebeln würden. Statt umzusetzen, was das Parlament und, in letzter Instanz, das Volk entschieden haben, würden die Richter damit faktisch die eigenen Rechtsgrundlagen schaffen, nach denen sie entscheiden. An der Entstehung und Ausarbeitung der Selbstbestimmungsinitiative war Blocher zwar nicht direkt beteiligt, doch er bereitete den geistigen Boden, auf dem sie entstanden ist.

Simonetta Sommaruga — Die ehemalige Konsumentenschützerin ist das Feindbild der Rechtskonservativen par excellence. Als Justizministerin (seit 2010) spielt die Sozialdemokratin bei der Migrations- wie bei der Europapolitik eine Schlüsselrolle. In dieser Funktion war Sommaruga mit der Umsetzung beziehungsweise Nichtumsetzung der vom Volk angenommenen Vorlagen zur Beschränkung der Zuwanderung und zur Ausschaffung krimineller Ausländer betraut. Wie sehr ihr diese Anliegen widerstreben, brachte sie nach der Ablehnung der Durchsetzungsinitiative zum Ausdruck. Die ansonsten als unnahbar geltende Bundesrätin umarmte Gegner der Vorlage öffentlich

und lobte das Stimmvolk für seine «Reife und demokratische Mündigkeit». Die Selbstbestimmungsinitiative (SBI), die sie 2013 noch kurzerhand für ungültig erklären wollte, ist Sommaruga erst recht ein Gräuel. Auch die Parolen, mit denen sie in die Abstimmungsschlacht um die SBI zieht, sind ungewohnt harsch: «Aufforderung zum Vertragsbruch», «Angriff auf die Menschenrechte», «Abschotter», «Scheinlösung», «Gschtürm», «Grossmachtsfantasien».

Die Rechtsgelehrten

Hans-Ueli Vogt — Sein Spezialgebiet ist das Wirtschaftsrecht, Bestnoten und Studien an Universitäten mit klangvollen Namen (Harvard, Florenz, London, Peking) zieren seinen Palmarès, er praktizierte auch mal als Anwalt in New York. Trotzdem geht dem Professor der Universität Zürich, der sich schon 1992 als einer der wenigen seines Faches gegen den EWR aussprach, jeder akademische Dünkel ab. Seit 2015 politisiert Hans-Ueli Vogt für die SVP im Nationalrat. Er hat die Selbstbestimmungsinitiative angestossen und deren Wortlaut in einem dreijährigen Prozess mit anderen Juristen ausgetüfelt. In seiner Branche machte er sich damit zum Aussenseiter, was auch damit zu tun hat, dass

seine Kernthese, laut der die Richter und Rechtsgelehrten über das internationale Recht die Politik umgehen und sich zunehmend ihre eigenen Gesetze machen würden, bei der Gilde der Juristen wenig Freude auslöst. Vogt wurde vorgeworfen, dass das Verfassungsrecht nicht sein Fachgebiet sei. Seine Antwort: «Das ist etwa so, als würde man die Debatte über Managerlöhne den Managern überlassen, in der Meinung, dass nur sie eine Ahnung von der Materie hätten.»

Helen Keller — Das Büro der Spezialistin für Umwelt-, Europa- und Völkerrecht bei der Universität Zürich lag ursprünglich neben jenem ihres Kontrahenten und Professoren-Kollegen Hans-Ueli Vogt. Seit 2011 vertritt Helen Keller die Schweiz als Richterin am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR). Ihr Weg nach Strassburg führte über den Menschenrechtsausschuss der Uno, praktische richterliche Erfahrung hatte sie vorher keine. Die höchstrichterliche Würde hinderte Keller nicht daran, zusammen mit drei Hilfsassistenten im Herbst 2016 ein fünfzigseitiges Argumentarium gegen die Selbstbestimmungsinitiative zu publizieren, bevor diese überhaupt lanciert war. Demnach ist die «Initiative der neuen Generation» ein Frontalangriff auf Demokratie, Rechtsstaat und Menschenrechte. Ihrer Meinung nach dürfte die Initiative dem Volk nicht zur Abstimmung unterbreitet werden. Gemäss Keller richtet sich die Vorlage «nicht gegen fremde Richter, sondern gegen die eigenen». Eine Annahme wäre eine «Katastrophe», zumal sich die Schweiz damit international ins Abseits manövrieren würde. Keller tritt gerne in den Medien auf, Kontroversen scheut sie allerdings. Mit der *Weltwoche* redet sie grundsätzlich nicht.

Die Parlamentarier

Gregor Rutz — Der Zürcher Nationalrat ist einer von mehreren SVP-Juristen im Abstimmungskampf um die Selbstbestimmungs-



Weg nach Strassburg: Professoren Vogt und Keller.

initiative. Obwohl er eine Agentur für Kommunikationsberatung führt, liegt seine Stärke weniger im öffentlichen Auftritt. Als Mitglied der Staatspolitischen Kommission des Nationalrates (seit 2012) wirkt er eher im Hintergrund. Der ehemalige Generalsekretär und Geschäftsführer der SVP (2001 bis 2008) ist gut vernetzt, als ehemaliges Mitglied des Verfassungsrates des Kantons Zürich (2000 bis 2005) ist er mit der Materie vertraut. Rutz gilt als juristischer Hardliner und spielte eine federführende Rolle bei der Ausschaffungs- und bei der Durchsetzungsinitiative. Beide Vorlagen – die erste wurde angenommen, die zweite abgeschmettert – wollten mit einem Automatismus die Richter und die Verwaltung zwingen, kriminelle Ausländer ungeachtet menschlicher Härten des Landes zu verweisen. Dieses Misstrauen gegenüber den Richtern und Behörden, die durch ein engeres



Volk verführt: Nationalräte Rutz und Fluri.

Korsett in ihrem Ermessensspielraum eingeschränkt werden sollen, schwingt zum Teil auch bei der Selbstbestimmungsinitiative mit. **Kurt Fluri** — Fragte man Rechtskonservative nach der Inkarnation des Bösen, der FDP-Nationalrat und langjährige Stadtpräsident von Solothurn stünde ganz oben auf der Liste. Als Vater der «Umsetzung light» der Masseneinwanderungsinitiative gilt der Sprecher der Staatspolitischen Kommission für sie als «Totengräber der direkten Demokratie». Dass sich Fluri selber als Vertreter des Bürgertums sieht, treibt sie erst recht zur Weissglut. Doch das beeindruckt ihn nicht. Der fünffache Familienvater und Jurist, der im persönlichen Umgang sehr gradlinig auftritt, ist politisch nicht so einfach einzuordnen. So trat Fluri für viele überraschend gegen die Energiewende und den Atomausstieg an. Und jetzt bekämpft er die SBI. Die Vorlage bezweckt nach seiner Meinung einseitige Vertragsbrüche und beschädige den Ruf der Schweiz als verlässlicher Vertragspartner. Ansonsten eher ein Mann der leisen Töne, geisselt er das «Selbstbestimmungs-Spielchen» als «Spiegelfechtere», seinen Gegnern wirft er vor, sie würden «das Volk verführen».

Die Alt-Bundesrichter

Martin Schubarth — Seine Karriere begann der 1942 geborene Basler Jurist als Anwalt und Professor an den Universitäten in Bonn und Hannover; als Mitglied der SP wurde er 1982 ans Bundesgericht gewählt, wo er bis 2004 beim

Kassationshof für Strafrecht wirkte und das er auch präsierte. Bereits 1974 wies Schubarth erstmals auf die Konflikte hin, die sich aus den Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) und der direkten Demokratie ergeben könnten. Später kritisierte Schubarth mit zunehmender Schärfe, dass sich der EGMR bei einer schwachen demokratischen



Kritik am «Richterstaat»: Schubarth, Nay.

Legitimation zu einer Art Verfassungsgericht entwickelt hätte, welches im schweizerischen System nicht vorgesehen ist und das sich mit einer politischen Auslegung der Menschenrechte eine Kompetenz anmasse, die ihm nicht zustehe. Schubarth stellt den Strassburger Gerichtshof zwar nicht grundsätzlich in Frage, fordert aber eine Besinnung auf den Kerngehalt der Menschenrechte. Er gab damit den Anstoss für Blochers Kritik am «Richterstaat» – und indirekt auch für die Selbstbestimmungsinitiative. **Giusep Nay** — Als Kandidat der CVP wurde der Bündner 1988 ans Bundesgericht gewählt, als erster Rätoromane erklimm er 2004 das Podest des Bundesgerichtspräsidenten. Doch Giusep Nay (Jahrgang 1942) strebte nach Höherem: Nach bloss zwei Jahren gab er die hohe Würde ab, um als Richter am Strassburger Gerichtshof zu kandidieren. Die Rechnung ging nicht auf, gewählt wurde ein anderer. Die Fehde zwischen Nay und der SVP ist schon älter, und sie beruht auf gegenseitiger, tiefer Abneigung. Mit Leserbriefen, öffentlichen Auftritten und Interviews bekämpft der pensionierte Bundesrichter die SBI als «Anti-Menschenrechts-Initiative». Als Mitglied des sozialliberalen Club Helvétique und eifriger Autor beim ähnlich gepolten Zirkel «Unser Recht» vertritt Nay die Meinung, dass die SBI, wie schon frühere SVP-Initiativen, gar nicht erst zur Abstimmung gebracht werden dürfte. Nach dem Motto «Das Volk hat nicht

immer recht» setzt er sich für die Schaffung eines Verfassungsgerichtes ein.

Die Zivilgesellen

Lukas Reimann — Der Auns-Präsident aus dem Kanton St. Gallen gilt trotz seiner jugendlichen 36 Jahre als alter Hase im Politbetrieb. Mit fünfundzwanzig in den Nationalrat gewählt, zog Lukas Reimann sowohl bei der Jungen SVP wie auch bei «Young4Fun» oder der «Europäischen Anti-EU-Allianz» die Strippen. Seit 2014 präsiert er die von Christoph Blocher 1986 gegründete überparteiliche Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (Auns). Die Auns ist damit Teil der sogenannten Zivilgesellschaft, die auf ausserparlamentarischen Kanälen politische Anliegen vertritt. Reimann führt Blochers Kurs stramm weiter – im Dienste der Schweizer Unabhängigkeit, Neutralität und direkten Demokratie. Die Nichtumsetzung der Masseneinwanderungsvorlage brachte seinen Kampfgeist auf Hochtouren. Die Selbstbestimmungsinitiative ist für Reimann die Mutter aller Initiativen, eine letzte Chance für das Land, die Zügel wieder in die eigenen Hände zu nehmen. Für die Auns ist die SBI auch ein wichtiger Hebel gegen den «schleichenden EU-Beitritt». **Flavia Kleiner** — Die Hobby-Tänzerin und Assistentin (Zeitgeschichte, Uni Freiburg) sorgt hauptsächlich auf der Politbühne für Spektakel, sie ist der Star des parteiübergreifenden linksliberalen Mainstreams. Flavia Kleiner (Jahrgang 1990) war noch Studentin (Politologie), als sie 2014 mit Gleichgesinnten nach der für sie schockierenden Annahme der Masseneinwanderungsinitiative die Operation Libero gründete. Ihren Durchbruch schaffte die Tochter einer FDP-Familie zwei Jahre später mit ihrem Engagement gegen die Durchsetzungsinitiative. Die Co-Präsidentin der Operation Libero mit dem Wuschelkopf ist seither eine Ikone der progressiven Kräfte – die Antithese zu ziemlich allem, was die Auns vertritt. Es wäre ein Fehler, die selbstsichere und rhetorisch beschlagene Akademikerin, die sich auch schon mit Wilhelm Tell verglichen hat, auf ihr Äusseres zu reduzieren. Für Kleiner wäre eine Annahme der Selbstbestimmungsinitiative schlicht ein «Eidbruch» gegenüber ausländischen Vertragspartnern der *global community*.

Alex Baur und Roman Zeller



«Eidbruch»: Aktivisten Reimann und Kleiner.





Brief aus dem Silicon Valley

Der Butler aus der Datenwolke

Von *Simon Zwahlen* — Persönliche Assistenten sind bis jetzt ein Privileg vielbeschäftigter Manager. Nun planen Superhirne der Hightech-Industrie die Service-Revolution: den Butler für jedermann. In Zukunft koordiniert künstliche Intelligenz den Autoservice, macht Termine beim Coiffeur ab und sucht sogar passende Singles für ein Date.

Manchmal geht vom Silicon Valley ein ganz eigener Zauber aus. So war es, als Steve Jobs am 9. Januar 2007 das iPhone vorstellte. Er nannte es ein revolutionäres und magisches Produkt. Einen ähnlichen Moment erlebte ich vor einiger Zeit, als Sundar Pichai, der CEO von Google, an der jährlichen Entwicklerkonferenz «Google Duplex» vorstellte. Zukunftsmusik, die schon bald Realität wird.

Und wie funktioniert das? Ich gebe dem Google-Assistenten den Auftrag, dass er am nächsten Donnerstag zwischen 16 und 18 Uhr, am liebsten um Punkt 16 Uhr, einen Termin bei meinem Coiffeur vereinbaren soll. Oder dass er für nächsten Samstag um 20 Uhr einen Tisch für vier Personen in meinem Lieblingsrestaurant reservieren soll. Google greift dann selbst zum Hörer, vereinbart im Namen des Auftraggebers einen Termin und reserviert einen Tisch. Dabei sprechen wir nicht etwa von einem Google-Callcenter-Mitarbeiter. Nein, der digitale Assistent – ein virtueller Roboter – ruft selber an und meistert dabei selbst kommunikativ heikle Situationen.

«Google an Amazon»

Selbstverständlich werden der Kalendereintrag und die Terminerinnerung gleich auch noch automatisch eingetragen. Da ich meistens mit dem Bus zum Haarscheiden fahre, wird mich Google rechtzeitig erinnern, wann ich zu Hause aufbrechen muss, um den Bus nicht zu verpassen. Ein anderes Beispiel: Wenn ich mein Auto in die Garage bringen muss, weil mir im Parkhaus wieder einmal jemand ins Auto gefahren ist, dann kann ich zukünftig meinen Assistenten beauftragen: «Hol mir Angebote von allen Garagen in der Region und vereinbare einen

Termin bei der Garage mit dem besten Preis-Leistungs-Verhältnis!»

Schon ziemlich bald also werden sämtliche Garagen jemanden einstellen müssen, der die unzähligen Telefonate des Google-Assistenten beantworten kann. Ich bin mir sicher, dass Google bereits daran arbeitet, den Assistenten auch für die Unternehmen weiterzuentwickeln. Vielleicht wird aber auch Amazon, das eine immense KMU-Kundenbasis hat, Alexa darauf trainieren, mit dem Google-Butler zu verhandeln.



Die Swisscom verfolgt weltweit das Geschehen in der digitalen Welt. Ihr Netzwerk reicht von Shanghai bis ins Silicon Valley. Einer ihrer führenden Spezialisten ist Simon Zwahlen. Aus erster Hand berichtet er monatlich für die Weltwoche über die neuesten Trends und faszinierendsten Entwicklungen.

Schon bald also werden wir uns nicht mehr mit unserem Dienstleister persönlich austauschen müssen und dieser sich nicht mit seinen Kunden. Dafür gibt es die beiden Assistenten, die einander tagein, tagaus anrufen, um Termine zu vereinbaren, Preise zu verhandeln oder einfach um die Zeit totzuschlagen. Je mehr Aufgaben ich an meinen Assistenten delegiere, umso mehr Informationen sammelt er über mich, und desto besser kennt er meine Vorlieben.

Ich bin überzeugt: Technologien wie Google Duplex bringen den nächsten Schub in der digitalen Revolution. Insbesondere im Bereich der kleineren und mittleren Unternehmen geht die Digitalisierung bis jetzt nur schleppend voran. Der Coiffeur verwendet immer noch am liebsten sein Kundenbuch, um die Kundentermine einzutragen. Dasselbe gilt für Besitzer von kleinen Restaurants. Gemäss Google haben 60 Prozent aller KMU in den USA noch immer kein Online-Buchungssystem. In der Schweiz sieht es bestimmt nicht besser aus. Eine immense Menge an Informationen also, die heute noch mit Bleistift in die Termin- und Notizbücher der kleineren Unternehmen geschrieben werden und nicht digital verfügbar sind.

Mein Erlebnis mit Clara

Auch für den Kunden kann es mühsam sein, wenn er nicht, wie gewohnt, per Handy oder Computer Kontakt aufnehmen und beispielsweise einen Termin vereinbaren kann. Wer greift heute noch gerne zum Hörer, um ein Telefongespräch zu führen? Wir bevorzugen es, E-Mails zu schreiben oder mit Freunden über Whatsapp zu chatten. Falls wir dann doch einmal jemanden persönlich sprechen möchten, vereinbaren wir vorher über einen der vielen digitalen Kommunikationskanäle einen Termin oder stellen zumindest sicher, dass das Gegenüber verfügbar ist und Zeit für uns hat. All diese Probleme will Google nun mit Google Duplex lösen.

Und ein guter Butler kümmert sich nicht nur um geschäftliche Probleme. Wenn ich nun beispielsweise auf der Suche nach einem Partner bin, dann muss ich mich bald nicht mehr



durch mühsame Dates quälen. Mein persönlicher Assistent wird sich mit seinen Kollegen austauschen. Er wird den perfekten *match* suchen und finden. Und selbstverständlich auch gleich das richtige Restaurant und das Kino, in dem der Lieblingsfilm von beiden läuft, reservieren.

Bei diesen Gedanken frage ich mich einfach, wie spannend und überraschend unser Leben dann noch sein wird. Was, wenn wir nur noch mit dem konfrontiert werden, was wir sowieso schon mögen? Wartet mein Agent auch mit neuen Erlebnissen auf mich? Füttert er mich mit neuen Herausforderungen? Schickt er mich als Klassikliebhaber plötzlich aufs Rockkonzert? Zum Glück sind wir von dieser Realität noch viele Jahre entfernt.

Oder doch nicht? Kürzlich wollte ich ein Unternehmen unter die Lupe nehmen, das Büros in Asien und in den USA hat. Dabei wollte ich auch noch einen Kollegen aus der Schweiz hinzuziehen. Wieder einmal galt es

also, einen Termin mit Teilnehmern aus drei verschiedenen Zeitzonen zu finden. Trotz allen verfügbaren digitalen Hilfsmitteln stellt mich das heute immer noch vor eine grosse Herausforderung. Ich schrieb also den CEO des Unternehmens mit Sitz in Südkorea an, ob wir uns in den nächsten Tagen einmal telefonisch austauschen könnten. Er hat mir postwendend geantwortet, seine Assistentin Clara in Kopie genommen und beauftragt, einen Termin für uns zu suchen.

Umgehend meldete sich Clara bei mir und schlug ein paar Termine vor, welche Sie anschliessend, falls passend, gerne meinem Kollegen in der Schweiz auch noch anbieten würde. Leider ging mir keines der Daten, weshalb ich ihr zwei Alternativen vorgeschlagen habe. Bereits am darauffolgenden Tag lud uns Clara alle zur Telefonkonferenz ein. Gleichzeitig schickte sie mir noch eine E-Mail mit der Mobiltelefonnummer ihres Chefs. Nur für den Fall, dass etwas mit der Konferenz nicht funktionieren sollte...

Ich habe mich für die rasche Abwicklung bedankt und ihr ein schönes, sonniges Wochenende gewünscht. Sie tat es mir gleich und meinte, ich solle mich jederzeit melden, falls etwas wäre oder ich den Termin unvorhergesehen nicht wahrnehmen könne. Als ich die darauffolgende Woche mit dem CEO dieses Unternehmens das Gespräch beendete, erwähnte ich die zuvorkommende und speditive Terminvereinbarung mit der Unterstützung seiner Assistentin. Er meinte nur, dass sie noch lernen müsse und manchmal Schwierigkeiten mit den verschiedenen Zeitzonen habe. Worauf ich ihn fragte, ob Clara denn neu bei ihnen angefangen habe. Da konnte er sein Lachen nicht mehr zurückhalten und verkündete mir: «Clara ist eine künstliche Intelligenz!» Bislang hatte ich noch immer gemerkt, wenn ich mit einer Maschine oder einem Chatbot kommunizierte. Nun spürte ich zum ersten Mal nicht, dass ich mich nicht mit einem richtigen Menschen unterhielt. Es war auch das erste Mal, dass ich einem Roboter ein schönes Wochenende gewünscht habe – ein gleichermaßen begeisterndes wie beängstigendes Erlebnis.

Glossar

- **Android:** Fast 80 Prozent aller Smartphones weltweit verwenden Android, das Betriebssystem von Google.
- **Artificial Intelligence (AI):** Künstliche Intelligenz gilt als Schlüsseltechnologie der Zukunft. Der Begriff steht für lernfähige Maschinen, die auf ihre Umgebung reagieren.
- **Chatbot:** Ein Roboter, der automatisch generierte Textnachrichten verschickt und einfache Fragen beantworten kann.
- **Duplex:** Die neueste Anwendung von künstlicher Intelligenz aus dem Hause Google. Laut Google handelt es sich um eine Software, welche dabei hilft, «Aufgaben im realen Leben zu erledigen».
- **Google Maps:** Digitale Landkarte mit Standorterkennung von Google.
- **Whatsapp:** Die weltweit am meisten genutzte App für den Austausch von Textnachrichten, Sprachnachrichten und Dateien via Smartphone.

Fünf Fragen



Simon Zwahlen:
Vice President
of Business Development
& Innovation bei
Swisscom in Palo Alto,
Kalifornien.

Wann wird Google Duplex Ihres Erachtens frühestens einsatzfähig?

Seit Juli finden halböffentliche Tests mit einer Referenzgruppe statt. Momentan umfasst die Software eher einfache Anwendungen wie beispielsweise Terminvereinbarungen. Ich rechne damit, dass Google auf diesem Niveau Anfang 2019 in den USA an die Öffentlichkeit geht.

Welche anderen Firmen arbeiten an virtuellen Assistenten?

Das ist ein regelrechtes Kopf-an-Kopf-Rennen im Silicon Valley. Neben den grossen Anbietern gibt es wohl Hunderte Start-ups, die versuchen, hier eine Nische zu besetzen. Für umfangreiche Anwendungen braucht man aber viele Kompetenzen bei der künstlichen Intelligenz und bei der natürlichen sprachlichen Interaktion. Führend ist derzeit klar Google, vor Amazon.

Was bedeutet dieser Trend für Swisscom?

Wir wollen unseren Kunden das Leben einfacher machen und ihnen das Beste Erlebnis bieten. Dies fängt beispielsweise bei der Sprachsteuerung in Schweizer Dialekt von Swisscom TV an. In einigen Swisscom Shops führen wir zudem Tests durch mit einem Roboter, der sich um einfachste Kundenanfragen kümmert.

Wie kann ein Schweizer Coiffeur oder Restaurant heute schon den Kontakt zum Kunden digital vereinfachen?

Es gibt für Tischreservierungen oder Terminbuchungen bereits heute verschiedenste digitale Lösungen. Mit local-search bieten wir für KMUs Komplettlösungen an. Unsere Mitarbeiter stellen aber bei vielen Firmen noch eine gewisse Zurückhaltung fest.

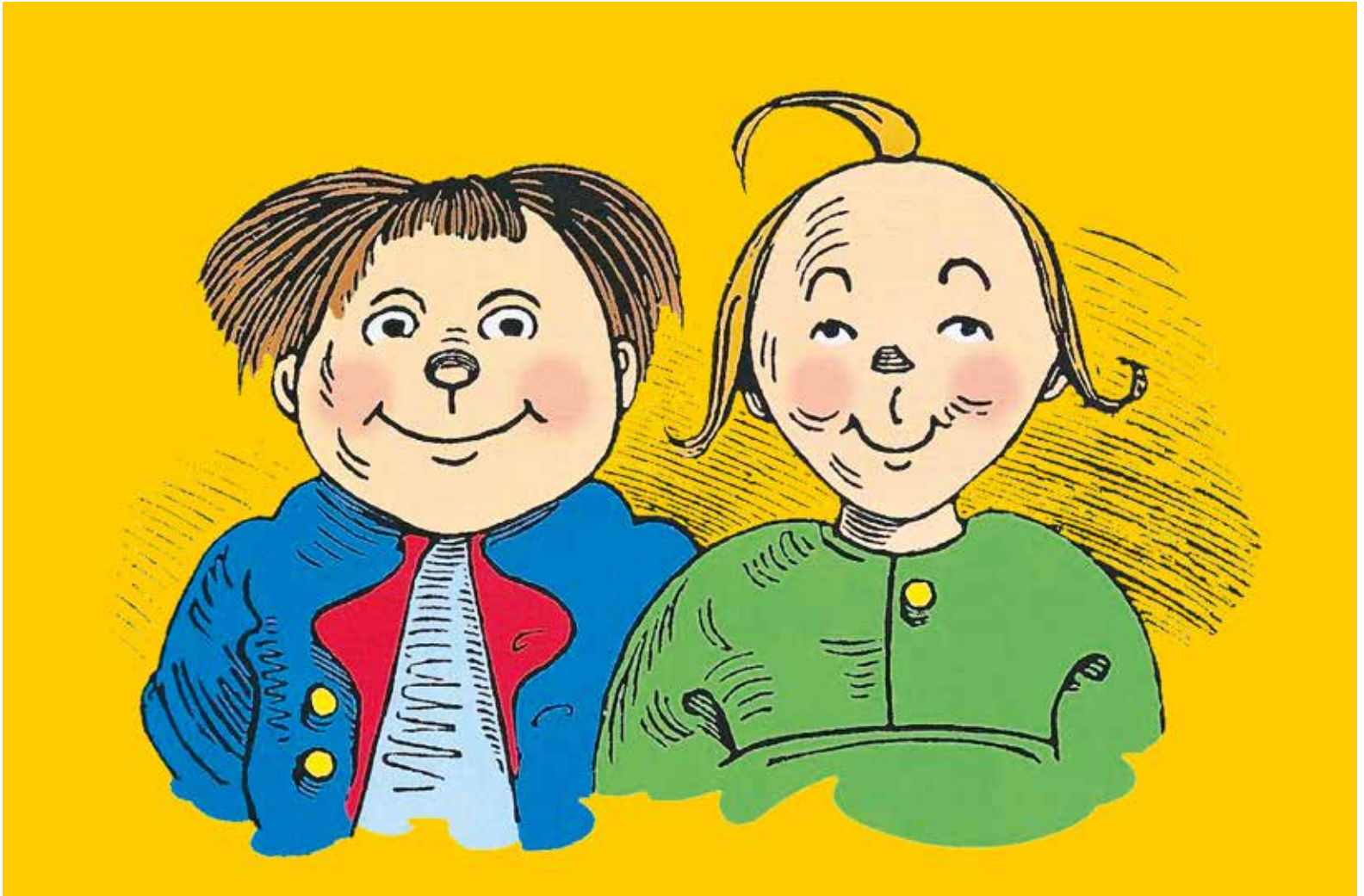
Sind menschliche Dienstleistungsberufe in Gefahr?

Die Tätigkeiten, bei denen es ausschliesslich um abrufbares Wissen geht, können automatisiert werden. Anders sieht es bei Dienstleistungen aus, die eine Vertrauensbeziehung zum Kunden erfordern oder wo menschliche Intuition gefragt ist. Generell ist die Kombination zwischen Mensch und Maschine ihren Einzelteilen auch in Zukunft überlegen.

Florian Schwab

Plädoyer für die Kinderarbeit

Von Allan Guggenbühl — Jugendliche und Kinder von der Arbeitswelt fernzuhalten, dient nicht ihrem Wohl. Im Gegenteil. Viele Probleme könnten gelöst werden, wenn wir den Jungen mehr Verantwortung übertragen würden.



Mitwirkung in der realen Arbeitswelt wirkt Wunder.

Die Ausnützung und missbräuchliche Behandlung der Kinder hat im späteren 19. Jahrhundert zum Verbot der Kinderarbeit geführt. In den westlichen Staaten haben Kinder in die Schule zu gehen oder ihre Freizeit zu geniessen. Kinder haben ein Recht auf Bildung und auf eine Kindheit, in der sie sich nicht abrackern müssen. Beim Verbot der Kinderarbeit geht es auch darum, die Ausbildung der Kinder zu ermöglichen. Sie in den Arbeitsprozess einzugliedern, ist für die Mehrzahl der Eltern, die Behörden und Pädagogen undenkbar. Die Zeiten haben sich jedoch geändert. Was vor etwas mehr als hundert Jahren eine wichtige sozialpolitische Massnahme war, ist heute überholt. Das Verbot der Kinderarbeit ist heute ein Mittel, um Kinder und Jugendliche vom Leben auszuschliessen und sie in die Anpassungstempel zu verbannen. Der einzige Status, den wir

ihnen zugestehen, ist jener des aufnahmebereiten Subjekts. Sie sollen ihre Zeit damit verbringen, die Vorgaben der «Alten» zu übernehmen und zu gehorchen.

Aus psychologischer Sicht ist diese Stellung schwierig zu ertragen. Kinder streben ab neun Jahren danach, sich auch dem äusseren Leben anzuschliessen. Sie möchten Einfluss nehmen, Verantwortung tragen, experimentieren. Die ganze Kindheit und Jugend in einem psychosozialen Moratorium zu verbringen und von ernsthafter Tätigkeit ausgeschlossen zu werden, ist unerträglich. Wie Arbeitslose erfahren sie sich als nutzlos und beginnen zu regredieren. Sie reagieren mit infantilem Verhalten, benehmen sich nicht und sind auch weniger motiviert zu lernen. Von einer Konsumgesellschaft umgeben zu sein, in der Geld das wichtigste Mittel ist, sich einzubringen, ist für sie unerträglich.

Wenn Kinder partiell in den Arbeitsprozess integriert wären, hätte dies auch einen pädagogischen Nutzen. Sie realisieren, dass Geld nicht vom Himmel fällt oder von den Eltern herbeigezaubert wird, sondern das Resultat einer Leistung ist. Sie merken, was Geld bedeutet und dass man etwas dafür tun muss. Kinder sollten deswegen schon frühzeitig am Arbeitsprozess beteiligt werden. Sie haben ein Recht auf Arbeit und einen Verdienst. Sie dürfen nicht von der Arbeitswelt ausgeschlossen werden. Wenn sie sich über die Arbeit einbringen, dann ist die Chance gross, dass sie sich aufgewertet fühlen. Sie sind jemand und damit auch eher bereit, sich in der Schule anzustrengen, wie folgendes Beispiel zeigt.

Arbeit verhilft zu Selbstwertgefühl

Die Klasse galt als sehr schwierig. Diese dritte Sekundarklasse hatte schon verschiedene Leh-

rerwechsel hinter sich. Die Jugendlichen waren in ihrem letzten Schuljahr. Völlig demotiviert drückten sie die Schulbank, einzelne fehlten etliche Lektionen und waren durch nichts dazu zu bringen, sich im Unterricht zu engagieren. Die Schulbehörde war am Verzweifeln. Schliesslich versuchte man einen anderen Weg. Statt Strafen und Motivationsgespräche zu verordnen, stellte man es den sechzehnjährigen Jugendlichen frei, ob sie die Schule besuchen oder arbeiten möchten. Den obligatorischen Schulbesuch beschränkte man auf drei Tage die Woche, sofern sie eine Arbeit fanden. Die Behörde half den Jugendlichen bei der Arbeitssuche. Das Resultat war: Mehr als die Hälfte der Jugendlichen fanden eine Stelle, arbeiteten zwei Tage die Woche und verdienten etwas Geld. Den Rest der Woche verbrachten sie in der Schule. Erstaunlich war, dass die Schüler sich im Unterricht ganz anders verhielten. Sie waren plötzlich nicht mehr demotiviert, sondern gingen gern zur Schule. Die Arbeit und die Tatsache, dass sie nun über Geld verfügten, steigerten ihr Selbstwertgefühl. Sie begegneten den Lehrpersonen nun respektvoll und anständig.

Demotivierende Trockenübungen

Arbeit bedeutet Verantwortung übernehmen. Man ist für etwas zuständig. Wenn man seine Leistung nicht erbringt, dann funktioniert das System nicht, oder es gibt ein Problem. In der Arbeit erleben die Jugendlichen oder Kinder, dass es auf sie ankommt. Was sie machen, ist relevant und wichtig. In einem pädagogischen Schonraum ist dies nicht möglich. Die Lehrpersonen sind für alles verantwortlich, und die Handlungen der Jugendlichen haben keine Bedeutung.

Natürlich wird behauptet, dass Kinder und Jugendliche bereits in der Schule lernen, Verantwortung zu übernehmen. Die Kinder müssen im Rahmen des selbstorganisierten Lernens (SOL) und des Individuum-zentrierten Unterrichts Arbeiten eigenständig anpacken, sich selber Ziele setzen und sich den Stoff ohne Hilfe eines Erwachsenen aneignen. Das Problem ist jedoch: Es handelt sich um eine «künstliche» Situation. Kinder realisieren, dass sie lediglich bei einer Trockenübung mitmachen. Sie bewegen sich in einem Schulraum und stehen unter Aufsicht der Erwachsenen. Zu meinen, dass sie in einer solchen Situation effektiv lernen, mit Verantwortung umzugehen oder selbständige Entscheide zu fällen, ist naiv. In der Schule lernen die Kinder, wie man sich in der Schule verhalten muss, damit die Lehrpersonen zufrieden sind und man in diesem System weiterkommt. Was Verantwortung wirklich heisst, lernen die Kinder oder Jugendlichen erst, wenn sie selber Verantwortung übernehmen.

Nicht jede Arbeit eignet sich für Kinder oder Jugendliche, und selbstverständlich braucht

es gesetzliche Regelungen hinsichtlich der Arbeitsverhältnisse. Es muss verhindert werden, dass die Arbeitgeber Kindern und Jugendlichen zu risikoreiche Arbeiten übergeben oder sie ausnützen. Die Arbeit sollte auch nicht zu anstrengend sein, so dass die Kinder oder Jugendlichen keine Energie mehr für das Lernen in der Schule aufbringen können. Kinder und Jugendliche müssen geschützt werden, wie es bei erwachsenen Angestellten der Fall ist.

Die Arbeit soll die Schule oder Erziehung nicht ersetzen, sondern eine Zusatztätigkeit sein, die sich auf einen bis höchstens zwei Tage die Woche beschränkt. Den grössten Teil ihrer Zeit verbringen Kinder und Jugendliche weiterhin in der Schule, doch statt fünf nur drei bis vier Tage pro Woche.

Chancen und Risiken

Welche Arbeiten eignen sich? Ab neun Jahren zum Beispiel einen Tag pro Woche die Zeitung austragen oder kleinere Arbeiten, die unter Obhut einer erwachsenen Person erledigt werden können. In der Oberstufe, mit zwölf Jahren, soll sich das Arbeitsfeld erweitern. Das können dann Lagerarbeiten, Arbeit auf dem Feld oder kleinere kaufmännische Arbeiten sein, die Mitarbeit in einem Laden beim Nach-

Der Lohn muss nicht dem Niveau der Erwachsenen entsprechen, sollte aber substanzial sein.

füllen von Gestellen, an der Kasse, Reinigungsdienste oder Beratungen. Auch Restaurants bieten eine Fülle von Arbeiten. Kinder oder Jugendliche können sich nicht nur in der Küche, sondern auch im Service nützlich machen. Sie können Plätze aufräumen, Post verteilen, Autos waschen oder an Events mithelfen. Sie können zusammen mit dem Facility-Manager Räume vorbereiten oder helfen, das Ernährungsproblem zu lösen. Die Schule bietet ebenfalls passende Einsatzmöglichkeiten. Es geht nicht nur ums Putzen, sondern auch um das Vorbereiten von Mittagessen in der Tagesschule oder den Empfang von Gästen. Unsere Gesellschaft bietet eine Vielzahl von Tätigkeiten, die oft nicht mehr oder nur nachlässig ausgeführt werden. Sie sind für Kinder und Jugendliche eine Möglichkeit, sich anders und verantwortungsvoll zu erleben. Der Lohn muss nicht dem Niveau der Erwachsenen entsprechen, aber er sollte aus Sicht der Kinder oder Jugendlichen substanzial sein.

Es scheint mir sinnvoll, in die Schule auch Phasen der Arbeit zu integrieren. Der Einblick in eine andere Welt hilft Jugendlichen und Kindern, den Schulunterricht zu schätzen und sich schulischen Verhaltensregeln zu fügen. In der Aussenwelt etwas zu leisten, erhöht ihr Selbstwertgefühl. Sie sind jemand, haben

etwas zu erzählen. Den Schulunterricht erleben sie als Gegensatz zur Arbeitswelt. Die Chance steigt, dass auch ihr Selbstwertgefühl damit steigt.

Das Argument von schulischer Seite gegen ein solches Arbeit-Schule-Modell ist der Lehrplan. Wie können Lehrpersonen ihre Lernziele erreichen, wenn sie noch weniger Zeit zur Verfügung haben? Die Einschätzung der meisten Lehrpersonen ist, dass die verfügbare Zeit bereits jetzt knapp ist und man Abstriche machen muss. Wenn ihnen jedoch ein Fünftel oder sogar ein Drittel der Stunden gestrichen wird, dann werde es ganz unmöglich, die vorgegebenen Lernziele zu erreichen. Die Befürchtung ist, dass der Unterricht ins Hintertreffen gelangt und es den Schülerinnen und Schülern am Ende ihrer Schulkarriere an Wissen und Kompetenzen mangelt. Weil sie Lernstoff verpasst haben, werden sich ihre Aufstiegschancen vermindern. Vor allem karriereorientierte Eltern werden nicht erlauben, dass ihr Sohn oder ihre Tochter einer banalen Tätigkeit nachgeht, wenn er oder sie in dieser Zeit Französisch, Englisch oder Mathematik lernen können.

Vorbild Berufslehre

Dieses Argument ist absolut richtig, vorausgesetzt, die Schüler und Schülerinnen engagieren sich im Unterricht und haben Interesse am Stoff. Von Beginn der Pubertät an ist dies leider oft nicht der Fall. Viele Schülerinnen und Schüler beginnen, sich innerlich vom Unterricht abzumelden. Im Extremfall sind sie mit ihren Gedanken woanders, schwänzen die Schule und empfinden den Unterricht als eine mühsame Unterbrechung ihrer Freizeit. Wenn diese Schüler zwischendurch in der Arbeitswelt tätig sind und etwas verdienen, dann ist die Chance gross, dass sich ihre Lernbereitschaft erhöht. Sie erleben die Schule als Gegensatz zur Arbeit, werden den Unterricht schätzen und sich eher dem Schulstoff widmen. Der Arbeitseinsatz sollte sich nicht nur auf höchstens zwei Tage die Woche beschränken, sondern auf bestimmte Monate im Jahr. Zu arbeiten, gibt ihnen das Gefühl, wertvoll zu sein, was sich auf ihre schulische Haltung positiv auswirkt.

Die Auswirkung der Arbeit sieht man bei der Lehre. Viele Jugendliche fühlen sich aufgewertet, wenn ihnen wirkliche Arbeit übergeben wird und sie sich nicht nur an einer pädagogischen Sandkastenübung beteiligen. Bei einzelnen Schülerinnen und Schülern bewirkt die Mitwirkung in der realen Arbeitswelt Wunder.

Allan Guggenbühl ist der prominenteste Jugendpsychologe der Schweiz. Bei diesem Text handelt es sich um einen Vorabdruck aus seinem neuen Buch «Für mein Kind nur das Beste. Wie wir unseren Kindern die Kindheit rauben» (Orell Füssli).

Graffiti und Gerechtigkeit

Von Michael Bahnerth — Der Basler Künstler Adrian Falkner alias Smash 137 war einst einer der besten Sprayer der Welt. Heute macht er sich einen Namen als Kunstmaler. Schneller bekannt werden dürfte er wohl wegen eines Prozesses, den er gegen den Autokonzern General Motors führt.

Es gab mal einen Sprayer, der nannte sich Smash 137. Er war nicht der Talentierteste, das sagt er selber, aber er war der Leidenschaftlichste vielleicht, der Konsequenzteste, und so wurde er doch der Mozart des Sprayens.

Er war, wenn man so will, wie eine Spraydose, die am Tag und vor allem in der Nacht endlos sprühte. «Bombing» heisst das Besprühen von nackten Wänden oder Zügen, es ist natürlich strafbar, und die wirklich ernsthaften Sprayer sind alle vorbestrafte Künstler und immer wieder mal auf Bewährung, weil sie nicht aufhören können. Weil Sprayen eine Sucht ist. Man nennt Sprayer auch Aerosol-Junkies.

Smash nannte sich Smash aus zwei Gründen. Der erste war, dass «Smash» fünf Buchstaben hat, während der Branchendurchschnitt bei vier liegt. Vier Buchstaben sind einfacher und sprayen sich schneller, fünf sind Champions League. Dann sind in «Smash» zwei S, und S ist der Lieblingsbuchstabe von Adrian Falkner, wie er wirklich heisst, weil im S eine halbe Unendlichkeit liegt. Der Zusatz «137» hat keinen bedeutungsvollen Zusammenhang. Später in Interviews sagte er gerne, das seien zwei Funkfrequenzen, die 1 und die 37, auf denen sich die Sprayer untereinander per Funk vor der Polizei warnten – aber das war nur eine Legende.

Spirit des Sprayens

2014 war Smash 137 ganz oben, gehörte zu den Top-Sprayern der Welt, obwohl er gerade dabei war, sich selbst von Smash abzulösen. Er hatte die Grenzen des Sprayens mehrmals erweitert, die Abstraktion und Dekonstruktion von Buchstaben in ihre begrenzte Unendlichkeit geführt und eine neue Schrift erfunden. Er fühlte «keinen Grip mehr, wenn er eine Linie zog, keine Ernsthaftigkeit», und das war das Ende von Smash. Dann war es wie immer, die Hunde bellten ein wenig – die Szene, der Kunstmarkt –, aber die Karawane zog alleine weiter durch die Wüsten des Kreativen auf der Suche nach Brunnen oder gar Oasen. Heute ist Smash Adrian Falkner und ein internationaler Kunstmaler. Er kann von seiner Kunst leben.

Für den einen oder andern ist er ein Abtrünniger. Weil er einer der Ersten war, der Graffiti von draussen nach drinnen brachte, von nackten Wänden auf Leinwände. Er habe so den Spirit des Sprayens verraten. Graffiti müssten

draussen bleiben, so die gängige Meinung. Die Vorwürfe waren so eindimensional wie jene Menschen, die Sprayen stets als einen Akt der jugendlichen Rebellion begriffen. Natürlich ist das mutwillige Verändern von Umgebung, das Besprayen von Wänden und Zügen ein ansatzweise rebellischer Eingriff, zumal er auch strafrechtlich relevant ist, aber wirkliche Rebellion geht anders. Politisch war das Sprayen ohnehin nie; Tags haben keine Botschaft, ausser jene des individuellen und hedonistischen Selbstverwirklichens. Sprayer sind Kunstmaler, junge und wilde zwar, aber es sind klassische Maler.

Optimale Selbstverwirklichung

Falkner hat nicht nur in der Szene gelebt, er war die Szene. Wenn er nicht sprayte, fühlte er



Farbe des Glücks: Smash-137-Werk, Downtown Detroit.

die Einsamkeit des Todes, und um leben zu können, brauchte er Spraydosen. Er kaufte sie, indem er sie in einem Laden verkaufte, jahrelang ging das so, und jetzt, wenn er es rückblickend erzählt, klingt es sehr nach Bohème, nach Ungebundenheit, nach optimaler Selbstverwirklichung unter erschwerten Bedingungen. Tagsüber stand er im Laden, zeichnete Skizzen, perfektionierte seine eigene Schrift, und wenn es Nacht wurde, zogen er und seine Jungs los und brachten Farbe ins Dunkel. Noch geiler als nackte Wände sei es, Züge zu besprayen. Weil sie mobile Kunst sind, gesehen werden. Und wenn es Morgen wurde nach einer durchgesprayten Nacht, gingen die Sprayer hin und schauten sich bei Tageslicht ihre Œuvres an und machten sich dann an das nächste. Manchmal machte ihnen die Polizei

einen Strich durch ihre Linien, und es gab kleine Verfolgungsjagden, und wenn sie Pech hatten, verbrachten sie den Rest der Nacht auf einem Polizeiposten.

Falkner wurde ein paarmal verurteilt, und es wurde zu heiss, in der Schweiz weiterzusprayen. So zog der Mann, dem schon als Neunjähriger klar war, dass er mal sprayen werde, der Bahnhofsunterführungen in Lausen und in Liestal, Züge in Basel, die *line* vor dem Basler Bahnhof besprayed, und zwar ganz vorne, zu den ausländischen Wänden in Barcelona oder São Paulo. Graffiti waren in der Zwischenzeit zwar immer noch illegal, aber salonfähig geworden. Die Besten aus dem künstlerischen Aerosolreich wurden gebucht, eingeladen, Privateigentum zu besprayen. Marketingabteilungen multinationaler Un-

ternehmungen entdeckten das Graffiti als coolen Werbeträger für Kids; Geld kam in die Szene, und das Sprayen verlor zwangsläufig sein Jungfernhütchen.

Urmutter aller Formen

Natürlich gehörte Falkner zu den ausgewählten Sprayern und reiste umher und sprayte, was das Zeug hielt, bis zu dem Punkt, da er fühlte, dass seinen Linien nicht mehr die Kraft inne wohnte, die einst in ihnen zu Hause gewesen war. Zwei Jahre lang, zwischen 2015 und 2017, bewegte er sich zwischen «Tisch und Bank». Zwischen Sprayen und Malerei, zwischen draussen und drinnen.

Zwei Jahre lang war er auf der Suche, und das Problem war, dass er sich vom Formalen, dem Hieroglyphischen des Sprayens, lösen wollte, die Lösung aber im Formalen suchte. Nach zwei Jahren merkte er, dass zwischen Tisch und Bank ein ganzes Universum voller Freiheit liegt. Falkner entdeckte den Kreis, die Urmutter aller Formen.

Adrian Falkner zu sein, ist ein unermüdlicher Dekonstruktionsprozess mit progressivem Wiederaufbau. Er ist 38 Jahre alt, die dritte Dekonstruktionsphase seiner Kunst ist gerade abgeschlossen, und er befindet sich im Aufbau einer neuen Ausdrucksweise, die er in ein paar Jahren erneut hinter sich lassen wird. Seine Kreis-Phase, so scheint es, zeigt bereits die ersten Auflösungserscheinungen.

Man kann nicht sagen, dass Falkner ausserhalb der Sprayerszene ein allseits bekannter



Universum voller Freiheit: Adrian Falkner in seinem Atelier in Basel.

Künstler ist. Das kommt wahrscheinlich noch, vielleicht, wenn die Farbe des Glücks seine Leinwand findet. Gerade ist er der Künstler, der gegen den Automobilkonzern General Motors klagt, was ihn dieses Jahr kurz in die Schlagzeilen brachte.

Falkner, der damals noch ein wenig Smash war, wurde 2014 eingeladen, einen Teil der Z-Lot-Garage in Downtown Detroit, eines zehnstöckigen Parkhauses zu besprayen und man sieht seinem Bild an, dass die Abstraktion der Buchstaben einherging mit seiner Ablösung von ihnen. Es war ein bisschen so, als ob er Buchstaben malte, ohne Buchstaben zu gebrauchen. Zwei Dutzend internationale Sprayer brachten dort ihre Werke an, Falkners ist ganz oben, die beste Lage.

Auto klein, Graffito gross

General Motors (GM), die auch aus Detroit kommt, wollte ihren neuen Cadillac, den XT5, auf den Social Media bewerben, parkierte ihn

GM setzte ungefähr so viele Anwälte auf den Fall an, wie es Graffiti an der Z-Lot-Garage gibt.

neben Falkners Graffito, liess das Ganze fotografieren und titelte: «Art of the Drive». Das Auto klein, das Graffito gross. Falkner wusste nichts davon. Keine Anfrage von GM, kein Angebot, keine Einwilligung seitens Falkners.

Anfang des Jahres stiess Falkner auf die Werbung und verklagte GM wegen Verletzung des Urheberrechtes. Das ist nicht neu. 2014 klagten drei Sprayer gegen den Modedesigner Cavalli, der ihre Werke kopierte und als Muster für seine Kleider und Schuhe verwendete. Die Parteien einigten sich damals noch vor der ersten Verhandlung auf einen Vergleich. Wie viel Geld floss, ist nicht bekannt. Der Anwalt der Sprayer hiess damals Jeff Gluck, ein Spezialist für Urheberrechtsschutz von Street-Art, und er ist jetzt Falkners Anwalt.

GM setzte ungefähr so viele Anwälte auf den Fall an, wie es Graffiti an der Z-Lot-Garage gibt, und vertrat den Standpunkt, dass Wandgraffiti, eine vergängliche Kunst, keinen Urheberschutz geniessen würden. Auf einen Vergleich vor der ersten Anhörung liess sich GM nicht ein, und die bei der ersten Anhörung geforderte Summe der Klägerpartei wies GM zurück. Es sieht so aus, als ob der Fall vor ein Geschworenengericht kommt.

Falkner sagt nicht viel dazu, das Eisen ist zu heiss, im Hintergrund spricht sein Anwalt mit den Anwälten von GM. Um wie viel Geld es geht, ist nicht ganz klar, aber der Betrag dürfte den Wert einer Handvoll Cadillacs XT5 übersteigen. Die kosten rund 50 000 Franken in der Grundausstattung. Alles, was man in dieser Causa sagen könnte, ist: «No cash, no Smash».

Hirnforscher Honegger

Von Christoph Mörgeli

Zu den *anchormen* des Schweizer Fernsehens SRF gehört Arthur Honegger. Und selbstverständlich Jacqueline Badran, auch wenn sie streng genommen kein Mann ist. Ohne die SP-Nationalrätin findet seit Jahren weder eine «Arena» noch eine «Club»-Sendung statt. Honegger wird für seine Auftritte allerdings besoldet. Er ist Absolvent der Ringier-Journalistenschule und ist gegenwärtig «10 vor 10»-Moderator, Referent an der Volkshochschule Wynental – und neuerdings Hirnforscher.

«Das Chaos beginnt in Trumps Gehirn», diagnostiziert Arthur Honegger, im Nebenamt jetzt auch noch Neuropathologe. Nämlich in der Sendung «#SRFglobal». Und weiter im Expertenton: «Das Problem sitzt im Kopf des Präsidenten.» Donald Trump sei dem Amt nicht gewachsen, weil ihm dafür schlicht die «Begriffsfähigkeit» abgehe. Dann fallen über das demokratisch gewählte amerikanische Staatsoberhaupt Begriffe wie «mental instabil», «Denkfähigkeit eines Sechsjährigen» und «Vollidiot». Und später per SRF-Ferndiagnose gleich auch noch «Aufmerksamkeitsdefizitsyndrom». All dieses in unserem gebühren-bezahlten staatlichen Monopolfernsehen.

Auch den hiesigen Medien passt es nicht, dass der Präsident der USA nicht nach ihrer Pfeife tanzt. Zum leidenschaftlichen Twitterer Trump fällt SRF-Moderator Honegger nur noch dieser Stosseufzer ein: «Gottseidank steht dieser Kanal nicht nur Trump offen.» Darum hat der amerikanische Präsident in Arthur Honegger einen leidenschaftlichen Twitter-Beschimpfer gefunden. Obwohl der Nachrichtensprecher eigentlich für Ausgewogenheit und Professionalität bezahlt wird. Honegger wütet ungeachtet von Trump-Fakten wie wirtschaftliche Blüte und personelle Erfolge. Oder Unterbindung koreanischer Atomwaffen-Tests und breiteste Zustimmung bei der republikanischen Basis.

Eigentlich gilt noch immer Artikel 296 des Strafgesetzbuches. Eigentlich müsste Arthur Honegger mit einer Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren oder einer Geldstrafe belangt werden. Weil er einen fremden Staat in der Person seines Oberhauptes öffentlich beleidigt. Eigentlich verbieten die SRF-Leitlinien den Mitarbeitern politische Äusserungen auch in sozialen Netzwerken. «Washington, wir haben ein Problem!», behauptet SRF-Honegger. «SRF, wir haben ein Problem!», finde ich als Gebührenzahler. Es heisst nicht Washington. Sondern Honegger.

Der Autor ist Historiker und ehemaliger SVP-Nationalrat.

CVP: Ein linientreuer Lin Lin...

Von Peter Bodenmann — Beat Rieder, der Gegenspieler von Viola Amherd, muss bereits ihr Hohelied singen.



Die Fäden zieht neu Brigitte Hauser-Süess (r.), die einst Eveline Widmer-Schlumpf (l.) beriet.

Die CVP ist zutiefst gespalten. Zwischen der Linie Doris Leuthards und jener von Gerhard Pfister. Zwischen Ehe für alle und Kruzifix. Von hundert Schweizerinnen und Schweizern lebt nur eine oder einer im Oberwallis. Umso heftiger tobt im Oberwallis innerhalb der CVP-Familie der Kampf der Linien. Es geht letztlich um gesellschaftspolitische Fragen im Kampf gegen die SVP.

Viola Amherd ist eine Vertreterin der Linie Doris Leuthards und ihrer Beraterin. Jener Brigitte Hauser-Süess, die schon erfolgreich Eveline Widmer-Schlumpf mit in den Bundesrat bugsiert hatte. Und die jetzt für Viola Amherd unterwegs ist.

Der *Walliser Bote* griff Viola Amherd unnötig verletzend an. CVP-Ständerat Beat Rieder, der auf der Linie von Gerhard Pfister politisiert, wollte sich vorerst zur Kandidatur nicht einmal äussern. CSP-Nationalrat Thomas Egger blieb – wie fast immer – in Deckung. Und für den SVP-Nationalrat Franz Ruppen war die Kandidatur Viola Amherds im Bundeshaus gar kein Thema.

Nach ein paar Leserbriefen sind die Oberwalliser Gegner von Viola Amherd kläglich eingeknickt: Beat Rieder stellt die rhetorische Frage, wie überhaupt jemand auf die Idee kommen können, er unterstütze die Kandidatin nicht. Und auch der SVP-Mann Christian Gasser von der Alpiq stellt sich voll und ganz

hinter Viola Amherd. Bestes katholisches Laientheater.

Die Angriffe auf Viola Amherd waren für sie schweizweit von Vorteil. Sie kann, wenn sie den Sprung auf das CVP-Zweierticket schafft, auf die Stimmen von SP, Grünen, Grünliberalen, der BDP und einigen freisinnigen Frauen zählen.

Neunzig Stimmen sind gut, aber neunzig Stimmen reichen – wie der Fall Maudet belegt – ganz einfach nicht. Wenn die SVP der CVP den grösstmöglichen Schaden zufügen möchte, müsste sie ebenfalls für Viola Amherd stimmen. Denn mit einer liberalen Bundesrätin Amherd wäre die Strategie von Gerhard Pfister kläglich gescheitert. Und die SVP hätte eine weit idealere Zielscheibe, als es Doris Leuthard jemals war.

Das wird nicht geschehen, denn in der SVP-Fraktion hat es fast nur Männer. Wer als ledige Frau auch noch für die Ehe für alle ist, kommt nicht auf die Wahlzettel der triebgesteuerten SVP-Männer.

Dank der taktischen Dummheit der SVP bleibt Gerhard Pfister das totale Chaos erspart. Stattdessen wird es ein farbloser Innerschweizer schaffen, entweder der Ettlín oder der Hegglin. Auf jeden Fall ein linientreuer katholischer Lin-Lin-Parteisoldat.

Der Autor ist Hotelier in Brig und ehemaliger Präsident der SP Schweiz.

Grosse Party mit roten Nasen

Von Kurt W. Zimmermann — Woher kommt diese Obsession der Journalisten bei Bundesratswahlen?

Bei am letzten Samstagabend kannte niemand einen Politiker namens Peter Hegglin aus Edlibach im Kanton Zug. Am Sonntagmorgen war er ein Medienstar.

Die Sonntagszeitungen überschlugen sich und vermeldeten eine Weltsensation aus Edlibach. «Peter Hegglin will Bundesrat werden», las man in der *NZZ am Sonntag*, die Hegglin zum riesigen Aufmacher auf Seite eins machte. «Peter Hegglin will in den Bundesrat», trompetete die *Sonntagszeitung* auf der Frontseite. «Peter Hegglin kandidiert», titelte die *Zentral-schweiz am Sonntag* auf Seite eins.

Selbstverständlich reihte sich dann auch der Landesfunk atemlos in den Hegglin-Hype ein. Am Sonntagabend gab der Bundesratskandidat, eingerahmt von Bildern aus seinem Garten, der «Tagesschau» ein längeres Interview.

Wir müssen also einer äusserst rätselhaften Frage nachgehen: Warum geraten Journalisten in derart helle Aufregung, wenn ein unbekannter Ständerat namens Hegglin für den Bundesrat kandidiert?

Denn unbekannt war er in der Tat. In den führenden Blättern wie dem *Tages-Anzeiger* und der *NZZ* wurde er in den letzten zwölf Monaten gerade zwei- oder dreimal erwähnt, etwa dann, wenn er sich zu drängenden politischen Problemen wie Palmöl oder Milchproduktion äusserte.

Bevor wir die äusserst rätselhafte Frage beantworten, ein kleiner medientechnischer Hinweis. Bei ihrer Grossoffensive am Sonntag verschmähten Hegglin und seine PR-Berater nur eine einzige Redaktion, jene des *Sonntagsblicks*. Sie wollten mit ihrer Kampagne nicht in Berührung mit dem Boulevard kommen. Das dürfte sich noch rächen.

Warum also geraten Journalisten in derart helle Aufregung, wenn ein unbekannter Politiker eine Kandidatur für den Bundesrat anmeldet?

Politologen vermuten jeweils, es habe mit dem Kollegialsystem und der direkten Demokratie zu tun, die ansonsten die blumige Personaldebatte behinderten. Journalisten seien rund um Bundesratswahlen darum glücklich, endlich einmal, wie ihre ausländischen Kollegen, ausführlich über Personalien schreiben zu dürfen.

Das ist falsch. Die Schweizer Politberichterstattung ist in den Medien genauso personifiziert wie jene in den Nachbarländern. Überall spielen die Redaktionen permanent auf den Mann und die Frau. Merkel, Seehofer, Kurz, Strache, Di Maio, Salvini, Macron, Le Pen,



Zirkus der Unbeschwertheit: Peter Hegglin (CVP).

Maurer, Sommaruga – es macht keinen Unterschied aus.

Nein, die Erklärung ist viel banaler. Bundesratswahlen sind für Journalisten ein fröhlicher Zirkus der Unbeschwertheit. Es ist wie eine Party, bei der sich alle Journalisten mit einem Gummizug eine rote Clown-Nase umbinden dürfen. Man darf Konfetti schmeissen oder Stinkbomben werfen, man darf jeden Blödsinn schreiben, jede wilde Spekulation abdrucken, hemmungslos Gerüchte und Intrigen verbreiten, man darf polemisieren, wüten, sich anbietern und Fan-Artikel verteilen – niemand wird nach der Wahl für all den geschriebenen Unsinn jemals zur Rechenschaft gezogen. Nach der Wahl ist alles egal. Die Journalisten und die Politiker stossen dann beschwingt auf all ihre Fehlprognosen an.

Die Journalisten versuchen darum natürlich, die grosse Party möglichst zu verlängern. Sie lancieren darum immer neue Kandidaten und immer neue Szenarien. Bei der letzten Wahl etwa war schon früh klar, dass Ignazio Cassis gewinnen würde. Dennoch brachten die Medien lustvoll noch 23 Gegenkandidaten ins Spiel.

Bundesratswahlen sind die grosse Party im Bundeshaus. Vierhundert Journalisten treten sich am Wahltag jeweils auf die Füsse. Alle sind aufgereggt und tragen rote Clown-Nasen im Gesicht.

Utopia GmbH

Von Henryk M. Broder — Die SPD will ein Zeichen setzen.

Bei der Bundestagswahl im Herbst 2013 stimmten 25,7 Prozent der Wähler für die SPD. Vier Jahre später, im Herbst 2017, waren es noch 20,5 Prozent. Der Spitzenkandidat der SPD, Martin Schulz,



trat als Parteivorsitzender zugunsten von Andrea Nahles zurück, die mit dem Versprechen antrat, die SPD «von Grund auf zu erneuern». Das Profil der Partei müsse geschärft werden, auch und gerade in einer Koalition mit der Union. So schlecht die SPD auch abgeschnitten hatte, niemand konnte sich vorstellen, dass «die älteste deutsche Volkspartei» noch tiefer sinken könnte. Und jetzt ist es passiert, bei den Wahlen zum Bayerischen Landtag. Mit 9,7 Prozent landete sie auf Platz fünf, hinter der CSU, den Grünen, den Freien Wählern und der Alternative für Deutschland. Schlusslicht waren die Freien Demokraten, die es mit 5,1 Prozent grade eben über die Ziellinie geschafft hatten.

Nun war Bayern, abgesehen von zwei kurzen Episoden in den vierziger und fünfziger Jahren nie eine Hochburg der Sozialdemokraten. Aber 9,7 Prozent? Das ist kein Debakel, das ist Harakiri mit einem Taschenmesser. «Das Ergebnis hat auch unheimlich viel damit zu tun, dass die Menschen uns mit Skepsis begegnen», sagte die bayerische Spitzenkandidatin, Natascha Kohnen, nachdem ihr bewusst wurde, was da eben passiert war. Es kann aber auch sein, dass sie es nicht begriffen hat. «Die Menschen» haben viele gute Gründe, der SPD «mit Skepsis» zu begegnen. Die SPD ist keine politische Partei, sie ist ein Traditionsverein, dessen Mitglieder zusammenkommen, um sich an bessere Zeiten zu erinnern. Man merkt es ihr an, dass sie nicht regieren will. Eine der Parolen, mit denen Natascha Kohnen geworben hat, war: «Ein Zeichen setzen – für Anstand und Gerechtigkeit.» Und genau das ist es, was die SPD will: ein Zeichen setzen, sonst nichts.

Dafür ist sie auf einem anderen Gebiet recht erfolgreich – als Unternehmerin. Die SPD besitzt oder ist beteiligt an Hunderten von Firmen: Verlagen, Druckereien, Radiosendern, Agenturen mit teilweise sehr lustigen Namen wie «Utopia GmbH» oder «Konzentration GmbH». In ihrem Rechenschaftsbericht für das Jahr 2016 deklariert sie 217 560 274 Euro als «Reinvermögen der Gesamtpartei», fünfzehn Millionen mehr als im Vorjahr. So betrachtet ist die SPD kerngesund. Sich mit Politik zu beschäftigen, wäre nur kontraproduktiv.

Karin Keller-Sutterstar

Der St. Galler Ständerätin brandet auf ihrem angestrebten Durchmarsch in die Landesregierung Applaus aus allen Lagern entgegen. Gegenkandidaten ducken sich weg, kritische Fragen bleiben ausgeklammert. Wir stellen sie. Von Philipp Gut

Ist Karin Keller-Sutter die neue Angela Merkel? Von ferne fühlt man sich jedenfalls an deutsche Verhältnisse erinnert: Die Bundeskanzlerin wurde lange als «alternativlos» gepriesen – und ähnlich klingt es jetzt auch in der Schweiz, nachdem Keller-Sutter ihre Ambitionen auf den freiwerdenden FDP-Bundesratssitz von Johann Schneider-Ammann angekündigt hat. Alle anderen freisinnigen Anwärter duckten sich bisher weg. Der *Blick* wartete nicht einmal die parteiinterne Nomination, geschweige denn die Wahl vom Dezember ab: «Bundesrätin Keller-Sutter!», frohlockte er auf Vorrat. Als ob sich die journalistischen Meinungsmacher vorgängig abgesprochen hätten, kaprizierten sie sich auf die These, Keller-Sutter sei so perfekt, dass sie überhaupt keine Schwächen kenne – ausser vielleicht ihre Perfektion (*Aargauer Zeitung*: «Zu perfekt für den Bundesrat?»), *Tages-Anzeiger*: «Jetzt nur nicht zu perfekt wirken», *St. Galler Tagblatt*: «Keller-Sutters Vorzüge sind gleichzeitig aber auch ihr grösstes Problem»).

Wenn Journalisten gleich reihenweise auf die Knie sinken und politisches «Lob von links bis rechts» erschallt (*Tages-Anzeiger*), wird es einem *es bitzeli gschmuck*. Darf man es wagen, den Keller-Sutter-Gottesdienst zu stören?

«Keine Ambitionen»

Wir wollen es nicht verhehlen: Karin Keller-Sutter bringt zweifellos Eigenschaften mit, die für ihre Kandidatur von Nutzen sind. Das wichtigste Kriterium, das im Zusammenhang mit der Schneider-Ammann-Nachfolge genannt wurde, erfüllt sie zu 100 Prozent: Sie ist eine Frau. Sie hat Exekutiverfahrung als Regierungsrätin, und sie kennt als Ständerätin den Berner Politbetrieb bis in die Herzkammern. Politiker, die mit ihr zusammenarbeiten, beschreiben sie als engagiert, informiert und motiviert. Sie gehöre zu den wenigen Parlamentariern, die praktisch alle Dossiers durchlesen. Mit der Wirtschaft ist Keller-Sutter über verschiedene Verwaltungsratsmandate verwoben: Lukrativ ist der Posten bei der Bâloise, einflussreich sind ihr Sitz im Vorstand des Schweizerischen Arbeitgeberverbandes und der Präsidentenjob beim Detailhandelsverband Swiss Retail Federation. Dass sie, wenn auch nur kurz, im Verwaltungsrat der NZZ-Mediengruppe sass, dürfte der überschwänglichen Darstellung ihrer Person in



Wunsch-Bundesrätin der Linken: Keller-Sutter, FDP.

den NZZ- und AZ-Medien (Joint Venture!) nicht geschadet haben.

Bei allen Meriten der strebsamen St. Gallerin bleiben doch ein paar Fragen. Kann man einer Politikerin vertrauen, die jahrelang beteuert hat, unter keinen Umständen ein zweites Mal anzutreten, um dann sofort mit aller Macht in die Pole-Position zu drängen, wenn sich diese zweite Chance bietet? So etwas mache man nur einmal, betonte sie nach ihrer Niederlage gegen Schneider-Ammann 2010 wie ein Mantra. «Die Frage kommt immer wieder», nervte sie sich beispielsweise im Juni 2017, als FDP-Bundesrat Didier Burkhalter seinen Rücktritt ankündigte. Man habe ihr, so Keller-Sutter gegenüber dem Westschweizer Radio RTS, schon vor sechs Monaten die gleiche Frage gestellt. «Hören Sie», herrschte sie den Interviewer an, «ich habe immer gesagt: Ich habe mich für die Partei einmal zur Verfügung gestellt. Ich wurde nicht gewählt. Man hat damals Schneider-Ammann bevorzugt. Gut also. Ich habe immer gesagt, dass ich keine Ambitionen habe. Ich habe diese Erfahrung einmal gemacht. Ich will eine solche Erfahrung kein zweites Mal machen.» Es bleibe bei ihrem Nein. Punkt. Amen.

Sie schielt nach links

Und nun ist doch plötzlich alles anders – ganz so geradlinig, wie sie sich gerne präsentiert, ist Karin Keller-Sutter also nicht. Auch die Motive, die sie für die inzwischen von ihr selbst widerlegte Behauptung anfügte, keinerlei Bundesratsambitionen zu hegen, lassen sich zumindest diskutieren: Sie möchte sich nicht noch einmal dem Wettbewerb einer Wahl aussetzen, wenn sie damit das Risiko eingehe, erneut zu verlieren, sagte sie im zitierten Radiointerview sinngemäss. Spricht aus diesen Zeilen der Sportsgeist einer Demokratin? Oder doch eher der Anspruch einer Sonnenkönigin von Wil, die am liebsten schmerzlos per Akklamation in höchste Ämter segelte? Geht es ihr wirklich um das Wohl des Landes? Oder doch eher um sich selbst und die erlittenen Kränkungsgefühle («diese Erfahrung»)?

Personen, die ihr nahestehen, sagen über Keller-Sutter, sie handle nicht unbedingt im Interesse der Sache, sondern sei stark auf ihre eigenen Vorteile bedacht. Das zeige sich in ihrem politischen Verhalten in den letzten Jahren und Monaten. Tatsache ist: Keller-Sutter wird heute reihum als konsensorientierte Brückenbauerin gelobt. Auch SVP-Ständeräte wie Alex Kuprecht und Hannes Germann, ja selbst Managerschreck Thomas Minder («Abzocker»-Initiative) schwärmen von ihr. Dabei scheint das Gedächtnis mancher Politiker etwas kurz zu sein: Haben sie vergessen, dass Karin Keller-Sutter zu den treibenden Kräften des umstrittenen AHV-Steuer-Deals gehörte, den die SVP im Parlament eben noch bekämpf-

te? Wissen sie nicht mehr, dass sie alles tat, um die Umsetzung der von Volk und Ständen angenommenen Masseneinwanderungsinitiative zu verhindern? Fällt ihnen nicht auf, dass Keller-Sutter neuerdings erstaunlich viel Zuspruch von links erhält?

Offenbar stört es ihre Fans zur Rechten nicht, dass Wirtschaftsvertreterin Karin Keller-Sutter und Gewerkschaftsboss Paul Rechsteiner im Ständerat zu einem selbsternannten Dreamteam zusammengefunden haben. Von Rechsteiner ist nicht bekannt, dass er seine dezidiert linken Positionen auch nur um einen Millimeter verschoben

Aus der Überzeugungspolitikerin ist eine Karrierepolitikerin geworden.

hätte. Dies legt den Schluss nahe, dass die Anpassungsleistung in dieser harmonischen Binnenbeziehung von Keller-Sutter erbracht worden ist. Die rechte Hoffnungsträgerin von einst hat sich jedenfalls zur Wunschkandidatin der Linken gewandelt, sofern man den öffentlichen Verlautbarungen der letzten Tage Glauben schenken will. Würde Keller-Sutter tatsächlich dank den linken Stimmen gewählt, wäre sie ihnen zu Dankbarkeit verpflichtet – und könnte vielleicht sogar eine zweite Eveline Widmer-Schlumpf werden, die sich in politische Abhängigkeit ihrer linken Wahlhelfer um Christian Levrat und Alain Berset begab.

Ein erfahrener Bundesparlamentarier drückt es so aus: «Karin Keller-Sutter mag mal eine Überzeugungspolitikerin gewesen sein, aber sie hat sich konsequent zur Karrierepolitikerin umgemodelt.» Was er damit sagen will: Keller-Sutter erwarb sich in ihren frühen Jahren als Regierungsrätin den Ruf einer Hardlinerin in Asyl- und Ausländerfragen sowie bei der Durchsetzung von Recht und Ordnung (Hooligans). Seither tut sie jedoch alles, um diese unangenehmen Themen zu meiden. Ihr Umschwenken auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik und der Pas de deux mit Paul Rechsteiner wären dann der kalkulierte Versuch, sich entgegen allem öffentlich bekundeten Desinteresse am Bundesratsamt links der Parlamentsmitte eine Mehrheitsbasis aufzubauen.

Grusslos mit Hund

Wer ist diese Karin Keller-Sutter? Eine Frau aus dem Volk ist sie sicher nicht, obwohl sie in der Ostschweiz wie ein Superstar verehrt wird, wie man am traditionellen Olma-Umzug in St. Gallen beobachten konnte. Begegne man ihr auf der Strasse, wenn sie mit ihrem Hund spazieren gehe, schaue sie am liebsten in den Himmel hinauf, ohne zu grüssen, weiss man an ihrem Wohnort Wil. Die Lokalpresse mach-

te diese kalte, ja abweisende Seite von Karin Keller-Sutter, die mit ihrem gewinnenden Wesen kontrastiert, sobald Kameras da sind, einmal in einem Artikel zum Thema, ohne ihren Namen zu nennen. Trotzdem wussten die Wiler, wer damit gemeint war. Keller-Sutter reagierte mit der Erklärung, sie sei halt manchmal sehr verträumt. Wer mit ihr unterwegs ist, stellt fest, dass sie grössten Wert auf ihre äussere Erscheinung legt und stets bemüht ist, absolute Kontrolle zu bewahren. Sie sei imstande, ins Hotel zurückzugehen und sich umzuziehen, wenn ein Fältchen ihren Businessanzug verunziere.

Ein Indiz dafür, dass sie im Widerspruch zu ihrem öffentlichen «Njet» schon länger mit dem Gedanken spielte, in den Bundesrat aufzusteigen, könnte der Umstand sein, dass sie in ihrem Ständeratspräsidialjahr sehr aktiv nach vorne drängt. Im Lager von Bundespräsident Berset wie auch in der Bundeskanzlei nehme man dies mit einer gewissen Irritation zur Kenntnis, berichten Insider. Das kann ja heiter werden: Falls sie am Ende ihr angestrebtes Ziel wirklich erreichen und doch noch Bundesrätin werden sollte, dürfte Karin Keller-Sutter auch im Kreis der Landesregierung mit der zweiten Geige nicht zufrieden sein und sich wohl bald mit Alphonse Berset reiben – Mini-Shakespeare-Dramen wären programmiert. ○

praktikus.ch
innovativ | cool | praktisch



**CHF 20.–
geschenkt**

www.praktikus.ch

Gutscheincode: S80

Sie erhalten Fr. 20.– geschenkt,
bei einer Online-Bestellung ab Fr. 100.–
Nicht kumulierbar, keine Barauszahlung,
1 Gutschein pro Person
Gültig bis 15. Dezember 2018

Diskrete Einstreicherin

Als Nationalrätin ist Viola Amherd nicht unbedingt aufgefallen. Unschöne Geldgeschichten werfen jetzt zusätzlich ein schiefes Licht auf die potenzielle Bundesratskandidatin.

Von Hubert Mooser

Es war fast wie die wundersame Wiederauferstehung. Am Sonntagabend musste die potenzielle Bundesratskandidatin Viola Amherd wegen einer Nierenstein-Geschichte notfallmässig ins Spital Visp gefahren werden. Die ersten Meldungen darüber tönnten hochdramatisch. Am Montagnachmittag gewährte die CVP-Nationalrätin aber vom Spitalbett aus bereits wieder Interviews. Sie lasse sich von einem Steinchen doch nicht ausbremsen, verkündete die Politikerin. Die für Dienstag angekündigte Medienorientierung zu ihrer Kandidatur sagte sie allerdings ab. Wann sie ihren Entscheid kommunizieren werde, wollte sie nicht sagen.

Dabei ist die Brigerin längst im Wahlkampf. Ihre langjährige Freundin Brigitte Hauser-Süess, die sich den Bundesrätinnen Eveline Widmer-Schlumpf (BDP) und Doris Leuthard (CVP) andiente, ruft seit Tagen gezielt Journalisten an, damit diese für gutes Wetter für Amherd sorgen. Einige machen auch brav mit. Die *Aargauer Zeitung* verfasste letzte Woche Tag für Tag ein flammendes Plädoyer für die Walliser CVP-Nationalrätin. Das ist etwas bizarr, weil mit der versierten Gesundheitspolitikerin Ruth Humbel, Ständerat Pirmin Bischof und Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter drei potenzielle Kandidaten im Streugebiet der Zeitung wohnen, die zu diesem Zeitpunkt wie Amherd offiziell noch nicht entschieden hatten, ob sie tatsächlich antreten wollen. Das Trio erhielt jedoch nicht halb so viel Aufmerksamkeit.

Leidiger Mietrechtsstreit

Das liegt nur zum Teil daran, dass die Oberwalliser Tageszeitung *Walliser Bote* (WB) eine mühsame Geschichte über Amherd aufdeckte. Es geht um einen Rechtsstreit zwischen der Erben-gemeinschaft Amherd, vertreten durch Rechtsanwältin Viola Amherd, und der Elektrizitätsgesellschaft Alpiq. Demnach sollen Amherd und ihre Familie über 250 000 Franken zu viel Mieteinnahmen von der Elektrizitätsgesellschaft kassiert haben. Amherd bestreitet dies. Aber das Bezirksgericht Brig gab vor einigen Monaten der Alpiq recht. Nun will die Politikerin das Urteil an die nächste Instanz ziehen. Seiten- und tageslang spekulierten die Medien, ob ein offenes Gerichtsverfahren eine eventuelle Kandidatur Amherds beeinträchtigen würde. Andere empörten sich über die Berichterstattung des WB zur Bundesratskandidatur von Amherd und gaben sich den wildesten Verschwörungstheorien hin.

Wer sich ein bisschen in ihrer Heimatstadt Brig umhört, bekommt noch andere Geschich-



Immer schön in Deckung gehen: CVP-Nationalrätin Amherd.

ten zu hören: Der leidige Mietrechtsstreit sei charakteristisch für Amherd, heisst es hier. So musste 2014 ein Walliser Staatsrat eingreifen, weil Amherd bei der Beurkundung eines Geschäftes aus dem Jahre 2013 mitbeteiligten Notaren ihren Anteil nicht auszahlen wollte. Es ging dabei um den Kauf einer grösseren Sportanlage in Brig durch den Kanton zum Preis von 22 Millionen Franken. Das Honorar für die Verurkundung, zirka 40 000 Franken, überwies der Staat an Amherd. Die Brigerin leitete dann aber gemäss staatsnahen Kreisen einen Teil des Honorars nicht, wie von der Regierung verlangt, an die Partner weiter. Am Ende musste ein Staatsrat bei der CVP-Nationalrätin intervenieren, dass sie die Gelder weiterleitete. Eine Anfrage der *Weltwoche* hierzu liess Amherd unbeantwortet.

Auch als Stadtpräsidentin von Brig-Glis kam sie wegen Verurkundungen ins Gerede. Während ihrer Amtszeit berichtete das Kampf-

blatt der Oberwalliser Linken, die *Rote Anneliese*, auch über Bodenkäufe der Gemeinde in der Ära Amherd. Die Zeitung konnte nachweisen, dass Amherd bei den sieben grössten Bodenkäufen die Verurkundungen fast ausnahmslos an ihren Kanzleipartner vergeben hatte. Sie selber wehrte sich damals folgendermassen: Der Vorwurf der persönlichen Bevorzugung ihres Büropartners sei falsch und ungerechtfertigt. Wenn man alle Verträge berücksichtige, die während ihrer Amtszeit abgeschlossen worden seien, liege ihr Büropartner bestenfalls im Mittelfeld.

Am linken Flügel

Beim aktuell grossen medialen Brimborium um Amherd geht es aber auch darum, die Favoritin von SP und Grünen in eine günstige Position zu bringen. Amherd soll das linke Lager im Bundesrat verstärken. Wer sich im Ober-

wallis zu einer Kritik an ihrer Bundesratskandidatur aufschwingt, wird darum nicht etwa von der CVP, sondern von linken Oberwallisern in Grund und Boden gestampft.

Beliebt ist Amherd bei den CVP-Frauen wegen ihres Mutterwitzes und ihrer Schlagfertigkeit. Zusammen mit der früheren St. Galler Nationalrätin Lucrezia Meier-Schatz, dem Freiburger Nationalrat Dominique de Buman und der Zürcher Nationalrätin Barbara Schmid-Federer bildete sie jahrelang den linken Flügel der CVP. Anders als Schmid-Federer oder Meier-Schatz wagte sie sich jedoch selten mit abweichenden Positionen offensiv an die Öffentlichkeit. Amherd sitzt seit elf Jahren im Nationalrat und ist trotzdem für viele politische Beobachter in Bern eine Blackbox.

Sie befasste sich in den vergangenen Jahren politisch vor allem mit dem Kinder- und Jugendschutz. Nur sind das nicht gerade schergewichtige Dossiers. «Wenn man nirgendwo anecken will, ist der Kinder- und Jugendschutz das richtige Tummelfeld», sagen Vertreter ihrer eigenen Partei. Immer schön in Deckung gehen und unter dem Radar bleiben. Mit dieser Strategie wurde sie auch Vizefraktionschefin und sammelte nebenbei fast unbemerkt von der Öffentlichkeit ein paar lukrative Mandate und Verwaltungsratssitze. Für Schlagzeilen sorgte sie in einer anderen Sparte: 2011 wollte sie Ausgaben für den Wahlkampf in Höhe von 60 000 Franken von der Steuer absetzen. Das Bundesgericht piff die Walliserin aber 2016 zurück.

Schlappe bei Staatsratswahlen

Amherd ist in Brig aufgewachsen, studierte in Freiburg Recht und ist heute als Rechtsanwältin in Brig tätig. Wie Pascal Couchepin gehörte die Brigerin nie dem Walliser Kantonsparlament an. Das wurde ihr 1999 zum Verhängnis: Als Peter Bodenmann nach bloss zwei Jahren als Staatsrat zurücktrat, wollte sie seinen Sitz für die CVP Oberwallis zurückgewinnen. Dies wurde für sie zur grossen Blamage, weil im CVP-Kanton Wallis nicht sie als offizielle CVP-Vertreterin gewählt wurde, sondern der Visper SP-Nationalrat Thomas Burgener.

Die schmerzvolle Niederlage beflügelte aber ein Jahr später ihre Wahl an die Spitze der Gemeinde Brig-Glis. Anfänglich lief es hier gut für sie. Aber dann zerstritt sich Amherd mit ihrem Parteikollegen, dem Finanzchef der Gemeinde Brig-Glis. Dieser trat aus der CVP aus, kandidierte als Unabhängiger auf einer Liste der SVP und wurde prompt Stadtpräsident. Die CVP fristet seither in Brig ein Schattendasein, wofür man im Simplonstädtchen auch Amherd verantwortlich macht. 2005 konnte sie für den abtretenden CVP-Fraktionschef Jean-Michel Cina in den Nationalrat nachrutschen. Im kommenden Jahr müsste sie aufgrund der bei der Oberwalliser CVP geltenden Amtszeitbeschränkung als Nationalrätin aufhören. Nun winkt die Vision, ihren Aufenthalt in Bern noch etwas zu verlängern. ○

Parteien

Linke Ladykiller

Ob bürgerliche Politikerinnen wie Isabelle Moret, Ruth Metzler, Rita Fuhrer oder linke wie Yvonne Feri und Barbara Gysi: Die SP serviert regelmässig Frauen ab. Entgegen ihren lauten feministischen Parolen.



Absage von links: Politikerinnen Moret (FDP), Metzler (CVP), Fuhrer (SVP), Feri, Gysi (beide SP).

Es soll eine Damenwahl werden, lautete der mediale und politische Tagesbefehl unmittelbar nach dem Rücktritt von Bundesrat Johann Schneider-Ammann. Neunundzwanzig Jahre nach dem (unfreiwilligen) Abgang von Elisabeth Kopp sei es für die FDP endgültig an der Zeit, wieder eine Frau in die Regierung zu bringen. Dabei einigte man sich schnell auf einen Namen: Die St. Galler Ständerätin Karin Keller-Sutter soll es richten. Sie sei mehrsprachig, dossierfest, mit Exekutivfahrung und gewandt im Auftreten.

Also freie Bahn für KKS, wie sie bundeshausintern genannt wird? Ein Blick auf vergangene Wahlen und Nominierungen zeigt, dass gerade jene Partei, die am lautesten nach Frauen in Führungspositionen ruft, sich besonders damit hervorgetan hat, Kandidatinnen abzuservieren. So hat sich die SP auch im Fall von Keller-Sutter bisher zu keiner klaren Unterstützung durchringen können. Fraktionschef Roger Nordmann orakelte bloss, für die SP stehe eine Frauenkandidatur «im Vordergrund».

Im Hintergrund lauern allerdings erprobte parteieigene Ladykiller wie etwa Nationalrat Cédric Wermuth, der erst kürzlich bei der Nominierung für die Aargauer Ständeratswahlen seine Kollegin Yvonne Feri ausgestochen hat und sich dabei noch als eine Art Conchita Wurst des politischen Feminismus hinstellte: Er könne als Mann genauso gut feministische Positionen einbringen. Noch bei der Wahl von Ignazio Cassis hatte Wermuth eine Frauen-Doppelkandidatur angemahnt. Seit ihn die Debatte selber betrifft, fletscht er zurück, ihn störe, dass «nur noch die biologische Frage» interessiere.

Demonstration gegen Frauenabwahl

Gerade die Wahl von Ignazio Cassis hatte die machtpolitische Unehrllichkeit der Sozialdemokraten freigelegt. Neben dem Tessiner waren auch Nationalrätin Isabelle Moret und der Genfer Regierungsrat Pierre Maudet als offizielle Kandidaten nominiert. Im zweiten

Wahlgang stimmten jedoch lediglich 28 Parlamentarier für die einzige Frau auf dem Ticket, die Fraktionen der Grünen und der SP kämen allein auf 68 Mitglieder. Wenn man Morets bürgerliche Unterstützer abzieht, bleibt eine beschämend tiefe Zahl linker Unterstützer übrig. Offensichtlich hatte die SP fast geschlossen den ihr politisch genehmeren Mann, Pierre Maudet, der Frauenkandidatur vorgezogen.

Kein Einzelfall: Auch die Abwahl Ruth Metzlers 2003 war ein links-grünes Gemeinschaftswerk. Mehrheitlich stimmten nur FDP und SVP für die Appenzellerin. Hier gaben ebenfalls machtpolitische Motive den Ausschlag. Der damalige SP-Nationalrat Rudolf Strahm meinte lakonisch: «Deiss ist für uns ein verlässlicherer Wert als Metzler.» Trotzdem demonstrierten im Anschluss mehrere tausend Personen – «Wir Frauen sind wutentbrannt» – auf dem Bundesplatz. Aufgerufen hatten rund dreissig Organisationen, vornehmlich aus dem links-grünen Lager ... Drei Jahre zuvor ein ähnliches Bild: Damals nominierte die SVP mit der Zürcher Regierungsrätin Rita Fuhrer eine Frau mit tadellosem Leistungsausweis. Doch die Mitte-links-Mehrheit in der Bundesversammlung drückte der grössten Fraktion den offiziell nicht einmal aufgestellten Berner Ständerat Samuel Schmid aufs Auge.

Wenn man sich umhört, scheint auch die Nachfolge des mächtigen Gewerkschaftsbosses Paul Rechsteiner bereits beschlossene Sache zu sein: Zum Zug kommen soll der Waadtländer SP-Regierungsrat Pierre-Yves Maillard und nicht seine Parteikollegin Nationalrätin Barbara Gysi, immerhin Präsidentin des St. Galler Gewerkschaftsbundes und des Bundespersonalverbandes. Man kann davon ausgehen, dass die *Papierli*-Feministen der SP auch bei der als rechtslastig geltenden Karin Keller-Sutter wieder den Ladykiller spielen würden, wenn sich noch ein linksgerichteter freisinniger Gegenkandidat finden liesse. *Peter Keller*

Der Schweizer und der Migrationspakt

Botschafter Jürg Lauber ist ein zentraler Architekt des kontrovers diskutierten Uno-Papiers, das die weltweite Migration regeln soll. Wie kam es dazu? Wer ist der Mann? Und wie steht es um seine Beziehung zu Aussenminister Cassis? Von Florian Schwab

Für die einen ist es ein Angstdokument, dazu gedacht, weltweite Völkerwanderungen in Gang zu setzen. Für die anderen ist es ein Uno-Papiertiger. Ganz gewiss ist der Migrationspakt der Vereinten Nationen heftig umstritten. Die USA haben erklärt, sie würden nicht teilnehmen, ebenso Ungarn und Australien. In Deutschland macht die AfD mobil, in Österreich hat Kanzler Sebastian Kurz Vorbehalte angemeldet.

Auch in der Schweiz regt sich Unbehagen. An einem Podium sagte Doris Fiala (FDP) kürzlich, die Schweiz dürfe «dieses Papier nicht unterschreiben». Damit begab sie sich in Opposition zu ihrem Parteifreund, Aussenminister Ignazio Cassis. Dieser ist nach anfänglichem Zögern bereit, dem Migrationspakt am 10. Dezember in Marokko feierlich beizutreten. Ein Nein der Schweiz wäre tatsächlich pikant, hat doch ein Schweizer den Vertrag an vorderster Front mit ausgehandelt. Sehr zum Missfallen der SVP, die in Bern sieben Vorstösse in der Sache eingereicht hat. Nationalrat Andreas Glarner will den Diplomaten gar strafrechtlich belangen.

Die Rede ist von Jürg Lauber. Im September 2015 berief Aussenminister Didier Burkhalter (FDP) den heute 55-Jährigen zum Botschafter der Schweiz bei der Uno in New York. Im EDA gilt dies als einer der begehrtesten Posten. Vor allem unter jenen Diplomaten, die es auf die grosse Vielstaatenbühne der internationalen Organisationen zieht. Lauber haftet dieser Ruf als überzeugter Multilateralist an. Er soll ein zugänglicher und freundlicher Mensch sein, der seinen durchaus vorhandenen Ehrgeiz zu verbergen weiss.

Ende Oktober 2016 wird Lauber vom Präsidenten der Uno-Generalversammlung, dem Fidschi-Insulaner Peter Thomson, als einer von zwei «Fazilitatoren» eingesetzt, um in Absprache mit den Mitgliedstaaten einen Entwurf für den Migrationspakt auszuarbeiten. Wie das EDA betont, war die Annahme dieser Aufgabe durch Lauber mit dem damaligen EDA-Vorsteher Didier Burkhalter, der das Licht der Weltbühne ebenso suchte wie sein Botschafter, abgesprochen.



«We did it!»: Botschafter Lauber.

Nach Jürg Laubers Twitter-Profil zu urteilen, beanspruchte ihn sein Weibeln für den Migrationspakt seither deutlich stärker als sein Dienst für die Schweiz. *Regional conferences*

Sein Aufstieg durch die EDA-Ränge verläuft stetig, aber nicht kompetent.

in Addis Abeba, Moskau, Bangkok, Beirut und so weiter. Dazu fünf tagelange Verhandlungsrunden am Uno-Sitz in New York. Das Ergebnis: 32 bedruckte Seiten. Als der Akt im letzten Juli geglückt war, jubelte Lauber auf Twitter: «We did it!» Genau 129 Leute klickten «Gefällt mir». Stolz verbreitet die Schweizer Uno-Ver-

tretung Bilder von ihrem Botschafter «im Gespräch mit der Weltpresse».

Es ist das erste Mal, dass Jürg Lauber so etwas wie das Interesse der Weltöffentlichkeit zuteilwird. Sein bisheriger Werdegang verlief vergleichsweise unauffällig. Jürg Lauber, geboren in Horgen und aufgewachsen im Kanton Zug, trat 1993 – er war gerade dreissig Jahre alt – in die Dienste des EDA. Damals schwang Flavio Cotti (CVP) dort das Zepter. Zuvor hatte der Jungdiplomate ein Lizenziat in Rechtswissenschaften an der Uni Zürich absolviert und sich einige Jahre in Friedensmissionen engagiert, unter anderem in Namibia und Korea. Zudem soll er in jungen Jahren bei den Jungliberalen in Zug aktiv gewesen sein. Heute ist Lauber parteilos.

Sein Aufstieg durch die EDA-Ränge verläuft stetig, wenn auch nicht kompetent. In den neunziger Jahren tonangebende Diplomaten können mit dem Namen Jürg Lauber nichts anfangen. Ein erster Höhepunkt ist immerhin, dass er 1997 für die Teilnahme an einem Austauschprogramm des EDA mit der Firma Georg Fischer ausgewählt wird. Während eines guten Jahres tauscht er seine Aufgaben gegen die eines Marketingmanagers beim Industriekonzern. Gegenüber der *Basler Zeitung* sagt er damals, die «Realität als Manager und Verkäufer einer Firma» sei schon «viel härter als die eines Diplomaten».

Abgesehen von zwei Jahren als Chef der Wirtschaftsabteilung der Botschaft in Peking sollten dies seine einzigen Erfahrungen in der Wirtschaft und in der zwischenstaatlichen Interessenvertretung bleiben. Den Grossteil seiner Diplomatenkarriere bringt Lauber in der weitverzweigten Welt der multilateralen Diplomatie und der internationalen Organisationen zu.

Als typisch für Laubers Werdegang darf gelten, dass er bereits in den späten Neunzigern die Ratifizierung der Uno-Kinderrechtskonvention in der Direktion für Völkerrecht begleitet. Dabei kritisiert er in einem Bericht die mangelnden Chancen der Mädchen an Schweizer Schulen im Vergleich zu den Buben. Und als in Oslo eine internationale Konvention gegen Antipersonenminen geschlossen wird,

kanzelt er im *Tages-Anzeiger* die abseitsstehenden Amerikaner ab: «In der Prinzipienfrage kann und darf es keine Kompromisse geben.»

Unter Micheline Calmy-Rey (SP) kommt Lauber endgültig in der schweizerischen Uno-Maschinerie an, unter anderem als Sonderbeauftragter der Schweiz beim immer wieder kritisierten Uno-Menschenrechtsrat in Genf. Im Jahr 2011 befördert ihn Calmy-Rey zum Chef der Abteilung «Vereinte Nationen und internationale Organisationen». Es ist sein entscheidender Karriereschritt. In dieser Funktion dient er später Burkhalter, bevor ihn dieser 2015 als Botschafter nach New York schickt.

«Augen zu und durch!»

Die Biografie von Botschafter Jürg Lauber ist die eines Karrierediplomaten, der sich gekonnt in der Welt der internationalen Organisationen bewegt. Der Beitritt der Schweiz zu den Vereinten Nationen war für diesen Menschenschlag ein Glücksfall und eröffnete interessante Karrieremöglichkeiten. Grösstenteils befand sich Lauber damit wohl in Übereinstimmung mit den jeweiligen Departementschefs.

Als aber Ignazio Cassis von der führenden Rolle seines Uno-Botschafters beim Migrationspakt erfährt, ist er nicht erfreut. Im Bundesrat schickt er den Migrationspakt zunächst in eine Warteschleife. Dann reist er nach New York. Es findet ein langes Gespräch mit Jürg Lauber statt. Ob Cassis' darauf folgender Sinneswandel beim Migrationspakt nur an dieser Aussprache liegt, muss offenbleiben. Auf jeden Fall beschliesst der Aussenminister: «Augen zu und durch!» Dass Botschafter Lauber unter der jetzigen EDA-Führung aber nochmals am grossen Uno-Rad drehen darf, wird im Departement eher bezweifelt. ○

DAS SCHWEIZER PORTAL FÜR MEDICAL-STELLEN

Mit www.medicjobs.ch qualifiziertes Fachpersonal im Arzt- und Pflegebereich finden!

stellen-anzeiger.ch GmbH
Technoparkstrasse 1
8005 Zürich
044 440 10 80
www.medicjobs.ch



Zuwanderung

Personenfreizügigkeit mit der Welt

Der Bundesrat stimmt dem Uno-Migrationspakt zu – trotz Widersprüchen zur Bundesverfassung.

Von Roman Zeller

Eines muss man dem Bundesrat lassen: Es ist ziemlich kühn, sechs Wochen vor dem Urnengang zur Selbstbestimmungsinitiative (SBI) den Uno-Migrationspakt abzusegnet, einen völkerrechtlichen Vertrag für eine «sichere, geordnete und reguläre Migration» im Weltmassstab. Oder war es ein Anfall von Ehrlichkeit? Der Migrationspakt verkörpert nämlich genau das, was das Volksbegehren bekämpfen will: das Aushebeln der nationalen Gesetze durch internationale Verpflichtungen.

Der bislang nur in englischer Sprache vorliegende Pakt beinhaltet 23 Zielvorgaben («objectives»), die durch «freiwillige Umsetzungsinstrumente» konkretisiert werden sollen. Bereits «objective 5» verpflichtet die Unterzeichner, Optionen und Wege für eine reguläre Migration zu erarbeiten. Die Zielvorgabe lautet «labour mobility», was wörtlich übersetzt «Arbeitsmobilität» bedeutet und sich ganz nach den Bedürfnissen der Migranten richtet («responds to the needs of migrants»). Als Umsetzungsinstrument werden unter anderem Personenfreizügigkeitsabkommen («free movement regimes») genannt.

Zur Erinnerung: Nach Annahme der Masseneinwanderungsinitiative steht mit Artikel 121a in der Bundesverfassung, dass die Schweiz die Zuwanderung eigenständig steuert. Der vierte Absatz des gleichen Paragraphen statuiert, dass keine völkerrechtlichen Verträge abgeschlossen werden dürfen, die gegen den Verfassungsartikel verstossen.

Von Brisanz ist auch Zielvorgabe 18 des Migrationspaktes: Die Schweiz «verpflichtet» sich, innovative Lösungen betreffend Fähigkeiten, Qualifikationen und Kompetenzen der Migranten zu ermöglichen und darin zu investieren. Die Berufschancen der Migranten sollen für den hiesigen Markt und den in den Herkunftsländern optimiert werden. Wer einen Inländervorrang sucht, wie ihn Artikel 121a zur Masseneinwanderung in der Bundesverfassung sowie die bundesgesetzliche «Umsetzung light» vorsehen, sucht vergebens.

Politischer Sprengstoff liegt auch in den Bestimmungen zur Rückführung von Migranten. Die paktierenden Staaten verpflichten sich, die Uno-Kinderrechtskon-



«Konstruktivere Auffassung der Migration».

vention umzusetzen, die in Artikel 11 die Ausweisung von Kindern explizit verbietet. Dem steht nicht nur der Ausschaffungsartikel der Verfassung diametral entgegen, sondern auch das geltende Recht. Hierzulande dürfen Minderjährige sogar in Ausschaffungshaft genommen werden, sobald sie das 15. Lebensjahr erreicht haben.

Schliesslich versucht der Migrationspakt auch die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Die Staaten werden angehalten, Kommunikationsmassnahmen zu ergreifen, die zu einer «menschlicheren und konstruktiveren Auffassung der Migration» führen.

In seiner Medienmitteilung verweist der Bundesrat darauf, dass es sich beim Migrationspakt um unverbindliches «soft law» mit lediglich politischer Bindungswirkung handle. Im Schlussteil des Paktes wird allerdings festgehalten, dass die Schweiz einem globalen Forum jährlich über die Erfüllung des Paktes Bericht erstatten solle. Eine unverbindliche Absichtserklärung klingt anders. Der Verdacht drängt sich auf: Entwederschummelt der Bundesrat der eigenen Bevölkerung etwas vor – oder er unterschreibt einen Vertrag, den er gar nicht erfüllen will.

Viel Ärger mit Villiger

Der wiedergewählte Zuger Regierungsrat Beat Villiger überlegt sich noch immer, ob er sein Amt antreten will. Die Auto-Affäre um seine ehemalige Geliebte bleibt eine Belastung.
Von Christoph Mörgeli



Unentschlossen: CVP-Politiker Villiger.

«Persönliche Kontakte sind dem CVP-Mann wichtig – in der Politik wie im Privaten.» Dieses Wahlporträt der *Zuger Zeitung* von Beat Villiger klingt im Rückblick zweideutiger, als es damals vom Publikum gelesen wurde. Wie Chefredaktor Harry Ziegler im Nachhinein einräumte, hatte die *Zuger Zeitung* längst Kenntnis von der illegitimen Tochter, die der heute 61-jährige Magistrat mit einer fast dreissig Jahre jüngeren Zentralschweizerin 2012 gezeugt hatte. Doch weil es sich um eine Privatsache handle, habe man den Fehltritt bewusst verschwiegen.

Dass der Chefredaktor des lokalen Monopoblatts seine Schweigeparole auch aus Gründen der politischen Nähe ausgegeben haben könnte, behielt er tunlichst für sich. Immerhin sass Harry Ziegler als Vertreter der CVP viele Jahre im Schwyzer Erziehungsrat, seine Frau ist CVP-Kantonalsekretärin. Auch Pascal Hollenstein, publizistischer Leiter der NZZ-Regionalmedien, wollte den Mantel des

Erbarmens über die peinliche Affäre breiten. Zum Vergleich: Eben erst hatte Hollenstein noch eigenhändig eine aussichtslose Strafanzeige von Jolanda Spiess-Hegglin zur Staatsaffäre hochgeschrieben.

Mehr Fragen als Antworten

Bis zum Redaktionsschluss hat sich Beat Villiger noch immer nicht entschieden, ob er sein Amt als Zuger Regierungsrat antreten oder ob er verzichten will. Indem er sich zusätzliche Zeit für eine Entscheidung ausbedingte, zementiert der Wiedergewählte allerdings seinen Ruf als unentschlossener Zauderer. Fragen der Abgangsentschädigung und der Pensionszahlung dürften eine grosse Rolle spielen. Der in der CVP bequem eingemittete, von einer starken Fraktion gestützte Politiker verfügt trotz zwölfjähriger Amtszeit über wenig Erfahrung im Umgang mit politischem Druck. Umso mehr belastete ihn in den letzten Jahren eine private Affä-

re, die ihm zunehmend aus dem Ruder gelaufen ist.

Wie die *Republik* aufgedeckt hat, verlied und verkaufte Villiger einer Frau ein Auto, wobei diese Halterin keinen Fahrausweis besass. Das Strafverfahren im Kanton Luzern mündete zwar in einer rechtskräftigen Einstellung. Rechtlich wurde Villiger demnach entlastet. Seine Stellungnahmen vernebeln allerdings die entscheidenden Fragen: Wem genau gehörte wann der Wagen von Beat Villiger? Wie steht es um die Datierung des von ihm ausgestellten Kaufvertrags? Warum verkaufte er das Auto, nachdem sie von der Polizei bereits ohne Führerausweis erwischt worden war? Ist Geld beim Autohandel geflossen? Warum meldete Villiger die Lenkerin telefonisch bei der Luzerner Polizei, worauf sie zwei Tage später prompt in eine Kontrolle geriet? Weshalb wurde das Nummernschild nach dem Verkauf nicht gewechselt? Das alles wurde aber zur Bagatelle, als Villiger am Zu-

ger Wahltag im *Sonntagsblick* zerknirscht eingestand, bei der Lenkerin handle es sich um seine Ex-Geliebte und die Mutter seines unehelichen Kindes.

Durch die Exklusivstory sicherte er sich eine pflegliche Behandlung bei seiner Generalbeichte. Politischen Beobachtern und Kollegen im Regierungsrat wurde erst im Rückblick klar, warum Beat Villiger in den letzten Jahren vom politischen Tagesgeschäft überfordert schien. Der Zuger Sicherheits- und Justizdirektor machte einen abgekämpften Eindruck; er wirkte zuweilen abwesend und auffallend apathisch. Innerhalb der Regierung kam es zu Spannungen, weil etliche Mitglieder der Exekutive fanden, sie leisteten einen enormen Einsatz für ihren Kanton, während Villiger keine grossen Stricke zerriss. Seine Verwaltung führte er an der langen Leine, und er umging Konfrontationen – ähnlich einem erschöpften Lehrer, der seinen Schülern nur noch gute Noten erteilt.

Schwache Amtsführung

Beat Villiger müsste gegenwärtig den von ihm selber angemahnten «Respekt vor dem Stimmbürger» ernsthaft in seine Überlegungen einbeziehen. Dass der zuständige Chef von Justiz, Polizei und Strassenverkehrsamt mit ebendiesen Stellen eines anderen Kantons in unliebsamen Kontakt geriet, muss seine künftige Amtsführung erschweren. Ein blosser Ressortwechsel wäre auch keine Lösung, denn ein bei gewissen Geschäften diskreditierter Regierungsrat ist für eine Kollegialbehörde von Gleichgestellten belastend. Ihm fernerstehende Politiker haben Villiger jedenfalls bereits den Übernamen «Vielärger» verliehen.

So geriet die kantonale Gebäudeversicherung wegen allerhand gravierender Mängel und Kompetenzüberschreitungen massiv unter Druck. Das Parlament wies die Jahresrechnung zurück, Villiger musste den Geschäftsführer rügen. Vielfach war von Parteienfilz die Rede; auf den zurücktretenden CEO folgte 2018 ein Nachfolger mit demselben CVP-Parteibuch. Man wirft Villiger auch vor, unnötigerweise eine veraltete Polycom-Version als Funktechnologie für Polizei und Rettung unter Kostenfolgen von gegen zwanzig Millionen Franken angeschafft zu haben. Sein bürokratisches Hundegesetz wurde vom Kantonsrat versenkt und brachte ihm 2014 eine Nominierung der IG Freiheit für den «Rostigen Paragraphen» ein. Pikanterweise sitzt im Präsidium der IG Freiheit ausgerechnet der Zuger CVP-Präsident Gerhard Pfister.



Parteipräsident Pfister.

«Bald Klarheit schaffen und die Wahl annehmen.»

Angesprochen auf die Affäre Villiger, kommentiert Gerhard Pfister: «Ich wurde nach Erscheinen des Artikels in der *Republik*, also am 1. Oktober, über die ganze Situation informiert.» Gerhard Pfister hatte also sechs Tage vor dem Wahlsonntag umfassend Kenntnis von Beat Villigers privaten Schwierigkeiten; insbesondere wusste er, dass die Lenkerin des Wagens mit umstrittenen Besitzverhältnissen die Geliebte des CVP-Regierungsratskandidaten war und dass Villiger mit dieser eine uneheliche Tochter hat. Gerhard Pfister war demnach in die einwöchigen Vertuschung involviert – statt im Interesse aller Zuger Stimmbürgerinnen und Stimmbürger auf die kantonale CVP einzuwirken und den Kandidaten zum Verzicht oder doch zu einem zeitgerechten Geständnis aufzufordern. Dem erfahrenen Parteistrategen Pfister kann der Vorwurf nicht erspart werden, er habe ausgerechnet in seinem Schlüsselgelände Zug Führungsqualität vermissen lassen.

Die Aussicht, endlich wieder einen CVP-Erfolg mit drei von sieben Regierungsräten zu erzielen, strahlte heller als die Warnlampen wegen Beat Villiger. Trotz einem Sitzgewinn in der Exekutive stand die Zuger CVP am Wahlabend vor einem Scherbenhaufen.

Würde Gerhard Pfister seinem Parteikollegen Villiger das Aussitzen oder ein Zurücktreten empfehlen? «Ich würde ihm raten, möglichst bald Klarheit zu schaffen und die Wahl anzunehmen.» Das Rechtliche sei mittlerweile öffentlich, das entsprechende Verfahren eingestellt: «Dieser rechtsstaatliche Entscheid ist gültig. Die privaten Sachverhalte sind für die Ausführung des Regierungsamts nicht relevant.»

Die vorschnelle Behauptung, Villiger sei angesichts seines guten Wahlergebnisses für seinen Seitensprung nicht abgestraft worden, ist ebenso billig wie falsch. In Wahrheit haben die Wählerinnen und Wähler bis am letzten Wahltag nichts davon wissen können, weil der Kandidat und seine Par-

teimitverantwortlichen alles unternahmen, um den Deckel auf dem siedenden Kochtopf zu halten. Auch hatte Villiger das Online-Medium *Republik* vorgängig mit einer superprovisorischen Verfügung mundtot gemacht. Da er seine Familie offenbar erst kurz vor dem Wahlsonntag umfassend informiert hat, stellt sich unweigerlich die Frage nach der charakterlichen Eignung für ein Regierungsamt.

Die traditionelle Familien- und Wertepartei ist wegen der immer länger werdenden Liste von privaten Fehlritten ihrer Exponenten gehörig unter Druck. Vielleicht wäre den CVP-Politikern grundsätzlich ein Zölibat zu empfehlen. ○

TAG Heuer
SWISS AVANT-GARDE SINCE 1860

#DontCrackUnderPressure

TAG HEUER CARRERA CALIBRE 16
Patrick Dempsey steht als Rennfahrer und Gentleman perfekt für das Erbe von TAG Heuer. Wie kein anderer Schauspieler verkörpert er Abenteuer, Elan und Eleganz. Getreu dem Motto „Don't Crack Under Pressure“ stellt er sich jeder Herausforderung.



«Nicht mit mir!»: Kläger Terekhov.

Der frechste Radar der Schweiz

Die Durchfahrtsbeschränkung in der Badener Schartenstrasse ist ein juristischer Dauerbrenner. Jetzt attackiert Jus-Student Artur Terekhov das eingesetzte Blitzgerät vor Bundesgericht. Obwohl schon zweimal unterlegen, rechnet er sich in Lausanne Chancen aus. *Von Florian Schwab*

Bezirksgericht Baden, am vergangenen 9. August. Hauptverhandlung in einem Strafverfahren wegen Zuwiderhandlung gegen das Strassenverkehrsgesetz. Mit steigender Ungeduld folgt Gerichtspräsident Daniel Peyer dem rund vierzigminütigen Vortrag des Beschuldigten. Artur Terekhov, der kürzlich seinen Bachelor in Rechtswissenschaften erlangt hat, zieht alle Register. Seines Erachtens steht in diesem Fall eines der obersten rechtsstaatlichen Prinzipien auf dem Spiel, die Unschuldsvermutung.

Worum geht es? Am Sonntag, 17. Dezember 2017 bog Artur Terekhov in seinem Jaguar in die Schartenstrasse in Baden ein, vorbei an einem Verbotsschild: «Ausgenommen Fahrten im Verkehr mit den Liegenschaften Schartenstrasse 1–37 und Wettingerstrasse 17–25». Auf dem 350 Meter langen Teilstück mit Sonntags- und Nachtfahrverbot wird Terekhov von einem stationären Blitzgerät fotografiert. Nur zwei Tage später findet der Automobilist in seinem Briefkasten eine Busse über hundert Franken wegen Missachtung des Fahrverbots vor. Unvermittelt ist er in ein Strafverfahren verwickelt, ohne dass er zuvor gefragt worden wäre, was er in der Schartenstrasse zu suchen hatte. Die meisten Leute, sagt sich Terekhov, zahlen wohl einfach, weil sie juristischen Ärger vermeiden wollen. «Nicht mit mir!», sagte er sich. Ein Blechpolizist, der auf Verdacht hin

Bussen verschickt? «Das ist der frechste Blitzer der Schweiz!»

Als später der Strafbefehl eintrifft, legt er Einsprache ein. Darin macht er geltend, er sei an jenem Tag als Zubringer in die Schartenstrasse gefahren. Terekhov ist neben seinem Studium als Rechtsberater tätig. Er habe eine Kundin besucht, deren Namen er allerdings aufgrund des Geschäftsgeheimnisses nicht nennen könne. Auch die Identität seiner auf dem Foto ersichtlichen Beifahrerin will Terekhov nicht verraten: Es sei seine Exfreundin, die ihn aufgrund persönlicher Umstände womöglich wahrheitswidrig belasten könnte. Diese habe im Auto gewartet, während er kurz bei der Kundin klingelte.

«Unzulässiger Generalverdacht»

Überhaupt sei es nicht an ihm, seine Unschuld zu beweisen. Die Beweislast liege bei der Staatsanwaltschaft, die der Verhandlung ferngeblieben ist. Bereits der Einsatz des Radargeräts sei rechtsstaatlich problematisch bis illegal. Verschickt die Stadtpolizei Baden etwa Bussen an jeden, der durch das Fahrverbot fährt und dessen Kennzeichen nicht einem Anwohner zugeordnet werden kann? Das wäre laut Terekhov ein «rechtlich unzulässiger Generalverdacht». Bevor das Gericht ihn verurteile, müsse es allermindestens den Beweiswert des Radarfotos am konkreten Standort überprüfen.

Für all das hat Richter Peyer, der im Jahr 2006 auf dem Ticket der CVP zum Gerichtspräsidenten in Baden gewählt wurde, kein Musikgehör. Man vermeint sogar einen Anflug von Ironie zu erkennen, als die Justiz die Ausführungen des Beschuldigten als «teilweise rechtsphilosophisch» abtut. Terekhofs Einsprache wird vollumfänglich abgewiesen. In der schriftlichen Urteilsbegründung erklärt Peyer, das Gericht dürfe die Tatsache, dass sich der Angeklagte auf sein Aussageverweigerungsrecht berufe, in die «Beweisführung einbeziehen».

Am 8. September reicht Terekhov seine Berufungsbegründung beim Obergericht Aargau ein. Drei Tage später folgt die Antwort der Staatsanwaltschaft Baden. In einem Einzeiler («Zur Begründung wird auf die zutreffenden Erwägungen der Vorinstanz verwiesen») beantragt die Staatsanwaltschaft die Abweisung der Berufung. Diesem Antrag folgt das Aargauer Obergericht zwei Wochen später. Am 27. September wird Artur Terekhov in zweiter Instanz verurteilt. Der Beschuldigte gibt sich weiter kämpferisch: «Ich werde den Fall vor Bundesgericht ziehen!»

Die Badener Schartenstrasse ist in Lausanne keine Unbekannte. Bereits 1995 bestätigten die obersten Richter, dass das dortige Sonntags- und Nachtfahrverbot juristisch grundsätzlich zulässig ist. Es wurde vom Badener Stadtrat aufgrund einer eigentumsrechtlichen

Lärmbeschwerde der Bewohner eingeführt. Seither wird der Durchgangsverkehr zu den fraglichen Zeiten durch das Nadelöhr der Wettingerstrasse geleitet, damit die mehreren hundert Anwohner der Schartenstrasse ihre Ruhe haben. In der Zwischenzeit, zuletzt vor drei Jahren, wurden mehrere Bürgerinitiativen zur Beseitigung des Fahrverbots vom Stadtrat abgeschmettert.

Auf Anfrage der *Weltwoche* bestätigt der Kommandant der Stadtpolizei Baden, Andreas Lang, die Hypothese Terekhovs: Jedes Auto wird von einer Kontrollschild-Erkennungskamera erfasst. Eine Software gleicht das Nummernkennzeichen mit einer Liste von «durchfahrtsberechtigten Kontrollschildern» ab. Per Computer herausgefiltert werden laut Stadtpolizei beispielsweise «Anwohner selbst, gemeldete Besucher von Anwohnern und registrierte Lieferanten». Die verbleibenden Autos werden fotografiert, und die Bilder werden zur «manuellen Auswertung» der Stadtpolizei übergeben. Mit anderen Worten: Wer auf der weissen Liste ist, kann durch die Schartenstrasse fahren, egal, ob dies im Verkehr mit den entsprechenden Liegenschaften passiert oder um deshalb das Nadelöhr zu umfahren. «Wo bleibt da die saubere Beweisführung?», fragt Terekhov.

Zweifelhafter Einsatz

Jetzt also zieht der Rechtsstudent Artur Terekhov den zur Durchsetzung eingesetzten Blitzer vor Bundesgericht. Handelt es sich um eine aussichtslose bis querulatorische Beschwerde eines juristisch hypersensiblen Störfriedes?

Nein, sagt Stephan Reinhardt. Der auf Strassenverkehrsrecht spezialisierte Rechtsanwalt und frühere Kommandant der Kantonspolizei Aargau kann «den Ausführungen des Beschuldigten über weite Strecken folgen». Es sei «sehr zweifelhaft», ob der Einsatz einer «Kontrollschild-Erkennungskamera für die Überwachung eines partiellen Fahrverbots verhältnismässig» sei. Und dies sowohl aus juristischer als auch aus staatspolitischer Sicht. «Die Stadtpolizei Baden», rechnet Reinhardt vor, «hat lediglich etwa 60 Angestellte.» Wenn ein Mitarbeiter für das Bussen-Verschicken abkommandiert wird, fehlten die personellen Ressourcen möglicherweise in wichtigeren Bereichen.

Weiter überrasche ihn an dem Fall, so Reinhardt, dass sich das Obergericht «keine eigenen Gedanken» zu den interessanten Grundsatzfragen gemacht habe, sondern das Urteil der Vorinstanz «tel quel übernommen» habe. Sollte das Bundesgericht am Einsatz nichts Grundsätzliches auszusetzen haben, könnte es aber anders aussehen. «Das Bundesgericht wird für diesen Einzelfall prüfen, ob sich der Beschuldigte unter den gegebenen Voraussetzungen auf die Unschuldsvermutung berufen kann.» *Affaire à suivre.* ○

Wirtschaft

Blinde Vision

Bundesrat Ignazio Cassis lässt ein aussenpolitisches Strategiepapier erarbeiten. Sein Risikoberater Thomas Wellauer ist in der Vergangenheit gewaltigen Fehleinschätzungen erlegen.

Wie kann die Wirtschaft in der aussenpolitischen Strategie des Bundesrates mitreden? Bundesrat Ignazio Cassis wird dafür kritisiert, dass er zum Erarbeiten der «Aussenpolitischen Vision 2028» neben dem politischen Personal nur zwei Wirtschaftsvertreter und eine Vertreterin der sogenannten Zivilgesellschaft eingeladen hat. So werde ein sehr kleiner Teil der Interessen der Gesellschaft berücksichtigt. Die drei externen Personen sind ABB-Verwaltungsratspräsident Peter Voser, Thomas Wellauer, Chief Operating Officer beim Rückversicherer Swiss Re, sowie Alenka Bonnard, Geschäftsleiterin der Organisation Staatslabor. Sie wurden *ad personam* ernannt.

Hat man bei den Wirtschaftsverbänden nichts einzuwenden gegen die selektive Auswahl, die ein Novum darstellt? Offenbar stört man sich bei den grossen Organisationen nicht daran. Im Dachverband Economiesuisse und auch im Schweizerischen Gewerbeverband ist das Vorgehen so akzeptiert worden. Bei Economiesuisse findet man diesen Ansatz sinnvoll, weil es wohl vor allem um eine Stärken-Schwächen-Analyse gehe und primär wissensmässige Inputs aus der Wirtschaft gefragt seien. Bei einer breit abgestützten Arbeitsgruppe mit vielen Interessengruppen drohe der Prozess rasch schwerfällig zu werden. Die Wirtschaft werde im ordentlichen politischen Prozess ihre Mitsprache geltend machen.

Weitgereister in Beobachterposition

Die Arbeitsgruppe soll aber doch ziemlich viel vorsehen, das Departement sagt es so: «Diese Vision soll im EDA zu einem Kompass und einer zentralen Inspirationsquelle für die Gestaltung und strategische Weiterentwicklung der Schweizer Aussenpolitik werden.» Die Vision sei «eine Ausgangsbasis für einen Strategieprozess, der sich in einer Kaskade von Rahmendokumenten spiegeln wird». Genannt werden die aussenpolitische Strategie des Bundesrates 2020–2023, welche die laufende Strategie 2016–2019 ablösen wird, des weiteren

die Botschaft über die internationale Zusammenarbeit 2021–2024 sowie Umsetzungsstrategien. Ein erster Entwurf der Vision soll Ende März 2019 vorliegen.

In der Arbeitsgruppe dominiert die Innensicht. Vom EDA sind Staatssekretärin Pascale Baeriswyl, Staatssekretär Roberto Balzaretto, der Direktor der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza) Manuel Sager sowie der Generalsekretär Markus Seiler dabei. Hinzu kommt der Präsident der Konferenz der Kantonsregierungen, der St. Galler Regierungsrat Benedikt Würth. Die drei externen Experten sollen «zum EDA komplementäre Blickwinkel und Expertisen einbringen».

Von Voser erwartet man Inputs zur «ausenwirtschaftlichen Perspektive», von Wellauer solche zur «Risikoanalyse und Trends von morgen» und von Bonnard zur «Innovation im öffentlichen Sektor».

Voser kennt die Aussenwirtschaft.

Als ABB-Finanzchef hat er nach 2001 zusammen mit Präsident Jürgen Dormann den Konzern gerettet, unter anderem durch einen komplexen Vergleich mit US-Asbest-Klägern. Von 2004 an war er für ein Jahrzehnt im Energiekonzern Shell, ab 2009 als CEO. Als ABB-Präsident (seit 2015) ist er heute quasi ein Weitgereister in erhöhter Beobachterposition. Der ehemalige McKinsey-Berater Wellauer dagegen ist bei Swiss Re Manager und nah an Tagesgeschäft und Konzerninteressen. Und einige Karrierestationen stehen in pikantem Kontrast zu seinem Thema «Risikoanalyse und Trends von morgen». In den neunziger Jahren peilte er als Chef der Winterthur Versicherungen und dann an der Credit-Suisse-Spitze eine Allfinanz-Strategie an, 2002 ist er damit zusammen mit Lukas Mühlemann gross gescheitert. Auch die Swiss Re war anfällig für gewaltige Fehleinschätzungen von Risiken, als sie nach 2005 ins Banking expandierte und so in bedrohliche Schieflage kam. Wer weiss, vielleicht war für Cassis bei der Auswahl seiner zwei Wirtschaftsexperten Divergenz in jeder Hinsicht wichtig. *Beat Gygi*



Pikanter Kontrast: Voser (l.), Wellauer.

Krypto wird Mainstream

Die Fintech-Firma Crypto Finance hat als erste ihrer Art den Zugang zum Finma-regulierten Markt der Vermögensverwaltung erhalten. Das traditionelle Bankgeschäft wird aufgebrochen.

Von Beat Gygi und Salvatore Vinci (Bild)



Faszination und Schrecken: COO Mathias Maurer (l.), CEO Jan Brzezek.

Ein derartiger Kontrast muss in etablierten Banken der Schweiz zu denken geben: Da tritt eine Start-up-Firma frisch auf den Markt, zuerst nur ein paar Leute, dann aber macht sie mit einem zügigen Aufbau von Belegschaft und technischer Infrastruktur einen raschen Reifungsprozess durch, so dass sie trotz enormer Jugendlichkeit nun bereits fest in der traditionellen, regulierten Finanzwelt etabliert ist. Vor einem Jahr noch befand sich die in Zug und Zürich tätige Crypto-Finance-Gruppe im Keimstadium. Die Gründung war im Frühsommer 2017 erfolgt, anschliessend begann die Suche nach Mitarbeitern, zuerst ohne Arbeitsräume, da die Bü-

ros erst im August bezugsbereit waren. Auch Investoren wurden gesucht und gewonnen. Dann legte man los, und vorige Woche meldete die Crypto Finance, ihre Tochtergesellschaft Crypto Fund habe als erstes und bisher einziges Krypto-Unternehmen der Schweiz die Bewilligung der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht (Finma) als Vermögensverwalter erhalten.

Damit spielt die junge Crypto Fund bereits in der gleichen Liga wie traditionelle, regulierte Fondsmanager. Muss man sich die kleine neue Fintech-Gruppe bildlich betrachtet also quasi als einen Knaben im Banker-Massanzug vorstellen? Nein, wenn schon, eher umgekehrt: als

einen erfahrenen Banker in lockerer Funktionskleidung mit viel Bewegungsspielraum. Dieser Eindruck entsteht jedenfalls, wenn Jan Brzezek, Mitgründer und CEO, sowie Mathias Maurer, COO bei der Crypto Fund, in ihrem Büro in Zürich schildern, wie sie aus der traditionellen Finanzbranche in die digitale Welt gewechselt haben. Sie hatten Ideen und Visionen für neue Geschäftsmodelle, die auf breiter Front auf die ganze Finanzbranche zukommen, die aber in kleinen Fintech-Firmen offensichtlich eher in die Tat umgesetzt werden können als in Grossunternehmen.

In die Markthalle

Brzezek war vorher in verschiedenen Positionen bei der UBS (Asset Management, Wealth Management und Investment Banking) tätig. Zudem beschäftigte er sich als Spezialist für Innovationen mit den Auswirkungen neuer Technologien auf das Geschäftsmodell der Bank. Maurer bringt Erfahrungen unter anderem im Aufbau von Fondsadministrationen mit, des weiteren aus Tätigkeiten im Asset Management bei der Credit Suisse und später bei der Swisscanto. Ungefähr Ende 2016 begannen die Märkte für Bitcoin und andere Kryptowährungen lebhafter zu werden und die Debatten über Möglichkeiten der Blockchain-Technologie wurden breiter und intensiver geführt. All dies bestärkte Brzezek in seinem Bestreben, unternehmerisch tätig zu werden und eine eigene Firma aufzubauen.

Ein halbes Jahr später gründete er zusammen mit dem Unternehmer Tobias Reichmuth die Crypto Finance AG als Holding mit drei Töchtern, die einen breiten Teil der Finanzmärkte abdecken sollen: Die Crypto Fund dient zur Vermögensverwaltung, die Crypto Broker dem Handel mit Produkten und die Crypto Storage zu deren Aufbewahrung, konkret sind dies Speicherlösungen mit Infrastruktur, Software und Hardware für Banken, um Kryptowährungen und Blockchain-basierte Assets zu lagern. Man begann also zu arbeiten, und im Januar 2018 lancierte die Firma ihren ersten Krypto-Fonds mit einem Korb der gängigsten Digitalwährungen wie Bitcoin, Ether, Litecoin et cetera.

«Unsere Idee war primär, traditionellen Anlegern die Möglichkeit zu geben, in dieses spannende Thema zu investieren», sagt Jan Brzezek. Berechnet wird die Zusammensetzung durch die Schweizer Börse SIX, die externe Indexberechnung soll die Unabhängigkeit

der Fondsgesellschaft stärken. Im Juni erhielt Crypto Fund von der Finma die Vertriebssträger-Bewilligung und eben, wie oben erwähnt, gerade kürzlich die Finma-Lizenz als Vermögensverwalter mit Fokus auf digitale Assets. Es ist selten, dass man im Finanzsektor wirklich lobende Worte über die Regulierung hört, aber im Crypto-Fall sieht man darin vor allem den Zugang zum Profi-Marktsegment. Klar, man hätte auf das Finma-Label verzichten und sich wie viele kleinere Vermögensverwalter der Selbstregulierung der Branche unterordnen können. Dies hätte aber eine Obergrenze von hundert Millionen Franken fürs Geschäft bedeutet. Das hätte einem Laden an der Ecke entsprochen, wogegen die Finma-Lizenz Zutritt zur grossen Markthalle gibt.

Was heisst «Krypto» eigentlich genau? Was macht die Firma anders als die andern, was ist nicht traditionell? Brzezek erklärt, neu seien eigentlich nur die Vermögensklassen, in die investiert werde. Man konzentrierte sich auf das, was

Man stelle sich einen Banker in lockerer Funktionskleidung mit viel Bewegungsspielraum vor.

vernünftig umsetzbar sei, zurzeit auf Anlagen in Kryptowährungen. Vorstellbar sei aber auch anderes, etwa Forderungen oder Verpflichtungen in digitalisierter Form, beglaubigt durch Blockchain-Verfahren. Brzezek sagt es so: «Früher verschickten Sie einen Brief oder eine Rechnung physisch, auf Papier. Heute wird die Rechnung per E-Mail verschickt und gespeichert. Das veranschaulicht etwa den Unterschied zwischen traditionellen Assets und Krypto-Assets.»

Man könne etwa eine Firmenanleihe herausgeben, indem die Interessenten durch Überweisen eines Betrags in Kryptowährung für den Kauf der Obligation bieten könnten. Wer den Zu-

schlag erhält, erhält die Obligation zugeschickt, die erfolglosen Bieter bekommen die Währung zurück. Durch diese Prozesse werden alle Vorgänge bei den Beteiligten simultan registriert, so sind sie glaubwürdig dokumentiert und gegen nachträgliche Manipulationen oder Computerrattaken gesichert. Dies lässt eine weitgehende Automatisierung der Vorgänge zu, so dass einiges von dem, was eine Investment Bank heute tut, von Computern übernommen werden kann.

«Wir wollen Banken helfen»

Genau deshalb hat man in der traditionellen Bankenwelt ein gespaltenes Verhältnis zu Krypto und Blockchain; Faszination und Schrecken liegen nah beieinander. Dieser technische Fortschritt macht manche Intermediäre überflüssig, wie man es heute bei Bankschaltern oder zum Teil beim Kassenpersonal in Einkaufsläden erlebt. Zugleich ist klar, dass die herkömmlichen Banken zunehmend digitale Technik anwenden müssen, wenn sie überleben wollen. Brzezek und Maurer sehen die Beziehung zu den traditionellen Banken gelassen, sie wollen ihnen als Spezialisten zur Seite stehen.

Blockchain habe in Grossbanken oft auch deshalb noch geringes Gewicht, weil man da mit kleinen Projekten schlecht umgehen könne. Da sei es üblich, dass Projekte wie etwa ein neues Datenmanagement nicht unter zehn Millionen Franken kosten dürften, sonst werde das Projekt von der Firmenspitze nicht ernst genommen. So sei es schwierig, Innovationen in kleinen Schritten zu versuchen. Wenn man nicht gleich ein Investitionsprogramm von einem Dutzend oder mehr Millionen Franken aufsetzen könne, gelte das als zu wenig entschlossen. Wenn aber neue Ansätze immer schon hoch dotiert werden müssten, sei klar, dass die Rendite leide. Kleine Fintech-Firmen dagegen könnten Aufwand und Anfangsinvestitionen klein halten und entsprechende Renditen erzielen.

Genau das führe zur Arbeitsteilung, die Brzezek als Chance für die Kleinen sieht: den Grossen spezialisierte Dienste bieten im Krypto-Geschäft. Er betont: «Wir betreuen nicht Endkunden, wir wollen Banken helfen, ihren Kunden die neuen Leistungen anzubieten. Wir wollen die Banken nicht direkt konkurrenzieren.» Die traditionellen Banken hätten die Kunden, das Vertrauen, die Filialen, Crypto Finance dagegen trage mit Technologie und Infrastruktur etwa beim Speichern der betreffenden Produkte zum Geschäft bei.

Crypto Finance will nicht eine Bank werden, sie benötigte aber für das Lancieren von Schweizer Fonds eine Krypto-fähige Depotbank in der Schweiz. Alles in allem zählt jedoch die Schweiz nach Brzezeks und Maurers Einschätzung zu den besten Standorten für Fintech-Firmen, nur Singapur, Liechtenstein, Malta und Japan böten ebenbürtige Bedingungen. Alle anderen seien erst am Sondieren.

Raymond J. Bär, früher in der Führung der Bank Julius Bär, heute Verwaltungsrat von Crypto Fund, ist zuversichtlich, dass die Schweizer Behörden es irgendwann ermöglichen werden, alle Krypto-Leistungen aus der Schweiz heraus anzubieten. Nach einem Intensivkurs in Digitalisierung an der Singularity University im Silicon Valley war er seinerzeit empfänglich für die Anfrage der Crypto-Gründer, ob er sich als Verwaltungsrat und Investor engagieren wolle. «Die Leute haben mich fasziniert», sagt er, für sein Engagement sei ihm aber auch wichtig gewesen, dass alle Geschäfte seriös aufgezogen und nah beim Regulator angesiedelt würden. Mit der Finma-Lizenz habe man das jetzt erreicht. Könnte die Regulierung nicht einengend werden? Bär sieht noch viel Spielraum. Und in der Firma seien alle passionierte, unternehmerisch denkende Leute, die bei den Banken mehr verdienen könnten, sich aber lieber an einem aufstrebenden Unternehmen beteiligten. ○



NASEN HABEN ALLE.
WIR DEN RIECHER.

Die spannendsten Seiten der Wirtschaft.

Hier für
Newsletter
anmelden:



«Madam, das ist meine heilige Pflicht»

Der saudische Kronprinz steht unter Druck: Die mysteriöse Affäre um den verschwundenen Journalisten Khashoggi belastet seinen Reformkurs und die Allianz mit den USA. Steht das Volk noch hinter ihm?

Von Pierre Heumann aus Riad



«Prinz der Jugend und der Frauen»: stellvertretender Premier Mohammed bin Salam.

Ihr Auto stehe draussen, sagt Lina al-Maeena. Dieser Satz kommt ihr wie selbstverständlich über die Lippen, obwohl sie sich in Saudi-Arabien eigentlich erst seit Juni hinters Steuer setzen darf. Al-Maeena ist, wie es sich in ihrem Land ziemt, in eine schwarze Abaya gehüllt, das unförmige Überkleid, das über dem normalen Outfit getragen werden muss. Die energiegeladene Frau, die wir im «Marriott Courtyard» von Riad treffen, ist Politikerin, eine von dreissig Frauen, die im 150-köpfigen Beratungsgremium des Königs, im Schura-Rat, vertreten sind.

Weil al-Maeena das Machtgefüge im Königreich bestens kennt, wollen wir von ihr wissen, was sie von der mysteriösen Affäre Jamal Khashoggi halte, die in diesen Tagen die Welt bewegt und in die der Kronprinz Mohammed bin Salman, kurz MbS, verwickelt sein soll. Doch das Schicksal des Journalisten ist in Riad

ein Thema, dem man gerne aus dem Weg geht. Den Verdacht gegen den Kronprinzen wischt al-Maeena mit einer Handbewegung resolut zur Seite. «MbS», wie ihn alle nennen, «ist ein Prinz der Jugend und der Frauen», sagt sie schwärmerisch, um der Frage auszuweichen. Er setze sich für Reformen ein, von denen alle profitieren würden, und er strebe eine «glückliche Gesellschaft» an.

Al-Maeena, die sich als Politikerin und Unternehmerin für Frauensport einsetzt – sie gründete zum Beispiel den ersten Basketballklub des Landes für Frauen, United Jeddah –, traf den Kronprinzen ein erstes Mal im April. Sie sei vom Augenkontakt, den er gesucht habe, beeindruckt gewesen, ebenso vom charmanten Lächeln, das ihr der Adlige geschenkt habe. Als sie ihm für all seine Reformen dankte, habe MbS bescheiden geantwortet: «Madam, das ist meine heilige Pflicht.»

Es wäre allerdings ein Missverständnis, aufgrund dieser «heiligen Pflicht» die Einführung demokratischer Regeln oder von Menschenrechten zu erwarten. «Die Reformen läuten keine Epoche der arabischen Aufklärung ein», meint ein Jurist in Riad. Davon sei im Königreich nie die Rede gewesen, das sei nicht Teil des Reformprogramms.

Seit Khashoggi am 2. Oktober die saudische Vertretung in Istanbul betrat, um persönliche Dokumente abzuholen, fehlt von ihm jede Spur. Weil sich der Journalist, der seit dem letzten Jahr in den USA lebt, in westlichen Medien und vor allem in der *Washington Post* wiederholt kritisch über den Kronprinzen geäußert und Demokratie gefordert hat, habe der Adlige Khashoggi aus dem Weg räumen lassen, wird spekuliert. Die türkischen Behörden haben bisher zwar noch keine Beweise für die Mordthese vorgelegt. Aber sie hegen den Ver-

dacht, dass Khashoggi von einem 15-köpfigen Killerteam im Konsulat ermordet und mit der Knochensäge zerstückelt worden ist. Danach sei die Leiche in Koffern wegtransportiert worden – im Auftrag des Kronprinzen.

Ein Topmanager in einer der grossen saudi-arabischen Banken, der auf den Reformkurs des Kronprinzen schwört, ist entsetzt. Sollten die Gerüchte um Khashoggi stimmen, meint der Banker, der anonym bleiben will, hätte das «negative Rückwirkungen» auf die Zukunft des Königreichs. Und er scheut sich nicht, grobes verbales Geschütz aufzufahren: MbS wolle Saudi-Arabien der Welt öffnen, meint der Finanzmann, «und dann baut er diesen Mist». Es wäre nicht nur ein Verbrechen, sondern auch ein Fehler.

Ein bisschen liberalisiert

In Riad wies man die Vorwürfe zunächst als «haltlos» zurück und sprach von einer Verschwörung gegen das Königreich, deren Drahtzieher vor allem Katar, der Iran und die Muslimbrüder seien, die Feinde Saudi-Arabiens. Den Beweis, dass Khashoggi das Konsulat lebend verlassen hat, ist Riad bisher aber schuldig geblieben. Bei Redaktionsschluss hiess es in US-Medien allerdings, dass Saudi-Arabien den Tod Khashoggis zugeben könnte: Er sei durch «abtrünnige Agenten» bei einem «schiefgelaufenen Verhör» zu Tode gekommen. Mit dieser Interpretation liesse sich der Konflikt mit Washington beenden.

In kürzester Zeit hat MbS das erkonservative Saudi-Arabien liberalisiert. Ein bisschen zumindest. Frauen dürfen Auto fahren, im April wurden die ersten Kinos eröffnet (Frauen sitzen unten im Saal, Männer auf der Empore), Frauen können sich – ebenfalls nach Geschlechtern getrennt – Sportveranstaltungen ansehen, und öffentliche Konzerte sind erlaubt.

Erfolge kann man MbS, der gerne als strahlender Erneuerer auftritt, also nicht absprechen. Er schränkte die Kompetenzen der Religions- und Sittenpolizei ein, was die Atmosphäre auf der Strasse und in den Einkaufszentren spürbar entspannt. Schnell ergreifen Frauen die neuen Jobchancen und integrieren



Schwärmerisch: Politikerin al-Maena.

sich in die Wirtschaft. Man sieht sie, in ihren schwarzen Abayas, an den Kassen der Supermärkte, in den Einkaufszentren am Ladentisch, vereinzelt als «Capitana», wie eine Taxifahrerin genannt wird, oder als Unternehmerinnen. Maha Shirah zum Beispiel, 39 Jahre alt, zwei Kinder, hilft saudischen Frauen beim Gründen von Firmen. Ähnlich wie das viel grössere Unternehmen Wework stellt sie in einem aufstrebenden Quartier im Norden Riads Frauen-Start-ups Büroflächen und eine Infrastruktur zur Verfügung. Der Name ihrer Firma, Sheworks, ist ihr Programm. Die neuen Möglichkeiten hätten auch mit MbS zu tun, meint Shirah: «Wir Frauen sind jetzt nicht mehr auf wenige Branchen beschränkt, sondern dürfen uns überall entfalten.» Grosse Firmen seien angewiesen, bei der Anstellung Frauen zu bevorzugen, wenn ihre Qualifikati-



on mit derjenigen männlicher Bewerber ebenbürtig sei.

Ihr Verhalten im neuen Klima müssten Frauen allerdings noch lernen, meint Shirah: «Wir helfen ihnen, Männer zu verstehen.» Deshalb schlägt sie Alarm, bevor der männliche Reporter die Büroflächen betreten darf: Die Frauen sollen Zeit haben, sich ihre Abayas umzuwerfen und das Gesicht zu verschleiern.

Im Königreich, das bisher von Greisen regiert worden ist, mischt der erst 33-jährige MbS verkrustete Strukturen auf. Die Rollen des Kronprinzen und seines Vaters König Salman wurden klar verteilt. Poster an Häuserfasaden und Geschäften illustrieren im ganzen Land die Symbiose zwischen dem ehrwürdigen und respektierten König sowie seinem jungen und dynamischen Sohn.

Um das Land von der Ölabhängigkeit zu befreien, übertrug der König seinem Sohn Mohammed bin Salman umfassende Vollmach-



Journalist Khashoggi, Verlobte Hatice Cengiz.

ten. Kurz nach seiner Ernennung zum Kronprinzen stellte MbS die «Vision 2030» vor, die den Weg Saudi-Arabiens in die Zukunft weisen soll. MbS hat freie Hand. Bis vor kurzem konnte er stets auf die Rückendeckung seines Vaters zählen, wenn er Reformen durchsetzte oder der Aussenpolitik des Landes eine neue Richtung gab. Der König, dem Altersschwäche und Alzheimer nachgesagt wird, liess ihn schalten und walten.

Doch der Herrscher, der Ende Dezember 1935 auf die Welt kam und erst im Alter von 79 Jahren den Thron bestieg, bleibe trotz der angeblichen Krankheit der ultimative Entscheidungsträger, so ein Investor in Riad, der seinen Namen nicht in der Zeitung lesen will. Nachdem er ihn neulich an einem offiziellen Empfang gesehen hat, glaubt er nicht mehr, dass der König manipuliert werden kann.

Misstrauen des Vaters

Jetzt scheint der König seinen Sohn zurückzubinden. So übernahm er (und nicht der Kronprinz) die Führung, um das Khashoggi-Problem mit den Präsidenten der USA und der Türkei zu entschärfen. Zuvor hatte König Salman das ehrgeizige Projekt seines Filius gestoppt, die nationale Ölgesellschaft Aramco bis spätestens 2019 an die Börse zu bringen und damit das Tafelsilber der Königsfamilie zu verschern. «Die Verhinderung des Börsengangs war ein klares väterliches Zeichen des Misstrauens», meint ein Ölfachmann in Riad. In einem Interview mit der Nachrichtenagentur Bloomberg meinte MbS Anfang Oktober zwar, dass er Aramco etwas später als geplant, «Ende 2020, Anfang 2021», an die Börse bringen werde. Es wäre das grösste Börsengeschäft aller Zeiten, fünfmal so gross wie der Börsengang des bisherigen Rekordhalters, des chinesischen Internetimperiums Alibaba. Aber Finanzexperten in Riad sind nicht mehr sicher, ob sich MbS durchsetzen kann. In der Exekutive des Öligiganten und vor allem in der königlichen Familie gebe es massive Opposition gegen den Börsengang, weil die derzeit intransparente Firma den Investoren danach regelmässig Bericht erstatten müsste. Damit wäre es mit der Geheimnistuerei um die Ein-



Inside Washington

Welcome home!

Trump betet und hält Wort. Bisher hat er 19 Gefangene aus aller Welt heimgeholt.

«Aus einem türkischen Gefängnis ins Weisse Haus in einem Tag!» Bei einem herzlichen Treffen am Samstag im Oval Office hat Präsident Trump den evangelikalen Pastor Andrew Brunson zu Hause auf amerikanischem Boden empfangen. Die beiden haben vor laufenden Kameras gebetet. Der Präsident witzelte: «Ich brauche das wohl mehr als irgendjemand sonst in diesem Raum.»

Der fünfzigjährige Pfarrer war kurz zuvor auf der Andrews Air Force Base gelandet, nachdem er zwei Jahre in türkischer Kerkerhaft verbracht hatte.

Die Präsidenten der USA und der Türkei liessen beide verlauten, es sei kein Handel getroffen worden. Gemäss Trump war «der einzige Deal, wenn man das einen Deal nennen kann, ein psychologischer». Nachdem im August ein erster Freilassungsversuch gescheitert war, verdoppelte Trump die Zölle auf türkischen Stahl und auf Aluminium. Trumps Umgang mit US-Gefangenen im Ausland steht in starkem Kontrast zu jenem seines Vorgängers Barack Obama. Dieser holte 2009 den US-Soldaten Bowe Bergdahl nach Hause, der von Taliban gefangen genommen worden war. In einem Tauschgeschäft mit den Gotteskriegern liess Obama fünf hochrangige Taliban-Kämpfer aus dem Gefangenenlager Guantánamo frei. Bergdahl bekannte sich später der Desertion schuldig und wurde unehrenhaft aus dem Dienst entlassen. Im Wahlkampf hatte Trump wiederholt den Deal verurteilt und Bergdahl als «dreckigen, verrotteten Verräter» bezeichnet.

Mit Brunsons Rückkehr steigt die Zahl der von Trump befreiten politischen Gefangenen auf neunzehn. Ein Sprecher des Weissen Hauses sagte dem *New Yorker* letztes Jahr, Trump habe dem «nationalen Sicherheitsteam klargemacht, dass die sichere Rückkehr unserer Bürger eine seiner höchsten Prioritäten ist». *Amy Holmes*

nahmen und das Vermögen Aramcos vorbei, womit transparent würde, auf wessen Kosten die Adligen des Wüstenreichs ihren luxuriösen Lebensstil finanzieren.

Saudi-Arabien hat unter MbS einen grossen Schritt nach vorne gemacht. «Wir sind im Umbruch», sagt der CEO eines grossen Industriekonzerns am Stadtrand der Sechs-Millionen-Stadt Riad, «und das erfordert immer Opfer und provoziert Widerstand.»

Während Minister und Chefbeamte bisher selbstherrlich entscheiden konnten, müssen sie jetzt regelmässig dem Kronprinzen über ihre Arbeit Rechenschaft ablegen. An der Spitze der Ministerien stehen nicht mehr ausschliesslich Angehörige der Königsfamilie, sondern auch Fachleute aus der Wirtschaft. So war der Finanzminister früher Rechtsanwalt und Experte auf dem Gebiet der Firmenübernahmen, und der Arbeitsminister war einst Chef einer grossen Handelskammer. «Die Technokraten sorgen für Effizienz», so der Industrielle.

Pläne gefährdet

Jetzt gefährden aber die Gerüchte um den Fall Khashoggi die Mega-Pläne von MbS. Das zentrale Vehikel zur Diversifizierung der öl-



«Effizienz»: Reform-Stimmung in Dschidda.

abhängigen Wirtschaft, die Future Investment Initiative (FII), die in der nächsten Woche ein zweites Mal stattfinden soll, muss wohl dieses Jahr mit deutlich weniger Wirtschafts- und Politprominenz rechnen als 2017. Zahlreiche und prominente Teilnehmer, die bereits zugesagt hatten, verzichteten auf das «Davos in der Wüste», so auch Credit-Suisse-Chef Tidjane Thiam, der am Dienstag seine Teilnahme abgesagt hat. Thiam war als Redner vorgesehen gewesen, die CS zudem als Sponsorin des Events.

Bei der Jugend, die den grössten Teil der Bevölkerung ausmacht, ist MbS zwar nach wie vor eine Kultfigur. Aber am Königshof würden die Urteilsfähigkeit und Kompetenz des Kronprinzen in Frage gestellt, schrieb im Sommer der Saudi-Arabien-Kenner Bruce Riedel von der Brookings Institution. Man werfe ihm «impulsive und waghalsige» Entscheide im

In- und im Ausland vor, die die Zukunft des Königreichs gefährden könnten. Sollte sich bestätigen, dass Khashoggi umgebracht wurde, hätten Kritiker von MbS ein weiteres Argument gegen ihn in der Hand.

Innerhalb der Familie, so die Gerüchte in Riad, baue sich Widerstand gegen MbS auf. Der Krieg im Jemen gegen die Huthis, die schiitischen Verbündeten des Iran, in dem laut Uno-Schätzungen bisher mindestens 10 000 Menschen getötet wurden und der den Jemen ins Elend gestürzt hat, wurde im Sommer von einem prominenten Prinzen als Fehler des designierten Thronfolgers gebrandmarkt. Sein Interview mit dem in London produzierten *Middle East Eye* machte in Saudi-Arabien schnell die Runde, weil er in dem Clip sagte, was sich sonst niemand traut.

Als Debakel des möglichen Thronfolgers gilt zudem die Blockade des Nachbarstaates Katar. Feinde schaffte er sich vor einem Jahr ebenfalls, als er mehrere Dutzend Prinzen und Milliardäre festnehmen liess, denen er im Schnellverfahren Korruption vorwarf. «Wenn ich die Macht habe und der König die Macht hat, gegen einflussreiche Leute vorzugehen, dann zeigt das, dass wir ausserordentlich stark sind», sagte MbS vor einigen Monaten in einem Interview mit dem TV-Sender CBS.

Vorübergehend bescheidener

Wiederholt sorgte MbS für Wirbel, der bloss Verwirrung stiftete. So liess er den libanesischen Premierminister Saad Hariri während dessen Visite in Riad vor laufender Kamera den Rücktritt als Premier seines Landes vorlesen und setzte ihn unter Hausarrest, bis Frankreichs Staatspräsident Emmanuel Macron mit einem Besuch die Freilassung erwirkte. Wieder in Beirut, zog Hariri seine Demission zurück.

Argwöhnisch registrierten Prinzen im Frühling auch die mehrwöchige Reise des Kronprinzen in den USA, wo er sich als Hightech-Förderer präsentierte und in den Medien noch charmanter auftrat als sonst. Weil das seine Neider auf den Plan rief, gab er sich nach seiner Rückkehr aus Kalifornien vorübergehend etwas bescheidener, wie ein Geschäftsmann aus Riad beobachtet hat.

Verlustreicher Krieg in Jemen, Neider am Königshof, brutales Vorgehen gegen Kritiker: Die Stabilität des Königreichs sei gefährdet, warnte Saudi-Kenner Riedel im Juni. Jetzt ist die Affäre Khashoggi hinzugekommen, die zu einem ernststen Konflikt mit den USA führen könnte, dem wichtigsten strategischen Partner der Saudis. Sollte MbS auch nach dieser Krise an der Macht bleiben, werde er die totale Kontrolle haben, sind politische Beobachter in Riad überzeugt. Andernfalls stehen dem Königreich, in dem seit Jahrzehnten stabile Verhältnisse herrschen, unruhige Zeiten bevor. ○



Islam

Scharia über alles

Saudi-Arabien richtet Kinder hin und kontert jede Kritik mit Verweis auf islamisches Gesetz. Die Idee universeller Menschenrechte lehnt das Königreich ab. Europäische Linke und Liberale drücken die Augen zu.
Von Kacem El Ghazzali

Kritiker des Uno-Menschenrats fragen sich, wie Saudi-Arabien, ein Land, das Frauen systematisch diskriminiert, politische Gegner des Terrors beschuldigt sowie Kinder und Abtrünnige des Islams hinrichtet, überhaupt zu einem Mitglied dieser Institution gewählt werden konnte. Doch die Wahl des erzkonservativen Königreichs sollte niemanden überraschen. Denn das höchste Gremium zum Schutz der universellen Menschenrechte wird seit Jahren von missbräuchlichen Regimes dominiert. Die Amerikaner traten diesen Frühling aus dem Rat aus, nachdem Nikki Haley, die US-Botschafterin bei der Uno, ihn als «Protektor der Menschenrechtsverletzer» bezeichnet hatte.

Die Gründe für die Präsenz solcher Staaten im Uno-Menschenratsrat sind vielschichtig. Sie lassen sich möglicherweise in der Hoffnung verorten, Unrechtsstaaten an die Kandare zu nehmen, indem man sie in die Verantwortung einbindet, allem voran wohl aber in machtpolitischen Kalkül. Wie aber schaffen es Staaten, die sich immer wieder Verstöße gegen grundlegende Menschenrechte zuschulden kommen lassen, sich gegenüber Kritik von Menschenrechtsorganisationen zu rechtfertigen?

Alles ist relativ

Saudi-Arabien hat nie zugegeben, dass seine Gesetze gegen Frauen sowie religiöse Minderheiten mit universellen Menschenrechten nicht vereinbar sind. Im Gegenteil: Das Land versteht diese als legitime Praktiken seiner Kultur und des islamischen Gesetzes. Als Saudi-Arabien vom Menschenratsrat aufgefordert wurde, die Todesstrafe für Kinder abzuschaffen, antwortete Bandar bin Mohammed, der Vorsitzende der saudischen Menschenrechtskommission, das Scharia-Gesetz stehe «über allen Konventionen, einschliesslich der Kinderrechtskonvention».

Diese Rechtfertigungsrhetorik, die das Königreich bei solchen Anschuldigungen immer wieder anwendet, mag zwar abstossend sein, sie ist allerdings nicht allzu weit von der politischen Realität Europas entfernt. Dies lässt sich besonders am Umgang mit kulturellen Praktiken von muslimischen Einwanderern beobachten. Die Taktik der Saudis basiert auf einer Ideologie, die paradoxerweise unter europäischen Liberalen, Linken und manchmal sogar Rechtskonservativen beliebt ist: dem Argument des kulturellen Relativismus. Es besagt, dass alle kulturellen



Todesstrafe für Abtrünnige.

und religiösen Praktiken eines Landes respektiert werden müssen, selbst wenn sie gegen die grundlegendsten Menschenrechte verstossen. Denn diese Praktiken sind Teil der Identität und des Selbstverständnisses dieses Landes.

Unter dem Vorwand, Multikulturalismus zu respektieren, kritisieren westliche Linke und Liberale bestimmte negative Aspekte von Einwandererkulturen nur zögerlich oder gar nicht. Indem sie die Religion der Fremden in Schutz nehmen glauben sie, deren Rechte zu verteidigen. Rechtskonservative Kulturrelativisten sehen das pragmatischer. Sie sagen: «Wir haben nichts gegen fremde, patriarchalische Kulturen, wir wollen sie einfach nicht in unserem Land.»

Die Verteidigung von «Einwandererrechten» verleitet dazu, sich auf offizielle Sprecher zu stützen. Diese Repräsentanten sind meist Imame, ethnische Aktivisten oder Vorsteher islamischer Vereinigungen, die von Politik und Mainstream-Medien als Vertreter ganzer kultureller Gruppen oder Religionen dargestellt werden. Bestes Beispiel hierfür ist die Zürcher Regierungsrätin Jacqueline Fehr, die im Dialog mit Muslimen auf Repräsentanten islamischer Organisationen setzt.

Dabei werden religiöse und kulturelle Symbole geschaffen, die nie kritisiert werden können: Eine Asylbewerberin, zum Beispiel, wird nicht als Individuum betrachtet, sondern als Schleier tragende Muslimin gelabelt. Der Schleier wird zum Symbol, das die Identität der Asylbewerberin repräsentiert, wodurch Kritik am Schleier als Angriff auf die Asylbewerberin gewertet wird. Und das wiederum wird schnell

als Rassismus und Islamophobie gebrandmarkt.

Verwirrend ist zudem, dass selbst Kritik an den menschenrechtswidrigen Praktiken des Islam zum Ausdruck der Islamophobie gerät und die Praktiken als kulturelle Eigenheiten verniedlicht werden. So wird etwa die weibliche Genitalverstümmelung in «Beschneidung» umbenannt, wie es vor kurzem die Frauenrechtsorganisation Terre des Femmes Schweiz tat, oder die Burka ihrer Bedeutung als Ausdruck einer repressiven Ideologie beraubt und auf ein Accessoire reduziert, wie es manche Aktivisten der Operation Libero auf Twitter posteten.

Diese Akzeptanz von Religion und Ethnizität als hauptsächliche und einzige Bestimmungsgrößen der Kultur des Mittleren Ostens und der naive Glaube daran, dass die Verteidigung dieser Kultur oder dieser Religion automatisch auch die Rechte des Individuums schützt, unterminiert die Rechte des Einzelnen auf Selbstbestimmung zugunsten einer autoritären religiösen Kollektividentität. Dieser Relativismus ist deshalb verheerend, weil er die Diversität, die Heterogenität und die internen Konflikte innerhalb der «Kultur» weder erkennt noch anerkennt. Muslime wie Flüchtlinge werden einzig als homogene Gruppe betrachtet.

Der syrische Autor und Flüchtling Sami al-Kayyal schrieb: «Glücklicherweise wurde die Sklaverei in islamischen Ländern unter europäischem Druck offiziell abgeschafft, bevor die Vorstellungen der regressiven Linken und des Liberalismus vom Multikulturalismus auftraten. Ansonsten würde der Aufruf zur Abschaffung der Sklaverei heute als kolonialistische Intervention in die kulturelle Struktur der Muslime und als Verstoß gegen die Religionsfreiheit gesehen.»

Die Hinrichtung von Menschen, die die Religion wechseln, ist noch nicht abgeschafft, und im Uno-Menschenratsrat sitzen zwölf muslimische Länder, die die Forderung einer Abschaffung der Todesstrafe für Abtrünnige als Verstoß gegen ihre kulturellen Rechte, ihre Religionsfreiheit und ihre Selbstbestimmung sehen. Sollte Sami al-Kayyal tatsächlich Recht behalten?

Der Schriftsteller Kacem El Ghazzali stammt aus Marokko und lebt in Zürich, wo er inzwischen eingebürgert ist. Er ist Repräsentant der International Humanist and Ethical Union am Uno-Menschenratsrat in Genf.

«Unsere Weltanschauung ist anders»

Was Freiheit bedeute, sei Interpretationssache, sagt der ungarische Justizminister László Trócsányi. Das Disziplinarverfahren der EU gegen sein Land kritisiert er scharf. Ungarn werde in den nächsten Tagen vor dem Europäischen Gerichtshof dagegen klagen. *Von Boris Kálnoky*

Herr Minister, das EU-Parlament hat für den Sargentini-Bericht gestimmt. Gegen Ungarn soll ein sogenanntes Artikel-7-Verfahren beginnen, gegen Polen läuft bereits eines. Beide Länder könnten ihr Stimmrecht im EU-Rat verlieren. Sind Ungarn und Polen eine Gefahr für Europa?

Die Geschichte der Artikel-7-Verfahren ist keine Erfolgsgeschichte, sondern eine Geschichte der Spaltung und Schwächung Europas. Darin liegt die eigentliche Gefahr.

Ihre Kritiker sagen, Sie würden die europäischen Werte schwächen.

Unsere Weltanschauung ist anders, wir betonen die Kohäsion der Gesellschaft, unsere historischen Wurzeln, unsere Kultur und nationale Identität. Ungarn vertritt damit Werte, die in Ostmitteleuropa wichtig sind, im Westen aber an Bedeutung verloren haben. Dort wird – als Folge der Werterevolution der 68er Bewegung – das Individuum vergöttlicht. Wir hingegen stellen mit unserer neuen Verfassung von 2011 das Gemeinwesen in den Vordergrund, unsere kollektive Identität: Wer sind wir, woher kommen wir, wohin wollen wir gehen? Was hält uns zusammen? Es geht um das geistige Fundament der Nation. Das hat in Europa eine riesige Diskussion ausgelöst. Wir Ungarn benutzen die gleichen Worte wie die anderen Europäer, aber sie bedeuten bei uns nicht dasselbe.

Wo zum Beispiel?

Nehmen wir «Gleichheit». Im Westen wird daraus das Recht aller auf die Ehe abgeleitet, bei uns gilt die Ehe nur für Mann und Frau. Freilich gewährleistet Ungarn die eingetragene Partnerschaft für gleichgeschlechtliche Paare. Oder «Freiheit»: Im Westen gilt die Freiheit des Individuums grenzenlos, wir aber glauben, dass Freiheit mit Verantwortung einhergeht. Die Unterschiede in der



«Spaltung und Schwächung Europas»: Justizminister Trócsányi.

Interpretation sind teilweise so gross, dass wir manchmal sagen müssen: Da werden wir uns nicht einigen können. Und wir müssen uns gar nicht einigen, sondern lernen, die Meinung der anderen zu respektieren. Wenn eine Ideologie den anderen die eigene Sicht aufzwingt, ist das geistiger Totalitarismus.

Das, was Sie als westliche Werte beschreiben, ist letztlich das Konzept der offenen Gesellschaft. Ist die so schlecht?

Dieses Konzept erhebt das Individuum über alles. Dazu gehört auch der Multikul-

turalismus und das Prinzip des Weltbürgers als einzig guten Bürgers. Wer das will, soll dem folgen – aber nicht von uns fordern, auch so zu werden.

Wenn Sie keine offene Gesellschaft wollen, was dann?

Wir haben eine homogenere Gesellschaft, die andere Werte betont: Gemeinwesen, kollektive Identität und Verantwortungsbewusstsein. Die offene Gesellschaft stellt das Individuum über alles und ist daher identitätslos. Dieses Ideal wird auch von gewissen internationalen NGOs verbreitet, die sich als ideologische Missionare gebärden. Wenn unsere Regierung sich gegen dieses Prinzip stellt, gerät sie daher auch in Konflikt mit diesen NGOs. Das sind politische Akteure, die unter dem Stichwort der Partizipation Einfluss wollen, aber ohne Verantwortung vor den Bürgern. All diese kumulierten Debatten haben zum Sargentini-Bericht geführt. Da wird der Begriff des Rechtsstaats politisiert, und EU-Regierungen wie Polen und Ungarn werden auf die Anklagebank gesetzt. Da werden Fragen ideologisiert, die man im Dialog lösen müsste. Der findet aber nicht statt.

Geht es nur um Ideologie – oder auch um die Macht in Europa?

Natürlich auch um Macht. Viele wollen ein neues Zentrum mit Macron und Merkel. Eine

Art neues Frankenreich, mit Deutschland und Frankreich in der Mitte und den Briten aussen vor. Darum wird es bei der Europaparlamentswahl vom Mai 2019 gehen: In welchem Europa wollen wir leben? In einem zentralisierten Europa, das Ähnlichkeiten aufweist mit dem Frankenreich unter Karl dem Grossen? Welche Stellung soll Ostmitteleuropa darin haben? Stillhalten und abnicken, was im Zentrum entschieden wird? Als wir der EU beitraten, hatte die Idee der Gleichheit der Mitgliedstaaten mehr Gewicht. Jetzt werden Begriffe wie «Ostmittel-

europa» und «Visegrád-Länder» stets negativ konnotiert.

Der Sargentini-Bericht sieht nicht Interpretationen als Problem, sondern erwähnt konkrete Probleme – etwa, dass Ungarns Justizsystem nicht unabhängig sei.

Das sind oberflächliche Pauschalurteile. Die Bewertung des Verfassungsgerichtes ist lächerlich. Das ist ein sehr ernstzunehmendes Gremium, das oft genug Gesetze kassiert. Selbst die Venedig-Kommission bescheinigt, dass es den rechtsstaatlichen Anforderungen entspricht. Alle offenen Fragen zum Justizsystem haben wir bis 2014 mit der EU gelöst. Jetzt wird das alles plötzlich wieder aufgegriffen.

Ihre Regierung hat die Wertung der Stimmen bei der Abstimmung zum Sargentini-Bericht «regelwidrig» genannt. Werden Sie vor dem Europäischen Gerichtshof dagegen klagen?

Wir werden unsere Klage Mitte Oktober einreichen. Wären die Enthaltungen mitgezählt worden, wäre die erforderliche Zweidrittelmehrheit nicht erreicht worden. Wenn ich mich enthalten will, kann ich abwesend sein – und werde dann nicht mitgerechnet. Aber eine abgegebene Stimme, auch eine «Enthaltung», ist eine Stimme, die mitgezählt werden muss. Die Regeln des Europaparlaments schweigen dazu.

Ein Grund, warum auch viele Abgeordnete der Europäischen Volkspartei für den Sargentini-Bericht stimmten, ist Ungarns Vorgehen gegen die private Central European University (CEU) in Budapest. Was ist das Problem?

Die CEU übt ihren Lehrbetrieb ohne Einschränkung aus und ist in keinerlei Gefahr. Wir hatten moniert, dass hier eine ungarisch-amerikanische Universität neben ungarischen auch amerikanische Diplome vergibt, aber in Amerika gar nicht existiert.

Inzwischen wurde dieser Forderung doch entsprochen, dank einer Vereinbarung der CEU mit dem Bard College in New York.

Es bedarf einer Tatsachenprüfung, ob dort auch wirklich Kurse der CEU angeboten werden. Das braucht eine gewisse Zeit.

Haben die Länder der Region als «junge Demokratien» Aufholbedarf gegenüber dem Westen?

Es ist inakzeptabel, uns «neue Demokratien» zu nennen, als ob wir Nachhilfebedarf hätten. Übrigens werden in den «alten Demokratien» Einschränkungen akzeptiert, die bei uns als Gefährdung der Rechtsstaatlichkeit wahrgenommen werden. Vor allem vertreten wir eine liberalere Ansicht bezüglich der Redefreiheit. Im Westen wird sie mit rechtlichen Mitteln eingeschränkt. Ein gutes, aktuelles Beispiel ist die Zensur von Facebook. ○



Brief aus ...

Reykjavík



«Áfram Ísland!!!»

Auf der Frontseite von *Fréttablaðið* prangt der isländische Goalie, der ins Leere starrt, und die blonde Nummer 18 mit hängendem Haupt. Unkonzentriert hätten sie gespielt und jetzt seien sie relegiert. «Kopf hoch», sage ich, «es war doch ein schönes Spiel.» Wir hatten gute Plätze oben auf der Haupttribüne, ganz nahe beim Glasgehäuse, aus dem Salzgeber das Feld überschaut wie ein Feldherr. Erste Halbzeit gefälliges Geplätscher, dann echt spannend. Ich wollte es gar nicht glauben, als meine Frau sagte, wir seien in der 87. Minute. Schon wurde die Nachspielzeit angekündigt. Die Tore waren alle drei sehenswert. Und unser neuer Goalie, der Schwarze mit M: Weltklasse.

Wir sassen natürlich mitten unter Isländern. Das brachiale «Wu-Wu-Wu»-Urge-schrei ist passé, aber zweimal ist das ganze Stadion doch aufgestanden und hat gewut. Meine Frau ebenfalls – und zwar laut. Ich konnte auch nicht anders, hob aber die Arme weniger hoch als sie. Die Anna ist eine gute Schweizerin, verfehlt kaum eine Abstimmung – wir füllen die Zettel beim Frühstück gemeinsam aus und ich schreibe fast immer, was sie sagt. Nicht bei Wahlen. Sie zahlt die Steuern und behauptet, sie tue es gerne. Auch wenn sie den Pass seit dreissig Jahren

hat, bleibt sie «Papierlischweizerin», kann keinen Dialekt, nur Annadeutsch. Aber sie liebt die Schweiz, mindestens so sehr wie ich, und sie liebt Zürich, mehr noch als ich. Ich bin Berner.

«Den Ball ins Tor!», hat sie auf Isländisch mit den andern geschrien, als die Blauen am Schluss gefährlich drückten. «Jöö, der Arme», hat sie gespottet, als Shaqiri nach seinem *Ambodenrugeln* ein paar Schritte humpelte. Das ist eben so mit den Schweizern mit fremden Wurzeln. Wenn bei Xhaka der innere Albaner zum Vorschein kommt, meldet sich bei Anna die innere Isländerin. Sie macht zwar keinen Doppeladler, aber sie ruft «Áfram Ísland!!!»

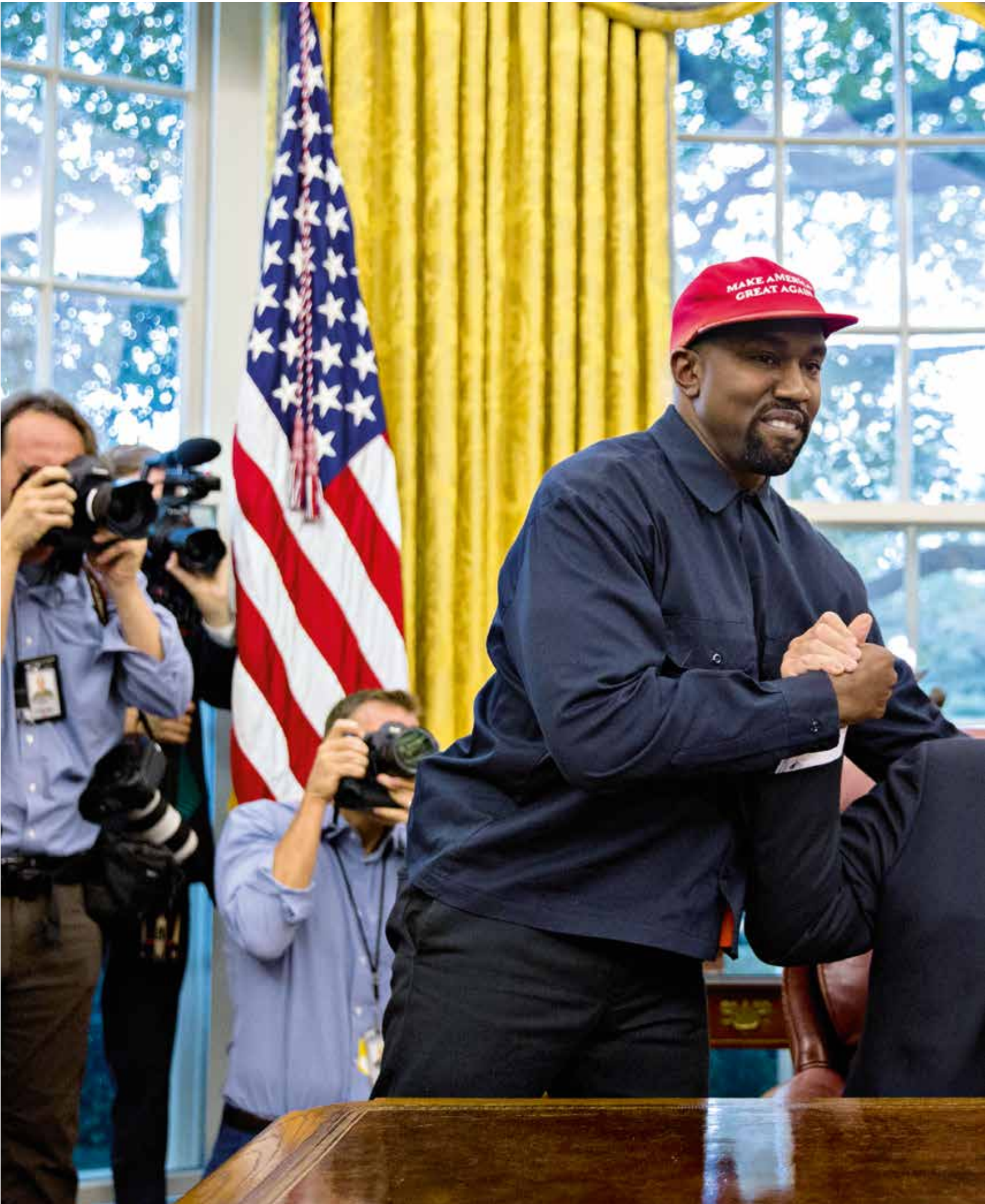
Das Spiel fand an unserem Hochzeitstag statt, am 15. Oktober. Der dreissigste war es. Gefeiert haben wir ihn mit einer Autofahrt nach Thingvellir, dem isländischen Rütli, das zusammen mit dem Geysir und dem grossen Wasserfall, dem Sowieso-Foss, für jeden Touristen ein Muss ist. Bei Thingvellir trennen sich geologisch der europäische und der amerikanische Kontinent. Im niedlichen Kirchlein von Thingvellir – weiss, grüne Läden – haben wir uns vor dreissig Jahren das Jawort gegeben, Anna und ich. Damals donnerte und stürmte es, das Dach krachte im Trommeltakt zum Spiel der Violinistin, meiner künftigen Schwägerin Rut. Jetzt war es ruhig, zwischendurch schien die Sonne. Die Wolken führten ihr Lichtschauspiel auf. Die Landschaft *fifty shades of brown*. Für den Maler ein Traum. Ich bin nicht Maler.

Jetzt war das Gotteshaus geschlossen. Durch die Fenster sahen wir die polierten Holzbänke. Schmuck. Dann stellten wir uns vor dem Kirchlein (17. Jahrhundert) zum Porträt auf. Ein Finne knipste. Auf dem Bild ein trautes Paar, der Mann, schlohweiss, in die Jahre gekommen.

Auf der Rückfahrt ein Umweg nach Laugarvatn. Dort ins luxuriöse Heisswasserbad, in dem man von einem Becken wohligh ins nächste schliddert – jedes unterschiedlich warm, von 42 bis 44 Grad. Dann Sauna mit anschliessendem Sekundenbad im acht Grad kalten See. Das Ganze eine Wonne für den Körper und eine Augenweide. Aus den Becken sieht man die grosse Weite, die Sonnenstrahlen, die den Regen glitzern lassen.

Höhepunkt der Fahrt war ein Zwischenstopp bei einem Markt mit Schnellimbissbude. Dort gibt's *pylsa*, die isländische Lammfleischversion des Hot Dogs. Zubereitet mit rohen und gerösteten Zwiebeln, Senf und Ketchup. Macht natürlich dick. Ist aber unwiderstehlich lecker.

Hanspeter Born



«When they go low, we go high»: Superstar Kanye West, Präsident Donald Trump.



Ikone der Woche

Hurrikanye

Von Urs Gehriger

Sie hatten es kommen sehen. Als Hurrikan Kanye auf das Weisse Haus zusteuerte, gab der mediale Mainstream Sturmwarnung Kategorie 5 aus. Kaum im West Wing eingetroffen, wirbelte der Rapper-Star in voller Orkanstärke. Er klagte über schwarze Gewalt, beklundete seine Sehnsucht nach einer Vaterfigur und empfahl Trump, er solle seine Air Force One durch ein mit Wasserstoff betriebenes Superflugzeug ersetzen. Was die linke Community völlig aus den Fugen hob, war Kanyes Wests Lobpreisung des Präsidenten. Bewehrt mit roter Trump-Mütze – «Wenn ich sie aufsetze, fühle ich mich wie Superman» –, breitete er sein Herz wie auf einer Juwelierauslage aus. Als er schliesslich direkt auf Trump zusteuerte und dem Präsidenten – «Ich liebe diesen Typen hier» – einen gewaltigen *bear hug* verpasste, war die Katastrophe komplett.

«Das war ein Blitzkrieg plappernder Ignoranz», wütete man in den TV-Studios. «Kanyes Mutter dreht sich in ihrem Grab um.» Etwas leiseren Stimmen dämmerte derweil: «Es ist sonnenklar, dass er fühlt, was er sagt.» Im pani-

Das Tolle an Trump und seinen Fans ist: Sie bringen ihre Feinde an den Punkt, wo sie ihre Maske fallen lassen.

schen Versuch, den Schaden so kurz vor den Zwischenwahlen zu begrenzen, qualifizierte man Kanye kurzerhand als «Trottel» ab.

Das Tolle an Trump und seinen Fans wie Kanye ist: Sie bringen ihre Feinde an den Punkt, wo sie ihre Maske fallen lassen. «Du kannst nicht zivilisiert bleiben gegenüber einer politischen Partei, die alles zerstören will, wofür wir stehen», erklärte Hillary Clinton auf CNN.

Wie zivilisiert Amerika doch war, als noch die Obamas regierten. Als First Lady Michelle vor applaudierenden Filmstars Hollywood-Grüsel Harvey Weinstein als «wunderbaren Menschen und guten Freund» im Weissen Haus begrüßte. Dieselbe First Lady, die im Wahlkampf gegen Trump lächelnd proklamierte: «When they go low, we go high» – «Wenn die anderen sich nicht benehmen können, antworten wir mit Anstand und Stil.»

Wohlfeile Worte sind wie Blätter. Kommt der (Wahl-)Herbst, verweht sie der Wind. Selbst Michelles Bonmot ist Kompost. «When they go low, we kick them», gibt Eric Holder die neue Tretordnung aus. Rums! Treffender als Obamas Justizminister, der als Präsidentschaftskandidat 2020 gehandelt wird, bringt keiner die Heuchelei des Anti-Trump-Mainstreams auf den Punkt.

Karl Lagerfelds Muse

Wie meine Stiefschwester Amanda, Lady Harlech, zu einer der einflussreichsten Figuren in der Welt der Haute Couture aufgestiegen ist. Und warum sie im goldenen Käfig der Modewelt nicht zu verwelken scheint. Von *Nicholas Farrell*

Als Lucy Birley, das aristokratische Model und die Ex-Ehefrau von Bryan Ferry, dem Mitbegründer von Roxy Music, vor einigen Wochen im Alter von achtundfünfzig Jahren an «Depressionen» starb, wie in der Presse gemunkelt wurde, musste ich an Amanda denken. Anders als ihre Freundin Lucy und so viele High-Society-Fashionistas ist sie im goldenen Käfig der Modewelt nicht untergegangen, sondern hat erfolgreich Karriere gemacht.

Meine Stiefschwester Amanda, die zu ihrem grossen Leidwesen meist als «Muse» von Karl Lagerfeld bezeichnet wird, habe ich zuletzt bei der Trauerfeier für ihre Mutter Anne gesehen, drei Monate nach dem Brexit-Referendum 2016. Amanda, eine der einflussreichsten Personen in der Welt der Haute Couture, vergoss keine Träne, als der Sarg mit ihrer 83-jährigen Mutter langsam hinter dem Samtvorhang verschwand und dann eingeäschert wurde. Später, beim Leichenschmaus in unserem Haus, lief sie sofort zum Swimmingpool, legte ihre schwarzen Sachen ab und sprang ins Wasser. Dann war sie schon wieder verschwunden. Wie immer.

Sein zweites Paar Augen

Amanda, Lady Harlech (geborene Grieve) – dem Namen nach dürfte sie Ihnen kein Begriff sein. Von ihr geht aber eine solche Ausstrahlung aus, dass Modezar Lagerfeld sie im Jahr 1996 als seine Assistentin in das legendäre Haus Chanel holte und die Kosten einer permanenten Suite im «Ritz» für sie übernahm. Das war Teil des Deals. Als das «Ritz» zwischen 2012 und 2016 wegen Renovierung schliessen musste, zog sie mit all ihren kostbaren Kleidern in das «Meurice» an der Rue de Rivoli um, das meines Wissens bis heute ihr Quartier ist.

Amanda kennt jeden, der in der verrückten Modewelt Rang und Namen hat. Und jeder hört ihr zu.

Ich kann mir das wirklich nicht erklären, stehe damit aber nicht allein.

Wie die britische *Vogue* im März 2014 schrieb: «Es ist nicht ganz klar, welchen Job Harlech bei Lagerfeld genau hat. In einem Interview mit der *Financial Times* hat sie eine Erklärung versucht: «Ich würde sagen, dass ich mich gut in andere hineinversetzen kann. Ich bin ziemlich gut darin, zu verstehen, was jemand sagen will. Mode heisst, eine Idee zu artikulieren, einen Vorschlag zu machen, was man tragen kann. Wer ist diese Frau in Karls Vorstellung?

Oder diese Erscheinung? Oder diese Idee? Das fasziniert mich.»

Sie ist, um Lagerfeld zu zitieren, sein «zweites Paar Augen» beziehungsweise, um den technischen Begriff zu verwenden, seine Kreativberaterin. Meines Wissens hat er in der Öffentlichkeit noch nie andere Dinge über sie gesagt.

Mich erinnert das an den Song «I'll Be Your Mirror», den Nico im Jahr 1967 mit Velvet Underground aufgenommen hat. Er beginnt so:

*I'll be your mirror
Reflect what you are, in case you don't know
I'll be the wind, the rain and the sunset
The light on your door to show that you're home*

(Ich werd' dein Spiegel sein
Zeigen, was du bist, falls du's nicht weisst
Ich werd' der Wind sein, der Regen und
der Sonnenuntergang
Das Licht an deiner Tür, das anzeigt,
dass du zu Hause bist)

Und der Refrain geht so:

Please put down your hands 'Cause I see you

Amanda, die in diesem Jahr sechzig wird (auch wenn es bei Wikipedia heisst, sie sei 1959 geboren), jettet unablässig in der Welt herum, wie ich feststellen kann, wenn ich sie gelegentlich google.

Im Januar beispielsweise weilte sie, wie die *South China Morning Post* berichtete, in Hongkong zur Coco-Chanel-Ausstellung «Mademoiselle Privé», die zuvor in London und in

«Ich werde später mal einen Lord heiraten», sagte sie oft. Und so kam es dann auch ...

Seoul gezeigt worden war. «Dezent geschminkt, das pechschwarze Haar hochgesteckt, strahlt Chancels Kreativberaterin die Eleganz der englischen Upperclass aus», schrieb die Zeitung, als ginge es um eine Angehörige des Königshauses. «Aber da ist diese berühmte, geradezu punkige Respektlosigkeit in ihrer ganzen Erscheinung, die flachen Stiefel, das weisse Tweed-Biker-Jacket (natürlich Chanel) und der spöttische Ausdruck in ihren Augen.»

Und im Dezember 2017 war sie in Karl Lagerfelds Geburtsstadt Hamburg, wo er in der Elb-

philharmonie seine «Métiers d'Art»-Show präsentierte. Das Online-Magazin *Hey Woman!* bezeichnete Amanda als «eine lebende Legende, die in der Öffentlichkeit jedoch eher unbekannt ist».

Ihre Mutter Anne machte mich in unserem Haus einmal auf eine berühmte Zeitschrift aufmerksam, die, wenn ich mich recht erinnere, Amanda als eine der dreissig oder vierzig schönsten Frauen der Welt bezeichnete. 1997 wurde Amanda von *Vanity Fair* in die renommierte Liste der bestgekleideten Personen der Welt aufgenommen. Den alljährlichen Met-Ball in New York, die «Oscar-Verleihung der Ostküste», bei der nicht Filme, sondern Mode gefeiert wird, lässt sie nur selten aus.

Lustig finde ich, dass sie bei Google auf 209 000 Treffer kommt, während ich es auf 539 000 Treffer bringe (muss ein Versehen sein). Wer bin ich schon im Vergleich zu ihr! Die Erklärung dürfte darin zu suchen sein, dass sie gern in der Nähe der Scheinwerfer ist, das Rampenlicht selbst aber scheut. Sie will Macht, aber nicht den Thron. Der Thron macht ihr Angst.

Schwäche für Kunst, Ballett, Literatur

Ihre Mutter Anne heiratete meinen Vater Tom Farrell, einen Zahnarzt, als Amanda und ich noch zur Schule gingen. Wir waren gleich alt und besuchten teure Internate – sie ging auf das Marlborough College in Wiltshire, ich auf das King's in Canterbury. Anschliessend studierten wir, sie Englisch am Somerville College in Oxford, ich Geschichte am Gonville and Caius in Cambridge.

Amanda hatte eine Schwäche für Kunst, Ballett und Literatur. Ihre Familie gehörte zwar nicht zur Aristokratie, war aber viel vornehmer als meine. Ihr Vater, Alan Grieve, war ein renommierter Londoner Anwalt, der 1977 die Jerwood Foundation ins Leben rief, die mit ihrem Vermögen von 90 Millionen Pfund die Künste fördert.

Mein Vater dagegen kam aus einer bettelarmen Familie, aber irgendwie schaffte er den Aufstieg und gelangte zu Wohlstand und Ansehen.

Schon bald zeigte sich, dass Amanda, genau wie ihr Vater, extrem ehrgeizig war. «Ich werde später mal einen Lord heiraten», sagte sie oft. Und so kam es dann auch ...

Mein Vater und ihre Mutter kauften ein schönes altes Cottage in den South Downs, unweit von Churchills Landsitz Chartwell in



Sie will Macht, aber nicht den Thron: Society-Lady Amanda, Lady Harlech.

Kent, aber dummerweise lag das Haus in der Grafschaft Surrey, knapp jenseits der Grenze. Während Kent für Mächtigen-Aristokraten völlig okay ist, gilt Surrey wegen seines Spitznamens «the stockbroker belt» und der bedauernden Leute, die tagtäglich nach London zur Arbeit fahren müssen, als ordinär.

Wenn Amanda ihrer Mutter mit einem kostbaren Füllfederhalter Briefe schrieb, die sie mit kleinen Figuren illustrierte und mit unmöglich zu entschlüsselnden Metaphern, brachte sie es nicht fertig, «Surrey» auf den Briefumschlag zu schreiben. Auf ihren Couverts stand stets «Kent».

Natürlich verknallte ich mich sofort in sie. Aber sie interessierte sich nicht für mich, wie ich jahrelang glaubte.

«Sie raucht Gauloises»

Ja, sie war attraktiv, aber nicht umwerfend schön, wie oft behauptet wurde. Ihr Gesicht mit den mandelförmigen Augen und den hohen Wangenknochen erinnerte an eine chinesische Maske, und ihr Lächeln war unwiderstehlich. Aber sie hatte eine knabenhafte Figur, ass kaum etwas und war spindeldürr.

Und natürlich war sie hochintelligent und künstlerisch ambitioniert. Und in ihrem schmalen Körper und hinter ihrem seidenweichen Lächeln verbarg sich ein eiserner Wille.

Aber sie verfügt über eine ganz besondere Gabe, die sie, davon bin ich überzeugt, in der schnelllebigen und kapriziösen Modewelt nach ganz oben katapultiert hat: Sie kann zuhören. Sie vermittelt einem das Gefühl, dass man der wichtigste Mensch auf der Welt ist, und reagiert mit Ideen und Beobachtungen, die dem, was man gerade gesagt hat, zusätzliches Gewicht geben. In ihrer Gegenwart glaubt man sofort, dass die eigene kleine Welt, um Hermann Hesses «Steppenwolf» zu paraphrasieren, sich nicht um Belanglosigkeiten, sondern um die Sterne dreht und im Kern etwas Nobles ist.

Stundenlang haben wir über alles Mögliche geredet, vor allem über unsere Eltern und ihre Scheidung. Zu Weihnachten schenkte sie mir einmal eine Platte von Roxy Music – «Stranded».

Wir haben uns kaum noch gesehen nach jenem Sommer, als ich als Siebzehnjähriger in Begleitung einiger Schulfreunde in der Villa ihres Vaters oberhalb von Dénia an der Costa Blanca meine Zelte aufschlug.

Sie war mit Freundinnen dort, die Violine und Flöte spielten, Gedichte von Lord Byron oder Romane von Henry James lasen. Meine Freunde und ich machten auf Clint Eastwood in «Zwei glorreiche Halunken» – mit Poncho und Zigarre, aber ohne Waffen und vor allem ohne Gitarre. Das Einzige, was uns mit Eastwood verband, war, dass wir dasassen und schwiegen.

Es war ein Zusammenstoß zweier Kulturen. Glaubte ich jedenfalls. Auch wenn es das nicht



«Ich fand dich toll damals»: Autor Farrell (vorne links), Amanda (ganz rechts), 1973 in London.



«Wie ein König»: mit Modeschöpfer Lagerfeld, 2010 in New York.

war. Keineswegs. Wie Amanda bald demonstrieren sollte.

Inzwischen hatten wir beide mit dem Rauchen angefangen. Ihre Mutter Anne, meine Stiefmutter, die am liebsten alles, selbst das Leben, in Frischhaltefolie gepackt hätte, konnte Zigarettenrauch absolut nicht aushalten. Amanda durfte in ihrem Haus jedoch rauchen. «Sie raucht Gauloises», rief Anne, «nicht Marlboro wie du, dieses billige Zeug.»

Nach dem Studium arbeitete Amanda zunächst bei *Harpers & Queen*, aber 1984 lernte sie den brillanten jungen Modedesigner John Galliano kennen, der gerade sein Studium am Londoner Central Saint Martins College of Arts and Design absolviert hatte und dessen Abschlussarbeit – «Les Incroyables» – von der Französischen Revolution inspiriert und der Beginn seiner und Amandas märchenhafter Karriere war.

«Wir sassen da und tranken Tee, während es draussen langsam dunkel wurde und der Himmel ein tiefes Blau annahm», erinnerte sie sich 2012 in einem Interview mit dem *Independent*. «Es dürfte ein Uhr morgens gewesen sein, als wir fertig waren. Er zeigte mir seine Zeichnungen, seine Gemälde und seine Stoffschnipsel, seine Story. Plötzlich merkte ich, dass da jemand war, der dieselbe Sprache sprach wie ich. Und ich dachte: «Ich werde ihn nicht gehen lassen, ohne ihn kann ich unmöglich leben», denn er elektrisierte alles in mir. Das war der Stoff, von dem ich geträumt hatte.»

Die beiden wurden unzertrennlich, arbeiteten von nun an zusammen, von der ersten Skizze bis zum fertigen Produkt. Amanda war viel mehr als Gallianos Muse. Sie war ein zentrales Rädchen in seiner Maschine.

Es brauchte nur ein «Hallo»

1986 heiratete sie dann – in Venedig, wo sonst? – ihren Lord: Francis Ormsby-Gore, 6. Baron Harlech, zweiter Sohn des ehemaligen britischen Botschafters in den USA, der sich nach dem Attentat auf Präsident J.F. Kennedy in Jackie Kennedy verliebt hatte, gegen Aristoteles Onassis aber keine Chance hatte.

Sie lebten in einem der Häuser dieser berühmten Familie in Shropshire, unweit der walisischen Grenze, und hatten zwei Kinder. Er sah aus und trat auf wie ein Zigeuner, trug immer ein Messer in seinem rechten Stiefel. «Wie konnte ich ihm widerstehen?», fragte sie mich einmal. «Er war der leibhaftige Heathcliff aus «Wuthering Heights».»

Doch die Ehe stand unter keinem guten Stern.

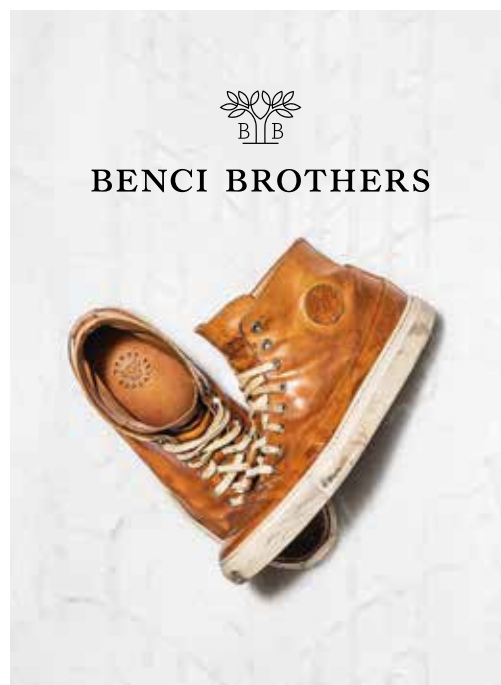
Lord Harlech, der nie arbeitete und den Titel geerbt hatte, nachdem sein heroinabhängiger älterer Bruder sich 1974 erschossen hatte, war wegen der enormen Erbschaftssteuern auf den Familienbesitz immer knapp bei Kasse. «Frank», wie er überall hiess, trank und nahm Drogen und hatte oft Ärger mit der Polizei.

Ernsthafte Eheprobleme gab es 1996, als Galliano von Dior, wo er und Amanda arbeiteten, als Chefdesigner zu Givenchy ging. Sie erzählte mir, dass er ihr eine lachhafte Summe angeboten habe, wenn sie ihm folge. Sie fühlte sich verraten, benutzt wie ein Fussabtreter.

Als ihre Tochter Tallulah, die das Cheltenham Ladies' College besuchte und heute eine Schauspielerin ist, etwa acht Jahre alt war, fragte sie ihre Mutter, warum eine andere Frau im elterlichen Ehebett schlafe, während Amanda wegen ihrer Arbeit ausser Haus war, was oft vorkam. «Wegen der Kinder durfte ich mir nichts anmerken lassen», erzählte sie mir mit klinischer Präzision.

1998 kam es schliesslich zur Scheidung, weshalb sie fortan nicht mehr Lady Harlech war, sondern nur noch Amanda, Lady Harlech.

In jenem traumatischen Jahr 1996 begegnete sie durch Zufall Karl Lagerfeld auf einer Party in seinem Haus in der Rue de l'Université in



Paris. «Da war er, der Modeschöpfer, den ich von Fotos kannte, Sonnenbrille, Fächer in der Hand, das Haar zu einem Pferdeschwanz nach hinten gebunden, wie ein König inmitten seiner Freunde. Ausser einem «Hallo» haben wir kein Wort gewechselt», erinnerte sich Amanda im Februar dieses Jahres in einem Interview mit dem Modemagazin *Grazia*.

Aber mehr als dieses «Hallo» brauchte es auch nicht. Auf Elton Johns Geburtstagsparty, zu der sie eingeladen war, sahen sie sich bald darauf wieder.

«Er bezahlte mir einen Flug nach Paris, brachte mich im «Ritz» unter – in einem solchen Hotel war ich noch nie abgestiegen –, und irgendwie war ihm zu Ohren gekommen (Karl hört nämlich alles), dass ich bei Dior Probleme hatte.» Er bot ihr auf der Stelle einen Vertrag an und sagte: «Dior soll ein besseres

Angebot machen!» Dort lachte man sie aus. Amanda rief ihre Freundin Anna Wintour an, die Herausgeberin der *US-Vogue*, die ihr, wie sie sagte, den besten Rat gab, den sie je bekommen hat. «Amanda, sei zum ersten Mal in deinem Leben professionell!» Hatte Galliano Verständnis? «Ich würde mich freuen, wenn er es irgendwann versteht», sagte sie in dem Interview mit *Grazia*.

Sie arbeitet seitdem für Lagerfeld, sie sind Freunde geworden. Und wenn sie nicht in Paris ist, verbringt sie ihre Zeit auf einer Farm in Shropshire, wo sie Pferde und Windhunde hat und auf Fuchsjagd geht (Lucy Birley war dort ihre Nachbarin).

Lord «Frank» Harlech starb jung, mit einundsechzig Jahren, im Februar 2016, im selben Jahr wie Amandas Mutter, Resultat seiner Trinkerei und des jahrelangen Drogenmissbrauchs. Amandas Sohn Jasset, heute zweiunddreissig, der in Eton zur Schule ging, ist der neue Lord Harlech.

Galliano, der meines Wissens nie anerkannt hat, wie sehr Amanda zu seinem Erfolg beigetragen hat, sorgte 2015 mit antisemitischen Äusserungen in der Bar «La Perle» im Pariser Marais für einen Skandal. Dior warf ihn raus, in der Folge wurde er angeklagt und verurteilt (Antisemitismus ist in Frankreich ein strafbares Delikt). Seinen Kultstatus hat er nicht mehr wiedererlangt, auch wenn er seinen Auftritt inzwischen bereut hat.

Ach ja, beinahe hätte ich es vergessen: Amanda soll seit etwa zehn Jahren die Freundin von Oscar-Preisträger Ralph Fiennes sein, der in den Harry-Potter-Filmen Lord Voldemort (wen sonst?) spielte.

Auf der griechischen Insel Ithaka, wo Penelope jahrelang auf die Heimkehr ihres Mannes Odysseus wartete, hatte ich 2009 das letzte längere Gespräch mit meiner Stiefschwester. Ich war mit meiner italienischen Frau und unseren vier Kindern (inzwischen sind es sechs) auf der Insel, und von meinem Vater erfuhr ich, dass Amanda ebenfalls dort war.

Zufall, Schicksal, göttliche Fügung? Wie auch immer, Ithaka war in jenem Jahr bei Fashionistas gerade angesagt, wovon ich natürlich nichts wusste.

Wir sahen uns ein paarmal und sprachen lange miteinander.

«Übrigens, ich fand dich toll damals», sagte sie irgendwann. «Ich habe meine Mutter sogar gefragt, ob Stiefgeschwister etwas miteinander anfangen dürfen.»

«Wär schön, wenn wir uns öfter sehen», sagte ich. «Ich weiss, wo ich dich finde», sagte sie.

Und schon war sie verschwunden, wie gehabt.

Aus dem Englischen von Matthias Fienbork

Liebe und deren Widerruf

Heiter und bitterböse: Büchner-Preisträger Arnold Stadler ist ein Spezialist in der Beobachtung zwischenmenschlicher Beziehungen und missglückter Ehen. *Von Pia Reinacher*

Was ist Glück? Nachher weiss man es.» Mit diesem zwiespältigen Aphorismus beginnt Arnold Stadlers Grossroman «Rauschzeit» über die Leidenschaft und ihr Verfalldatum. Schon Martin Walser bescheinigte dem späteren Georg-Büchner-Preisträger, dass es ihm gelinge, mit einem einzigen Satz eine ganze Existenzdimension abzubilden. Die Frage nach dem Glück und der Vergänglichkeit katapultiert den Leser mitten in diese 550 Seiten starke furiose Suche nach der entschwundenen Liebe. Es geht um das verblasste Ehe-, Emotions- und Sexualglück der beiden arrivierten Intellektuellen Alain und Irene. Wir haben den 24. Juni 2004, Stichdatum eines sich heimlich anbahnenden ehetechnischen Paradigmenwechsels. Die beiden Übersetzer sind vierzig, seit fünfzehn Jahren verheiratet, man lebt angemessen nobel im Berliner Stadtteil Schöneberg – in getrennten Schlafzimmern. An die Stelle des rauschhaften Lebensstils der Jahre in der Freiburger Wohngemeinschaft ihrer Studentenzeit ist gepflegte Langeweile getreten: gutes Essen, Opernbesuche und ein fein austarierter, gehoben-bürgerlicher, zwecks tapferer Selbstbelugung trotzdem ein bisschen alternativer Lebensstil. Die wilden Exzesse der Studentenjahre leben nur noch in Form träumerischer Nostalgie und geschöner Anekdoten in der Paarfantasie fort.

«Mausi» und «Waldschrat»

Was hat die Zeit aus ihnen gemacht? Justus und Inge sind Spiesser geworden, Norbert ist an Aids gestorben, Toby spurlos verschwunden. Alain nennt Irene inzwischen «Mausi», sie ihn umgekehrt «Waldschrat», wobei sie es nicht nur humorvoll meint. Die heimliche Sehnsucht und die Jagd nach dem verlorenen Glück lassen die Übriggebliebenen nicht los. Alain schlägt seiner Frau vor, zum zehnten Hochzeitstag nochmals die Wallfahrt nach Santiago de Compostela zu absolvieren, aber umgekehrt, gegen die Pilgermassen, bis zum Fuss der Pyrenäen und dann weiter bis nach Arcachon – was Mausi nur zum boshaft-verständnislosen Kommentar treibt: «Jetzt ist er mir vollkommen übergeschnappt.» Der Ausbruch bahnt sich in Form eines Opernbilletts an, das Mausi von Justus geschenkt bekommt. Alain ist zu einem Übersetzerkongress nach Köln gereist, wo er zufällig seine einstige Jugendliebe Babette trifft. Mausi verliebt sich in den blonden Dänen, der zufällig in Puccinis «Tosca» neben ihr sitzt. Gemeinsam sehen sie



Süsssaure Mischung aus Selbstironie, Grotteske und Verzweiflung.

sich an, wie Tosca von der Engelsburg in den Tod springt. Alain wiederum wird am anderen Morgen in Köln vom diffusen Gefühl aus dem Bett getrieben, dass «die Welt der Ort [war], wo uns die Zeit davonlief». Die Zeichen stehen auf Sturm, das Fanal zum Aufbruch in ein neues Leben ist nicht mehr zu löschen.

Arnold Stadler war schon immer ein Spezialist in der Beobachtung zwischenmenschli-

cher Beziehungen im Allgemeinen und missglückter Paarbeziehungen im Besonderen. In seinen Romanen arten sie nicht selten in eine Ménage-à-trois zwischen einer Frau und zwei Männern aus. In «Rauschzeit» schiessen alle Qualitäten dieses Schriftstellers – er kann inzwischen auf ein opulentes, mit den renommiertesten Preisen ausgezeichnetes Werk zurückblicken – zusammen. Kaum einem sonst

gelingt es, so witzig und pointiert, schalkhaft und entlarvend, spitzbübisch und lapidar die Bedingungen menschlicher Unzulänglichkeit zu porträtieren. Man wird beim Lesen zum stürmischen Lachen gereizt – aber man lacht auch über sich selbst: Arnold Stadler macht den Leser gleichzeitig zum Komplizen, Mitläufer und Mitgemeinten, der ganz beiläufig selbst auf frischer Tat ertappt wird. Dieser Schriftsteller ist ein exzellenter Beobachter, ein unbeirrbarer Zeitgeistdiagnostiker, ein Spezialist für Träume und Sehnsüchte und Lebenslügen – auch und gerade der elitären Intellektuellen, die einst als verspätete 68er die Welt hochfahrend aus den Angeln heben wollten und im saturierten Spiessertum strandeten.

Erwachen mit Erdkugel

Warum kann er das so gut? Zuerst ist da die Fähigkeit der ruhigen Kontemplation und Observation. Ohne geschärftes Sensorium für die Unzulänglichkeit der *condition humaine* sind solche entlarvenden Romane gar nicht denkbar. Das hat auch etwas mit Arnold Stadlers Kindheit zu tun. Er wuchs auf einem Bauernhof im 500-Seelen-Dorf Rast zwischen Bodensee und Donau auf. Eine kleine, scheinbar ruhige Welt. Aber auch eine dörfliche Idylle voller Grobheiten, Lügen, Drohbriefe, Selbstmordgelüste, Streit um Alimente in Form von «Hosenladengeld» und mit jeder Menge «Geschrei im Herrgottswinkel». Um der Enge zu entkommen,

Stadlers Romane verhandeln ganz diskret immer auch Modelle des richtigen Lebens.

stellt das Kind direkt neben sein Bett einen blauschillernden Globus, damit sein letzter Blick vor dem Einschlafen und der erste beim Erwachen auf die Erdkugel mit den fremden Kontinenten fällt – ein fernes Glücksversprechen. Bis zum Abitur am Martin-Heidegger-Gymnasium im benachbarten Messkirch war Stadler dieser Welt nie oder eben nur in der Fantasie entkommen. Entsprechend gnadenlos beobachtet er sie: «Nach der Reifeprüfung die erste Reise meines Lebens», sagte er einmal. «Bis dahin war ich eigentlich nur nach Schwackenreute, Messkirch oder in den Stall gekommen, wo ich am liebsten war.»

Später wird Arnold Stadler diese Welt in einem semiautobiografischen Suggestionston immer wieder beschwören – verdammend, verherrlichend. In vielen seiner Bücher, allen voran in der brillanten, halb autobiografischen Romantrilogie «Ich war einmal» (1989), «Feuerland» (1992) und «Mein Hund, meine Sau, mein Leben» (1994), ist die unerklärliche Begierde nach dem «Mutter-Land» und der Überdruß, die untrennbare Verquickung von Heimatsehnsucht und wilder Entlarvung der Scheinidylle die entscheidende Dynamik im

Untergrund. Es geht immer um Entkommen, und diese Fluchtfantasie wird mit einer süß-säuren Mischung aus Selbstironie, Groteske und Verzweiflung mit jedem Satz beschworen: «Als ich nach Hause kam», heisst es einmal, «ging ich zuerst zum Kühlschranks und habe meinen Durst gelöscht mit Bier. Dann habe ich geweint. Ich habe so laut geschrien, dass die



Beschwören und verdammen: Autor Stadler.

Bilder von der Wand fielen. Aber es hingen keine Bilder an der Wand, und sie wären nicht von der Wand gefallen. Und ich hörte auch bald wieder auf zu weinen und machte etwas anderes.»

Arnold Stadler ist eine Art Multitalent. Wie kaum einem anderen gelingt es ihm, alle Register zu ziehen. Seine Romane verhandeln ganz diskret immer auch Modelle des richtigen Lebens, sie testen moralische Kategorien, explorieren das Feld der Lebenslügen, prüfen die Gesetze des Zusammenlebens und stellen gesellschaftliche Ideologien auf den Prüfstand – ohne je belehrend zu werden. Kein Zufall: Stadler lebte nach dem Abitur lange Jahre in Rom und absolvierte ein Theologiestudium. Danach studierte er in Freiburg und Köln Germanistik und promovierte mit «Das Buch der Psalmen und die deutschsprachige Lyrik

des 20. Jahrhunderts» (1989). Drei Jahre zuvor hatte er bereits seine Schriftstellerkarriere als Lyriker mit dem Gedichtband «Kein Herz und keine Seele. Man muss es singen können» (1986) gestartet. Die poetische Schule der Genauigkeit lässt sich bis heute in der Sprache seiner Romane ablesen. Kein Wort, das zufällig gesetzt, keine Nuance, die nicht genau überlegt wäre, keine Pause, die nicht produktiv wäre, indem sie Assoziationen freisetzt. In den Romanen ist Arnold Stadler immer auch als Poet am Werk, der Suggestionen eröffnet und mit Wortspielen Sprachmelodien erzeugt. Dass er die Noblesse der Sprachpoesie wenn nötig umstandslos mit Stammtischlautstärke kombiniert und den Leuten aufs derbe Maul schaut, ist wiederum dem bäuerlichen Anschauungsunterricht geschuldet und erzeugt diesen amüsant-komischen Effekt.

Grenzgang zwischen Komödie und Tragödie

Auf diesem Grundriss ist Arnold Stadlers Werk entstanden – die Romane eines Schriftstellers, Psychologen, Gesellschaftskritikers, Soziologen und Theologen, der mit den Mitteln der Literatur Sinn erzeugt. Auch «Rauschzeit» ist ein Grenzgang zwischen Komödie und Tragödie. Ein Erzählen über die Liebe und deren Widerruf im selben Atemzug. Arnold Stadler bleibt sich und seiner Ambivalenz auch in diesem Roman treu: «Ein glückliches Leben muss keine Sprache finden. Ausserdem halte ich Glück für literarisch uninteressant.»

Arnold Stadler: Lesung und Gespräch mit Pia Reinacher. Montag, 22. Oktober, 19.30 Uhr, Uni-Zentrum, Rämistrasse 71, Zürich. Tickets (Fr. 30.–) an der Abendkasse oder über www.grossebuchergrosseautoren.ch

FOKUSKMU

Die Sendung für Wirtschaft & Gesellschaft

Powerfrauen in der Welt der KMU

ab Montag, 22. Oktober 2018, täglich um 17.35 Uhr auf



und ab Montag, 29. Oktober 2018, täglich um 17.25 Uhr auf



und unter:

www.fokus-kmu.tv

Noch ist Griechisch nicht verboten

Griechenland ist wieder etwas aus den Schlagzeilen verschwunden. Für die meisten Leute unbewusst, ist das Griechische bei uns aber stets präsent: in der Sprache. Fünf Beispiele. Von Kurt Steinmann

Dorothee Sölle, die bekannteste evangelische Theologin und Mystikerin des 20. Jahrhunderts, schrieb in einem Gedicht: «meine junge tochter fragt mich / griechisch lernen wozu / sympathiein sage ich / eine menschliche Fähigkeit / die tieren und maschinen abgeht / lerne konjugieren / noch ist griechisch nicht verboten» (aus: «Sympathie. Theologisch-politische Traktate», Stuttgart 1978). Nein, verboten ist es nicht, nur wird es an unseren Gymnasien kaum mehr gelernt und kaum mehr angeboten. Dabei ist es (mit Latein) die wissenschaftliche Fundamentalsprache. Überall, wenn man einer Sache auf den Grund geht, stösst man auf deren griechische Wurzeln. In diesem Beitrag sollen fünf aus dem Altgriechischen stammende Wörter erläutert werden, um zu zeigen, dass die altgriechische Sprache und Kultur bis heute wirkmächtig sind.

Automobil — Hätte ein Theologe des Mittelalters das Wort «Automobil» gehört, hätte er sogleich an Gott als den «sich selbst Bewegenden» gedacht. Uns Heutigen hingegen fiel nie und nimmer beim Wort Automobil eine Verbindung zur Theologie ein – obwohl ja dieses Vehikel für viele eine Art Gott oder mindestens Götzen darstellt, dem sie grosse Opfer (an Geld und Zeit) darbringen. Nun sagen wir ja in der Regel nicht «Automobil», sondern bloss «Auto». Es handelt sich bei *automobilis* um einen griechisch-lateinischen Zwitter, so wie «Shop-Ville» eine englisch-französische Mischbildung ist. Wären wir konsequent, würden wir das Gefährt «Autokineton» nennen, von *kineo* «ich bewege»; davon stammt «Kino» (bewegte Bilder) ab, das seinerseits eine Kurzform für «Kinematograph» ist. Betrachtet man die Sache vom linguistischen Standpunkt aus, so heisst «Ich nehme das Auto» eigentlich etwas absurd «Ich nehme das Selbst».

Nostalgie — Kommen in Ihnen nicht nostalgische Gefühle auf, wenn Sie einen schönen alten Gotthelf-Film sehen oder Ihnen ein prächtiges altes Möbelstück vor die Augen kommt? Diese Sehnsucht nach Vergangenem bezeichnet man als Nostalgie. Das Wort wurde im 18. Jahrhundert aus dem neolateinischen *nostalgia* entlehnt, und dieses ist wohl eine Lehnübersetzung von «Heimweh». Das Wort «Heimweh» geht von der Schweiz aus. Bei Schweizern hat man offenbar zuerst die Sehnsucht nach der Heimat in besonderer Stärke



«Ich bin Kosmopolit»: Tonnenbewohner Diogenes.

beobachtet, vielleicht, weil sie häufiger als Angehörige anderer Stämme die Heimat verliessen. Das Heimweh, die Sehnsucht nach Bergen, Kuhreihen und Alphorn, trat bei ihnen jedenfalls so stark auf, dass es als Krankheit empfunden wurde. Und da eine Krank-

«Genesen» heisst demnach «heimkehren» – zur Gesundheit.

heit einen wissenschaftlichen Namen haben muss, so nannte man sie Nostalgia (auch Pathopatrialdalgia), so 1678 in der Schrift des Basler Arztes J.J. Harder «Dissertatio medica de nostalgia», oder Heimwehe oder Heimsucht. Das Wort «Nostalgie» besteht aus den beiden griechischen Bestandteilen *nostos*, «Heimkehr», und *algos*, «Schmerz», heisst also «Schmerz über (verwehrte) Heimkehr».

Nostos hat ein Verb: *neomai*, «(glücklich) zurückkehren», das mit «genesen» verwandt ist. «Genesen» heisst demnach «heimkehren» (zur Gesundheit).

Kosmopolit — Als man den Philosophen Diogenes, den berühmten Tonnenbewohner, fragte, woher er stamme, antwortete er: «Ich bin Kosmopolit.» Das Vaterland erklärte er für belanglos, die einzige wahre Staatsordnung sah er im Weltall verwirklicht. Nach Peter Sloterdijk übergibt mit diesem Begriff «der antike Kynismus sein wertvollstes Geschenk an die Weltkultur». Der erste Bestandteil des Begriffs, *kosmos*, heisst «Weltordnung», «Welt», «Kosmos». Aber seine primäre Bedeutung ist eine andere, nämlich «Ordnung», und dann «Schmuck». So bezeichnet er in der «Ilias» die «Zierde für Rosse» und den «Putz einer Göttin». Von dieser Bedeutung stammt natürlich «Kosmetik», die Kunst, den Körper «schmuck» zu machen.

Bemerkenswert ist, dass der Begriff «Wortkosmetik» schon bei Platon vorkommt. In der «Apologie» sagt Sokrates zu den Richtern, sie würden von ihm die ganze Wahrheit hören, «freilich nicht [...] Worte, die mit feinen Ausdrücken und Redensarten herausgeputzt sind [rekosmemenus], sondern ihr werdet schlichte Worte, wie sie mir gerade einfallen, hören.» Der zweite Bestandteil von «Kosmopolit» stammt von *polites*, «Bürger der Stadt» (*polis*).

Manie — Eine Manie ist eine Besessenheit. Das Wort geht auf das griechische *mania*, «Raserei, Wahnsinn, Wut, Tollheit», zurück. Das dazugehörige Verb lautet *mainesthai*, «rasen, wüten, toben». Speziell wird es für das Treiben der Mänaden, der rasenden Frauen im Gefolge des Dionysos, gebraucht. In ekstatischem Rausch tanzen sie in der Nacht im Schein von Fackeln über die winterlichen Berghöhen unter dem Lärm von Becken und Pauken. Kleptomanie (Stehlsucht) und Pyromanie (zwanghafter Trieb, Brände zu legen) sind die bekanntesten Manien. Aber es gibt viele andere Manien: Arithmomanie (Zwangsvorstellung, Dinge zählen zu müssen), Oniomanie (krankhafter [abgekürzt: kr.] Kauftrieb), Mythomanie (kr. Lügensucht), Toxikomanie (Medikamentensucht); an der Street Parade dürfte es einige Teilnehmerinnen und Teilnehmer geben, die an Chor(e)omanie leiden, an kr. Verlangen, zu tanzen; auch die Chäromanie dürfte da nicht ganz selten sein, die kr. Heiterkeit. Die Melomanie (Musikbesessenheit) dürfte die Musikindustrie erfreuen, die Bibliomanie (kr. Bücherliebe) die Buchhandlungen. Hoffentlich leiden Sie nicht an Trichotillomanie (kr. Sucht, sich Kopf- und Barthaare auszureissen)!

Kanon — Das Wort «Kanon» hatte eine Zeitlang Konjunktur. Marcel Reich-Ranicki schlug im *Spiegel* einen Kanon deutscher Literatur vor, eine Sammlung von ihm als verbindlich erachteter Werke und Autoren. Andere widersprachen, brachten neue Vorschläge, wieder andere lehnen Kanons überhaupt ab. Es wurde heftig gestritten, immerhin war das Niveau nicht «unter aller Kanone». Und da sind wir schon wieder beim Kanon. Mit «Kanone», dem schweren Geschütz, hat dieser Entrüstung anzeigende Ausdruck nichts zu tun, sondern meint «unter allem Kanon», «unterhalb des zulässigen Niveaus», «unter jedem Massstab», «unter aller Kritik». *Kanon* ist semitischen Ursprungs und bezeichnet ursprünglich eine Sorte Rohr, dann die daraus gefertigte «Messrute» und auch den «Waagebalken». Im Griechischen, das das Wort übernahm, traten weitere Bedeutungen hinzu: Richtscheit der Bauhandwerker und Zimmerleute; Regel; Massstab, Richtschnur. «Kanon» meinte in christlicher Zeit dann besonders alle als inspiriert und massstäblich geltenden biblischen Bücher.

Literatur

Im Gestrüpp der Psychoanalyse

Der österreichische Schriftsteller Michael Köhlmeier zeichnet in seinem neuen Roman «Bruder und Schwester Lenobel» ein raffiniertes Labyrinth gescheiterter Beziehungen. Von Rolf Hürzeler

Der verheiratete Psychiater Robert Lenobel erlebt seine Erleuchtung. Er verliebt sich zum ersten Mal in seinem Leben richtig, und zwar in die Patientin Bess. Nichts hilft gegen die Überwältigung durch seine Gefühle, kein Lehrbuch, kein Sigmund Freud, kein Wissen um das Trügerische der Liebe. Selbst ein Psychoanalytiker ist halt nur ein Mensch.

Diese Begebnisse bilden den Auftakt des neuen Buchs des österreichischen Schriftstellers Michael Köhlmeier. Schwierig wird es im Lauf der Geschichte allerdings, wenn das Flattern im Bauch plötzlich verschwindet und die Angebetete den Psychiater langweilt: «Überdruß ist das schauerlichste Gefühl, zu dem der Mensch fähig ist.» Dann gibt es nur eines – verduften.

Das ist eines der Fluchtdramen, die sich im neuen Buch «Bruder und Schwester Lenobel» von Michael Köhlmeier abspielen. Vordergründig ist dieser Roman ein Doppelporträt der jüdischen Geschwister Lenobel mit ihren Freuden und Sorgen. Darunter zeichnet er jedoch raffinierte Fluchtwege, auf denen sich die beiden immer wieder von neuem verirren.

Robert und Jetti Lenobel sind zwei arrivierte Wohlstandsbürger der heutigen Zeit. Er führt in Wien eine erfolgreiche psychiatrische Praxis mit zahlungskräftigen Patienten. Jetti mischt erfolgreich auf dem lukrativen Markt der Kulturvermittlung in Dublin mit. Sie ist single, unterhält aber parallel mehrere Liebschaften, Robert ist mit Hanna verheiratet, der Geschäftsführerin einer jüdischen Buchhandlung. Eben diese Hanna sendet Jetti einen Hilferuf – Robert ist verschwunden.

Sie scheint Trennungen zu lieben

Autor Köhlmeier rollt nach und nach das unterschwellige Drama des Geschwisterpaars auf. Die Grosseltern sind Opfer der Schoah, die Mutter leidet unter den Traumata eines Flüchtlingskindes, das nach England verfrachtet wurde. Diese Familiengeschichte, so erschliesst es sich dem Leser, prägte Robert und Jetti dermassen stark, dass sie beziehungsunfähig sind. Robert lebt an seiner Hanna vorbei, Jetti wagt keine feste Bindung. Im Gegenteil: Sie scheint Trennungen geradezu zu lieben. Im Fall eines irischen Bettgenossen sind die Konsequenzen etwas unangenehm: Er malträtiert mit einem Pickel ihren Aston Martin zu Schrott, und unangenehmer noch – er lauert ihr Tag und Nacht bedrohlich auf. Selbst dann, als ein anderer Lover Jettis die



Als Lösung bietet sich die Flucht an: Köhlmeier.

Sache in die Hand nimmt und den Nebenbuhler spitalreif schlagen lässt. Als Lösung bietet sich wiederum die Flucht an – von Dublin nach Wien.

Köhlmeier setzt nicht nur in den Wirrnissen der menschlichen Beziehungen auf das Fluchthema. So wollte sich (der ungläubige) Robert Lenobel etwa vom Judentum verabschieden: «Als er am Beginn seiner Ausbildung zum Psychoanalytiker gestanden und angesichts des Ozeans, der in den Büchern Seele genannt wurde, in tiefste Verzagtheit geraten war, hatte er sich einen Sommer ernsthaft mit dem Gedanken getragen, zum Christentum überzutreten.» Zu den Kartäusern, um genau zu sein; aber er verwarf den Schritt, weil dieser dem Bewältigen des Verdrängten nicht gedient hätte.

Das alles tönt so schwerblütig wie kopflastig. Ist es aber nicht. Köhlmeier versteht es, mit Leichtigkeit, Witz und Ironie die Beziehungskisten seiner Protagonisten aufzuschnüren. Da bekommt alles sein Fett ab. Vorab allerdings die Psychoanalyse, deren Methoden den Autor nicht wirklich zu überzeugen vermögen.



Michael Köhlmeier:
Bruder und Schwester Lenobel.
Hanser. 544 S., Fr. 39.90



Die Bibel

Gütergemeinschaft und Sozialismus

Von Peter Ruch

Alle Glaubenden aber hielten zusammen und hatten alles gemeinsam; Güter und Besitz verkauften sie und gaben von dem Erlös jedem so viel, wie er nötig hatte (Apostelgeschichte 2, 44–45). Aus diesen beiden Bibelversen wird gelegentlich eine Affinität des Neuen Testaments zum Sozialismus abgeleitet. Um Kurzschlüssen zu entgehen, ist eine nähere Betrachtung nötig. Was der Apostel Lukas hier schildert, ist eine freiwillige Gütergemeinschaft. Sie wurde zu allen Zeiten von Splittergruppen und Sekten praktiziert und erreichte in den Klöstern ihre Vollendung. In Pioniergesellschaften kann sie für viele Probleme die besten Lösungen bieten, wie die Kibbuzim in Israel zeigen. Nebenbei regt sie stets die Fantasie von Romantikern an, denen das Eigentum als zu profan erscheint. Hier entsteht das Vexierbild mit dem Sozialismus: Weil der Sozialismus das Privateigentum verabscheut, scheint er irgendwie christlich zu sein. Gerne klammern sich die Romantiker an den Mythos, Stalin sei weniger schlimm gewesen als Hitler und Lenin weniger schlimm als Stalin. Beides ist Humbug. Der russisch-jüdische Autor Essad Bey schildert in seinem Werk «Die Verschwörung gegen die Welt» die sadistischen Greuelthaten der Bolschewiken zur Lenin-Zeit. Mit dem Einverständnis von ganz oben wurden damals millionenfach Menschen stunden- oder tagelang zu Tode gequält.

Selbstverständlich gibt es nette Formen von Sozialismus, die nicht auf Massenmord, sondern auf Umverteilung angelegt sind. Doch weil die Umverteilung immer tiefere Eingriffe ins Privateigentum erfordert, enden auch diese Sozialismen als Zwangssysteme. Die freiwillige Gütergemeinschaft dagegen ist ein Schritt ins Ungewisse und erfordert Glauben und Vertrauen. Sie hat keinerlei Ähnlichkeit mit dem Sozialismus. Trotzdem dürfen Christen Sozialisten sein. Genauso, wie Christen zum Beispiel YB-Fans oder Volkstänzerinnen sein dürfen. Sie sollten einfach nicht dem Irrtum verfallen, diese ihre Leidenschaft sei die Umsetzung ihres christlichen Glaubens.

Peter Ruch war reformierter Pfarrer in drei Gemeinden.



Am Rande der Welt: Marcello (Marcello Fonte) in «Dogman».

Kino

Auf den Hund gekommen

«Dogman», ein fulminantes Drama aus Italien, knüpft kompromisslos an die Tugenden des Neorealismus an.

Von Wolfram Knorr

Geschichten so zu erzählen, dass sie dem Schweissgeruch der Wirklichkeit nahe kommen, ist vertrackt. Der italienische Neorealismus hat's versucht – auch auf Helden zu verzichten, sie würden nur abgekarteten Konstruktionen abgerungen. Aber so nahe die Filme sich auch ans dreckige Dasein pirschen – sie bleiben ein abgekochtes Spiel, dauern zwei Stunden und müssen folglich einen Anfang und ein Ende haben. Ein Dilemma, das selbst der radikalste Realismus nicht überwinden kann – und dennoch ist der Wille nie erloschen. Matteo Garrone, der zu den eindrucksvollsten Vertretern des Wirklichkeitspostulats gehört, bewies 2008 mit dem mehrfach ausgezeichneten «Gomorra», dass Filme der schmutzigen Wirklichkeit sehr wohl Schmerz entlocken können. In seinem jüngsten Opus, «Dogman», gelingt ihm das mit korrumpierender Wucht, was an Pier Paolo Pasolinis Debüt «Accattone» erinnert.

In einem gottverlassenen Seebad, seiner Schönheit beraubt, wie Erde der Kohle beraubt wird, nichts zurücklassend ausser einer vertrockneten, hohlen Kruste, auf der nie wieder etwas wachsen wird, lebt Marcello (Marcello Fonte) mit anderen Gestrandeten. Ein katzbuckelnder, spirrliger Triefhahn, der sich wund gegrinst hat, um allen gefällig und bei allen beliebt zu sein. In einem Werk-

statt-Betonloch unterhält er einen Hundesalon, vertickt zusätzlich Koks, um über die Runden zu kommen. Er ist Vater einer Tochter, die er abgöttisch liebt und unterstützt, obwohl sie mehrheitlich bei der Mutter lebt. Marcello, der Unterwürfigkeit verströmt wie ein billiger Heizlüfter, ist deshalb ein willfähiges Opfer des hünenhaften Dumpfgockels Simoncino (Edoardo Gero), der das ganze Quartier terrorisiert, aber besonders Marcello kujoniert und rumschubst und für seine Verbrechen missbraucht.

Noch mehr Prügel

Marcello ist buchstäblich auf den Hund gekommen. Seine Ladenbesitzer-Kollegen verwünschen die Zecke Simoncino und tragen sich mit dem Gedanken, einen Killer zu engagieren, um das Ungeziefer ein für alle Mal loszuwerden. Marcello aber hält sich raus, rettet dem angeschossenen Wüterich sogar mal das Leben und geht, nach einem bösen Raubüberfall, bei dem er von Simoncino zum Mitwisser gezwungen wurde, für den Rohling in den Knast. Er sagt nicht gegen ihn aus, will, bei aller Angst, einen Freund. Doch dem Ungetüm ist das wurscht.

So entschliesst sich der vom beschissenen Dasein gebeutelte Marcello, dessen ewige Fügsamkeit ihm nichts, weder Zuneigung noch

Rücksicht, sondern nur noch mehr Prügel, gebracht hat, sich nicht mehr fremdbestimmen zu lassen und sein Schicksal selbst in die eigenen Hände zu nehmen. Am Schluss, unter Wolken, die tief und buckelig wie zerrissene Baumwolle über ihm hängen, durch triste, nasse Hoffnungslosigkeit stapfend wie durch Nochs Albtraum und alleine und ungehört um Respekt und Anerkennung schreiend, hat Marcello den Lebenskompass endgültig verloren.

Matteo Garrone schuf, nach einer wahren Geschichte, ein bewegendes, emotional tiefberührendes Stationendrama, optisch von ungeschlachter Grösse. Marcello, der sich sein Leben lang in seine existenzielle Dürftigkeit verkroch, sprengt sich am Ende aus purer Verzweiflung aus ihr hinaus. Eine Figur von archaischer Wucht; halb Beckett-Existenz, halb griechische Tragödie, am Rande der Welt, an der Kante zum Abgrund. Von allen verstossen, sucht er mit einem blutigen Racheakt Erlösung und findet nur das pure Nichts. Marcello Fonte verkörpert diese Menschengestalt, diese Figurenhülse, die verzweifelt nach Füllung sucht, mit beklemmender Präsenz. ★★★★★

Weitere Premieren

Den skyldige — In der Notrufzentrale hat Polizist Asger Holm (Jakob Cedergren) eine Frau in der Leitung, die behauptet, gerade entführt zu werden. Asger, von Schuld gepeinigt (er soll am nächsten Tag, zunächst aus nicht genannten Gründen, aussagen), versucht mit allen verbalen Mitteln, ihr zu helfen – und dafür stehen ihm nur sein Telefon und sein Computer zur Verfügung. Es gibt nur einen Schauplatz: die Notrufzentrale; und dennoch entfaltet der Thriller von Gustav Möller ungläublichen Suspense. Kopfkino im wahrsten Sinne des Wortes. ★★★★★

Der Vorname — Bei einem fröhlichen Familientreffen kommt's zum Zerwürfnis, als der immer zu Spässen aufgelegte Thomas (Florian David Fitz) der Runde mitteilt, dass er und seine schwangere Freundin Anna (Janina Uhse) ihren Sohn Adolf taufen werden. Die Familie hält's für Spass, doch Thomas meint es ernst, und der «Gott des Gemetzels» lässt grüssen.



Lustvoll: «Der Vorname».

Das deutsche Remake (Regie: Sönke Wortmann) einer französischen Komödie (die sich eindeutig an Yasmina Rezas Erfolgsstücken wie «Kunst» und «Gott des Gemetzels» orientierte) macht nicht nur dank des lustvoll aufspielenden Ensembles und der Dialoge Spass, dahinter lauert auch eine sehr aktuelle Politik, die aufhorchen lässt, nach dem Motto: «Man wird doch wohl wieder gewisse Dinge wie <Adolf> sagen dürfen.» ★★★★★

Girl — Die fünfzehnjährige Lara (Victor Polster) möchte um jeden Preis Ballerina werden und erkämpft sich einen Platz an einer belgischen Akademie. Das Training fordert von ihr alles, auch weil Lara im Körper eines Jungen geboren wurde. Das Debüt des Belgiers Lukas Dhont, in Cannes prämiert und erst kürzlich auf dem Zürcher Filmfestival mit dem Hauptpreis gekürt, besticht durch seine subtile Be-



Umwerfend: «Girl».

handlung der LGBT-Thematik. Hier geht es nicht um einen Konflikt mit dem «ursprünglichen» Geschlecht, sondern um das «empfundene», und Dhont zeigt's am Tanz. Der Newcomer Victor Polster als Lara ist umwerfend. ★★★★★

Knorrs Liste

1	Children Act Regie: Richard Eyre	★★★★★
2	Fahrenheit 11/9 Regie: Michael Moore	★★★★☆
3	Leave No Trace Regie: Debra Granik	★★★★☆
4	Der Läufer Regie: Hannes Baumgartner	★★★★☆
5	A Star Is Born Regie: Bradley Cooper	★★★★☆
6	Werk ohne Autor Regie: Florian H. von Donnersmarck	★★★★☆
7	Das schönste Mädchen... Regie: Aron Lehmann	★★★★☆
8	Chris the Swiss Regie: Anja Kofmel	★★★★☆
9	Gundermann Regie: Andreas Dresen	★★★★☆
10	BlacKkKlansman Regie: Spike Lee	★★★★☆

Jazz

Recht auf alten Blues

Von Peter Rüedi

Von den vielen Verirrungen der Political Correctness ist die, nur Betroffene dürften sich in der Kunst mit der eigenen Geschichte befassen, eine der absurdesten. Nur Schwarzen sei eine Thematik aus dem Umfeld der Black Community erlaubt. Als wäre die Ethnie der Täter in der langen Reihe der vom Rassismus verursachten Leiden der Afroamerikaner nicht gleichermassen Legitimation (um nicht zu sagen: Pflicht) zur Beschäftigung mit dem dunkelsten Kapitel amerikanischer Geschichte. Es gibt in dieser Hinsicht kein Exklusivrecht der Opfer.

Das ist nur scheinbar zu weit ausgeholt, wenn wir uns fragen, ob es statthaft sei, dass der vielseitig begabte Posaunist Samuel Blaser, geboren 1981 in La Chaux-de-Fonds, sich auf einem ganzen Album mit dem Blues befasst, und zwar mit dem Country-Blues, wo er am schwärzesten ist. Fünf der zehn Stücke sind Traditionals, stammen also sozusagen aus dem musikalischen schwarzen kollektiven Unbewussten. Allerdings amalgamiert sie der Schweizer, der längere Zeit in New York gelebt hat, mit ganz anderen musikalischen Erfahrungen, mit seinen Vorlieben für europäische Avantgarden von heute, gestern und vorgestern: Ligeti, Kurtág, Bartók – bei welchem Letztgenanntem übrigens auch keiner monierte, er müsse das Leben eines Bauern führen, wenn er sich mit balkanischen Folkloren befasse.

Zu seiner Aufnahme-Session lud Blaser übrigens für zwei Nummern zwei originale Vertreter der *great black music*, den fulminanten, im Blues verwurzelten Free-Jazz-Pionier Oliver Lake und den Trompeter Wallace Roney, der hier weniger orthodox agiert als auf den meisten seiner Post-Bop-Produktionen. Blaser selbst ist mal explosiv und expressiv, rau und heftig, mal subtil, raffiniert und zurückhaltend, er ist ein Posaunist, der beide Zungen seines Instruments beherrscht. Russ Lossing an verschiedenen Keyboards zieht unter den archaischen Blues schräge harmonische Bodenbeläge ein, und Masa Kamaguchi am Kontrabass und Gerry Hemingway am Schlagzeug sind die immer überraschenden rhythmischen Unsicherheitsfaktoren.



Samuel Blaser:
Early in the Mornin'.
Outhere OTN 626

Der Mann, der ins KZ Auschwitz einbrach

Im Jahre 1940 begab sich Witold Pilecki freiwillig für eines der erstaunlichsten Unternehmen des Zweiten Weltkriegs nach Auschwitz. Er wollte der Aussenwelt berichten, was im berüchtigtsten Vernichtungslager der Nazis tatsächlich geschah. *Von Giles Milton*

Witold Pilecki hatte bereits bewiesen, dass er gegen Angst immun war. Als Gründungsmitglied der Geheimen Polnischen Armee hatte er kühne Angriffe auf Hitlers Besatzungsarmee unternommen.

Jetzt, im September 1940, meldete er sich freiwillig für eines der erstaunlichsten Unternehmen des Zweiten Weltkriegs, der sein Leben in grösste Gefahr brachte: Er wollte herausfinden, was in Auschwitz, dem berüchtigtsten Vernichtungslager der Nazis, tatsächlich geschah.

Pileckis erste Aufgabe war, sich gefälschte Ausweispapiere zu beschaffen. Dann liess er sich bei einer Gestapo-Razzia in Warschau bewusst verhaften. Zwei Tage lang wurde er gefoltert und dann als Gefangener Nr. 4859 nach Auschwitz geschickt.

Sowie er im Lager angekommen war, begann er darüber Informationen zu sammeln. Er musste nicht lange warten, bis er die Brutalität der SS-Leute den Gefangenen gegenüber miterlebte.

«Sie schlugen ihnen gegen die Köpfe, traten diejenigen, die am Boden lagen, in die Nieren und andere empfindliche Körperteile, sprangen ihnen mit ihren Stiefeln auf Brust und Bauch und brachten sie so mit albraumhafter Begeisterung um.»

Er wurde ins Badhaus gebracht, wo ihm all sein Besitz weggenommen wurde. Sein Haar wurde abgeschnitten, dann schlug ihm der Chef des Badhauses mit der Faust ins Gesicht, so dass ihm zwei Zähne herausfielen.

Man steckte Pilecki in eine gestreifte Uniform und wies ihm das Blockhaus 17A zu.

Dessen Führer, «der blutige Alois» genannt, war ein Psychopath. «Täglich schlug, folterte und tötete er mehrere Menschen.»

Pilecki und seine Mitinsassen schliefen auf dem Boden. Tagwache war sommers um 4.20 Uhr, winters eine Stunde früher. Dann wurden sie zwölf Stunden lang von den Wärtern gequält.

Pilecki zeichnete alle Unmenschlichkeiten, die ihnen angetan wurden, auf. Unter anderem arbeitete er mit am Bau des Krematoriums. «Wir bauten», schrieb er sarkastisch, «das Krematorium für uns selbst.»

Nach einem Tag harter Arbeit mussten die Männer oft noch exerzieren. Besonders gern liessen die Wärter die Insassen etwas wie Brustschwimmen ausführen, allerdings ohne



Vernachlässigtes Zeugnis der Unmenschlichkeit: Auschwitz.

Wasser. Sie mussten auf dem Kies des Exerzierplatzes «schwimmen», bis ihre Brust aufgeschürft und blutüberströmt war.

Der Hauptgrund, warum sich Pilecki nach Auschwitz eingeschleust hatte, war, um der Aussenwelt berichten zu können, was in dem Lager vor sich ging. Zu diesem Zweck kon-

Besonders gern liessen die Wärter die Insassen brustschwimmen, allerdings ohne Wasser.

struierte er aus geschmuggelten Teilen ein Funkgerät und übermittelte dem polnischen Untergrund Informationen. Seine Berichte waren Informationen aus erster Hand über die Bedingungen in Auschwitz. Die Gas-

kammern, die Zwangssterilisationen, die entsetzlichen Experimente an Menschen – all das kam darin vor.

Pileckis Berichte sind schrecklich zu lesen: die Brutalität und Unberechenbarkeit der Wärter – Insassen, die von Hunden zerrissen wurden, Insassen, die gezwungen wurden, stundenlang im Schneetreiben zu stehen.

Pilecki benutzte sein Funkgerät bis im Herbst 1942, als er befürchten musste, die Wärter könnten es entdecken. Er zerlegte es und verwandte es danach nie mehr.

Wenige Monate nach seiner Ankunft in Auschwitz hatte Pilecki mit dem Aufbau einer streng geheimen Widerstandsorganisation begonnen. Der *Zwiazek Organizacji Wojskowej* (Militärischer Organisations-

bund), kurz ZOW, hatte zum Zweck, verbotene Nahrungsmittel und Kleider zu verteilen. Er sollte ausserdem die Insassen darauf vorbereiten, im Fall eines Angriffs der Alliierten im Lager die Macht zu übernehmen.

Die Gestapo versuchte nach Kräften, die Mitglieder des ZOW auszurotten, und brachte viele von ihnen um. Pilecki wusste, dass es nur eine Frage der Zeit war, bis man ihm auf die Schliche kommen würde. 1943 war ihm klar, dass er ausbrechen musste.

Eines Tages wurde er zur Arbeit in einer Bäckerei ausserhalb der Umzäunung eingeteilt. Er sagte sich, dies sei vermutlich seine letzte Gelegenheit zu flüchten. In der Nacht des 26. April 1943 – nach zweieinhalb Jahren in Auschwitz – überwältigten er und zwei weitere ZOW-Mitglieder ihre Aufseher und kappten die Telefonleitung. Dann rannten sie, so schnell sie konnten, der Freiheit entgegen.

Sie überquerten die Sola und gingen weiter in Richtung Oswiecim. Nach einer hochdramatischen Reise konnten sie endlich Kontakt mit der polnischen Heimatarmee aufnehmen. Fast vier Monate später kam Pilecki nach Warschau zurück, wo er seinen detaillierten Bericht verfasste.

Seine Beschreibung des Lebens in Auschwitz enthielt eine Menge Informationen über das Ausmass der Massenmorde. «In den ersten drei Jahren kamen in Auschwitz zwei Millionen Menschen um; in den nächsten zwei Jahren drei Millionen.»

Pilecki hoffte, sein Bericht werde die Alliierten zu einem Luftangriff auf das Lager bewegen. Das hätte den Insassen seiner Einschätzung nach die beste Fluchtmöglichkeit geboten. Doch die britische Regierung hielt den Bericht für extrem übertrieben und tat nichts. Pileckis Werk verstaubte auf einem Haufen unveröffentlichter Dokumente, ein vernachlässigtes Zeugnis der Unmenschlichkeit von Menschen ihren Mitmenschen gegenüber.

Erstaunlicherweise wurde es erst im Jahr 2000 veröffentlicht, mehr als ein halbes Jahrhundert nach der Befreiung Auschwitz'. Zu diesem Zeitpunkt war Pilecki längst gestorben: Er war 1948 von Stalins Geheimpolizei als angeblicher britischer Spion umgebracht worden. Er liegt in einem namenlosen Grab.

Giles Milton, 52, ist Historiker und Bestsellerautor. Seine Werke wurden in über zwanzig Sprachen übersetzt. Er schreibt an dieser Stelle wöchentlich über «Mysterien der Weltgeschichte». Der «Meister der Geschichtserzählung» (*Sunday Times*) lebt in London und im Burgund. www.gilesmilton.com

Aus dem Englischen von Thomas Bodmer

Lesen Sie nächste Woche:
«Das schwarze Schaf»



Fragen Sie Dr. M. Der Experte für alle Lebenslagen

Weshalb sind eigentlich Geschlecht, Gender, sexuelle Ausrichtung und so fort in unserer Gesellschaft so wichtig geworden? Überall wird dies zum Thema gemacht, ständig tragen Leute ihre sexuellen Neigungen an die Öffentlichkeit. Mir ist doch egal, ob jemand schwul ist, sich als Frau fühlt oder was auch immer. Weshalb kann das nicht einfach Privatsache sein?

Marcel A., Romanshorn

Nun, es gab Zeiten, da wurden Schwule und Frauen als zweitrangig betrachtet. Und es gibt Länder, da ist es noch heute so. Und darum wurde der Kampf für die Gleichstellung der Geschlechter in die Öffentlichkeit getragen.

Aber heute wird dies leider vielerorts massiv übertrieben. Aus der Gleichwertigkeit wurde Gleichschaltung. Mann und Frau sind doch verschieden. Darum sollte man sie nicht gleichmachen.

Jedes Kind hat einen Vater und eine Mutter. Männer werden zu Vätern, Frauen werden zu Müttern. Die Beziehung zu

den Kindern ist wichtig. Kau je sind eine Vater-Beziehung und eine Mutter-Beziehung nicht gleich – aber sicher gleich wichtig und gleichwertig.

Gar kein Verständnis habe ich dafür, dass Frauen stets gleich sein sollten wie Männer. Warum sollen Frauen gleich sein wie Männer und das Gleiche tun? Sind denn Männer so viel besser, dass man diese als Massstab nimmt?

Schon die sexuelle Veranlagung ist verschieden. Das gilt es zu akzeptieren. Und jeder soll nach seiner Veranlagung selig

Wie Frauen und Männer zusammenleben, sollte der Staat nicht regeln.

werden. Dazu braucht es ja keine Öffentlichkeit. Da gebe ich Ihnen recht.

Überhaupt wäre es gut, wenn man sich in dieser Beziehung mehr in Ruhe liesse. Wie Frauen und Männer zusammenleben, sollte der Staat nicht regeln. Wir haben es mit erwachsenen Menschen zu tun. Freuen wir uns, dass die Vielfalt gross ist und alle im Leben gut aufgehoben sind.

Mailen Sie uns Ihre Fragen zu allen Lebenslagen an drm@weltwoche.ch.

Oder schreiben Sie an Redaktion *Weltwoche*, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich. Die Fragen werden anonym publiziert. Nicht veröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Gewinner der Woche

Ungefragte Annäherung

Handelskonflikte zwischen den USA, China und Europa machen das Klima im Welthandel rauer, und das scheint auf die Frachtbranche auszustrahlen. Der seit Mai an der Schweizer Börse kotierte Konzern Ceva Logistics hat vor Tagen ein ungefragtes, unverbindliches Übernahmeangebot vom dänischen Konkurrenten DSV zum Preis von Fr. 27.75 pro Aktie erhalten. Sogleich sprang der Aktienkurs der Ceva von unter Fr. 20.– in die Nähe des genannten Preises und bescherte den Aktionären ein satten Wertgewinn. «Nicht genug», beschied der Ceva-Verwaltungsrat mit Präsident Rolf Watter, Jurist bei Bär & Karrer, ein solches Gebot würde dem Wert des Konzerns nicht gerecht, der mit rund 42 000 Mitarbeitern einen Jahresumsatz von gut sieben Milliarden Dollar erarbeitet und auf

Aktienkurs der Ceva Logistics

Vom 9. bis 16. Oktober 2018, in Franken



QUELLE: SIX

eine Betriebsgewinnmarge von rund 3 Prozent kommt. Daran gemessen ist Ceva günstiger bewertet als grosse Konkurrenten wie DSV, und Marktbeobachter können sich neue Anläufe von Kaufinteressenten vorstellen. *Beat Gygi*



Thiel

Überlastet

Von Andreas Thiel

Mann: Ich fühle mich beruflich irgendwie überlastet.

Frau: Und ich mich erst mit den Kindern.

Mann: Hat dir mal jemand gesagt gehabt, dass es im Leben immer wieder belastende Momente geben wird?

Frau: Nein, die schwierigen Phasen trafen mich immer völlig unvorbereitet.

Mann: Vielleicht stünde etwas davon in der Literatur. Aber ich bin so überlastet, dass ich keine Zeit zum Lesen habe.

Frau: Du hättest dich mit Literatur beschäftigen sollen, bevor wir Kinder hatten.

Mann: Das hätte mich schon damals überlastet.

Frau: Zum Glück investieren die Behörden Millionen in Kampagnen, die die Bürger darauf aufmerksam machen, dass sie überlastet sind.

Mann: Ja, und zum Glück arbeite ich für diese Behörde. Bei uns sind ja nicht nur die Löhne höher, sondern auch die Sozialleistungen viel besser als in der Wirtschaft. Das entlastet mich wenigstens ein bisschen.

Frau: Das ist ja schön für dich, aber ich bin mit den Kindern trotzdem überlastet.

Mann: Unsere Behörde kämpft zum Glück dafür, dass psychologische Behandlungen leichter über die Krankenkasse abgerechnet werden können. Vielleicht erhalte ich dann mal mit Hilfe eines psychologischen Gutachtens wegen Überlastung eine IV-Rente, damit ich mehr zu Hause sein und dich entlasten kann.

Frau: Aber wird das Geld der IV denn reichen?

Mann: Zur Not kann ich immer noch im Rahmen eines Beschäftigungsprogramms für IV-Rentner als Freelancer unserer Behörde etwas hinzuverdienen, indem ich überlastete Menschen darin berate, wie man am besten von staatlichen Entlastungsprogrammen profitiert.

Frau: Warum sind eigentlich immer alle überlastet?

Mann: Wegen des Abgabendrucks. Der Sozialstaat wird immer teurer. Das belastet die gesamte Wirtschaft.

Frau: Was kann man dagegen tun?

Mann: Am besten arbeitet man nicht mehr in der Wirtschaft.

Andreas Thiel ist Schriftsteller und Kabarettist.

Namen

Handschrift des Choreografen

Premiere von Schuberts «Winterreise» im Zürcher Opernhaus; Oktoberfest auf dem Bauschänzli und im Hauptbahnhof. Von Hildegard Schwaninger

Was für eine Chance für einen jungen Menschen: **Thomas Erlank**, der junge Tenor aus Südafrika, ist erst seit Saisonbeginn am Internationalen Opernstudio, und schon bekam er die Gelegenheit zum grossen Auftritt. Und das in einer Uraufführung! Der Luzerner **Mauro Peter**, der längst internationale Karriere macht (Schubertiade Vorarlberg, Salzburger Festspiele), war krank, also durfte der als Zweitbesetzung vorgesehene Erlank die «Winterreise» singen.

Es gab grossen Jubel für die mit Spannung erwartete Ballett-Premiere von **Christian Spuck**, seit 2012/13 Direktor des Zürcher Balletts. Er hat seine ganz eigene Handschrift. Letztes Jahr choreografierte er Verdis «Messa da Requiem», jetzt Schuberts «Winterreise» in einer vom Komponisten **Hans Zender** interpretierten Version mit einem 24-köpfigen Orchester. Alles ist sehr frisch am Opernhaus. Der Dirigent **Emilio Pomarico** (Italiener aus Buenos Aires) dirigierte im Pullover. Auch das hat man noch nie gesehen. Und sehr junges Publikum. Publikum, das auch begeisterungsfähig ist.

An der Premierenfeier wurde natürlich heftig diskutiert. Sandwiches mampfend und ein Glas Weisswein oder eine Flasche Bier in der Hand, besprachen die Leute ihre «Winterreise»-Erfahrungen. Jemand hat sie schon von Christa Ludwig gesungen gehört, junge Leute hörten sie zum ersten Mal und konnten sich identifizieren mit der Sehnsucht, Einsamkeit und der Verlorenheit in der heutigen Welt, die

in der «Winterreise» thematisiert wird. In Sachen «Winterreise» ist das Zürcher Opernpublikum verwöhnt. Vor wenigen Monaten sang hier **Michael Volle** den berühmten Liederzyklus, am Klavier begleitet vom grossen Liedbegleiter **Helmut Deutsch**. Das war grosse Kunst. Aber grosse Kunst war auch, als in Christian Spucks Choreografie die Prima ballerina **Yen Han** im letzten Bild, «Der Leiermann», dem Wanderer vorausging.

Das Opernhaus und die Zürcher rücken einander immer näher. **Andreas Homoki** und sein Team sind einfallsreich, wenn es um Publikumsbindung und -gewinnung geht. Jetzt haben sie eine neue Event-Reihe erfunden: «Mescolare». *Mescolare* heisst vermischen. Abende, an denen sich Kunst und Kulinarik mischen, werden ab November regelmässig im Restaurant «Belcanto» stattfinden. Beim «Dinner mit Musik» treten Künstler/-innen des Internationalen Opernstudios auf, Küchenchef **René Hostettler** lässt dazu ein Dreigangmenü auftischen. Es wird russische, polnische, spanische Abende, Mozart-Abende et cetera mit jeweils passendem Essen geben. Das erste «Mescolare», ein «Italienischer Abend», findet am 26. November statt. Kosten: 95 Franken, exklusive Getränke.

Jetzt sieht man sie wieder, die hübschen Leute, die im Dirndl und in Lederhosen durch die Stadt spazieren. Es ist Oktoberfest im «Bauschänzli» und Züri-Wiesn im Hauptbahnhof. Beides wird ab nächstem Jahr vom



Fast verliebt

Zweierlei Mass

Von Claudia Schumacher

Drei Jahre lang hat er mich gepusht», sagt meine Freundin Anna empört und nippt an ihrem After-Work-Drink. «Ich war sein Zugpferd, wir hatten eine lustige Ebene miteinander, und er hat

mich echt gefördert, aber jetzt...» – Die Rede ist von ihrem Chef.

Anna ist wieder vom Markt. Tobias heisst der Gute. Eigentlich hat Tobias nur Vorzüge, wenn man ihr so zuhört – aber einen Haken gibt es: Die zwei arbeiten in derselben Event-Agentur.

In dem ganzen Laden wimmelt es nur so von Leuten, die schon was miteinander hatten. Fast alle, die dort arbeiten, sind schön und jung, und die Feste der Firma bieten geradezu Steilvorlagen fürs Stelldichein. Es sind meistens Mottopartys, teils in sehr sexy Outfits.

Anna und Tobias aber, die lernten sich auf einer Konferenz kennen, ganz ohne Partyquatsch und Sex. Sie sagt, er war nicht mal so richtig ihr Typ, und er sagt dasselbe von ihr. Sie unterhielten sich. Und es war aussergewöhnlich gut. Bald wurden sie warm miteinander – und gingen seither quasi nicht mehr auseinander. Ein Liebespaar sind sie jetzt.



D. Hahnloser-Recke, T. Erlank, A. Müller-Bodmer.



Gastronominnen Hildebrand und Portmann.



Unternehmer Reto Candrian, Sigi Gübeli.

Gastro-Unternehmen Candrian organisiert; die Betreiber der Hauptbahnhof-Gastronomie haben den Zuschlag für das von der Stadt ausgeschrieben «Bauschänzli» bekommen. Es war **Fred Tschanz**, der 1995 das erste Oktoberfest in der Schweiz veranstaltete. Jetzt durfte seine Enkelin **Stéphanie Portmann**, die 32-jährige Inselwirtin, ein letztes Mal zum Anstich bitten. Es war Freitagmittag, das Zelt war knallvoll, die Stimmung schon bierselig, die Musikkapelle spielte den Sechseläutenmarsch, da begrüßte Portmann, gut gestylt im lila Dirndl und mit Zopffrisur, ihre Gäste: «Es tut weh. Es ist ein harter Schlag, dass man uns etwas wegnimmt, was wir in 23 Jahren aufgebaut haben. Aber für eine bessere Offerte liess man uns fallen.» Nach diesen bitteren Worten versöhnlichere Töne: «Es war mir eine Freude und eine Ehre, als Inselwirtin Gastgeberin zu sein.» Jetzt, sagt sie, müsse sie vorwärtsschauen: «Wir lassen uns nicht entmutigen.» Souverän ging sie später mit einem Krug Bier zu **Reto Candrian** und dessen Vater **Martin Candrian**, den neuen Inselwirten, und stiess mit ihnen – «ein Prosit der Gemütlichkeit» – auf eine gute Zukunft an.

Wer in Zürich den Anstich macht (mit ein paar Hammerschlägen das erste Fass Bier anzapft), wird per Los entschieden. Diesmal fiel es auf Starköchin **Meta Hildebrand** vom «Le Chef». Unter den Gästen: Politiker **Mauro Tuena**, Stammgast beim Oktoberfest, die Musiker **Pepe Lienhard** und **Pino Gasparini** (seit 49 Jahren gemeinsam in der Band, starten am Samstag im Theater 11 ihre Schweizer Tournee), «Platzhirsch»-Wirtin **Sigi Gübeli**, die für Montag den «Pink Monday», das populäre Schwulen-Oktoberfest, vorbereitet.

Im Internet

www.schwanagerpost.com

In einer Firma, wo alle per du sind, musst du damit natürlich raus, das kannst du nicht verheimlichen. Also gingen die zwei wie Kinder zu Papa und erzählten ihrem Chef, dass sie jetzt ein Paar seien. «Eigentlich hat er sich auch zuerst für uns gefreut», sagt Anna. «Aber seither ist alles anders. Und er misst mit zweierlei Mass, extrem.» Eins für Anna, eins für Tobias.

Bei der kleinsten Kleinigkeit, einem vergessenen Anruf etwa, muss sich Anna neuerdings anhören, sie würde sich nicht mehr fokussieren wie früher. Oder ihr Chef sagt spitz: «Du bist ja sicher Punkt 17 Uhr oder früher schon wieder im Feierabend, drum lass uns das jetzt gleich noch anschauen.» Dazu stets die gleiche süffisante Schlussfolgerung: «Ist ja klar. Seit du mit Tobias zusammen bist, ist das natürlich wichtiger.»

Ist denn was dran? Hängt sie im Job gerade ein bisschen durch? «Überhaupt nicht!», sagt

Anna vehement. «Ich mache meinen Job gewissenhaft und mit demselben Einsatz wie immer.» Die Ungerechtigkeit setze sich aber sogar noch fort, nämlich darin, dass Tobias sich nie so etwas anhören müsse. Seit die zwei ihrem Chef von der Beziehung erzählten, sei es zwischen ihm und Tobias gar kein Thema mehr gewesen.

Und steht ihr Chef vielleicht auf sie, ist deshalb eifersüchtig und lässt es an ihr aus? «Nein, das glaube ich auch nicht, gar nicht.» Es sei nie etwas zwischen ihnen gewesen, nicht mal ein Flirt. «Ich glaube, es ist einfach ein typisches Frau/Mann-Ding: Als Frau muss ich mich mehr behaupten und erst beweisen, dass ich auch ein Privatleben haben kann», meint Anna. Dann lacht sie ein bisschen verzweifelt und schüttelt den Kopf. «Wie soll das denn erst werden, wenn ich mal Kinder hab?»



Unten durch

Der Polier

Von Linus Reichlin

Nehmen wir mal an, du willst ein Haus bauen, und dazu brauchst du Bauarbeiter und Handwerker. Das sind aber genau die Leute, die einen Hausbau so anstrengend und kompliziert machen. Das liegt an der gegensätzlichen Interessenlage. Du als Bauherr möchtest, dass die Arbeit zügig vorangeht, dass das Budget eingehalten wird und die Fenster dicht sind. Daran sind die Bauarbeiter und Handwerker aber überhaupt nicht interessiert. Sie kommen morgens nicht auf die Baustelle, um zügig zu arbeiten, denn sie möchten gar nicht schnell fertig sein. Sie möchten so lange wie möglich für dich arbeiten, damit der Ordner mit den Stundenrapporten richtig dick wird. Das bedeutet logischerweise, dass ihnen die Einhaltung des Budgets den Buckel runterrutschen kann. Das Budget ist ihr Feind, sie hassen es noch mehr als zügiges Arbeiten. Und da es ihr Feind ist, überschreiten sie es, wo sie nur können. «Das Budget vögeln» ist in ihrer Sprache ein gängiger Begriff. Und beim Vögeln lassen sie sich was einfallen, darauf kannst du Gift nehmen. Wenn das Fundament doppelt so viel kostet wie in der Offerte, erzählen dir die Betongiesser, dass Wasser in die Grubensohle gelaufen ist, und dass sie deswegen die Sauberkeitsschicht doppelt so dick machen mussten, und diffusionsdichte Folien aus Polyethylen sind Scheisse, deshalb haben sie die teureren aus Neuseeland bestellt.

Du verstehst kein Wort, und das wissen sie. Du musst zu Hause alles googeln, aber selbst wenn du weisst, was eine Sauberkeitsschicht ist, kapiert du immer noch nicht, warum es unbedingt handsignierte diffusionsdichte Folien aus einer Edelfolien-Manufaktur in Neuseeland sein mussten. Diese Kerle wissen, wie man ein Budget so richtig hart rannimmt, du hast keine Chance. Du bringst drei Kisten Bier auf die Baustelle und einen Aprikosenkuchen, den deine Frau selbst gebacken hat, du musst irgendwie das Vertrauen der Arbeiter gewinnen, sonst ziehen sie dir den letzten Rappen aus der Tasche. Ja, du unterwirfst dich ihnen, aber du kannst den Krieg sowieso nicht gewinnen, sie sind dir schon rein numerisch überlegen, und sie haben riesige Bagger und du nur einen PKW. Noch nie in

>>> Fortsetzung auf Seite 64

deinem Leben hast du dich so klein und machtlos gefühlt, wie seit du Bauherr bist. Nachts liegst du wach und denkst: «Verdammt noch mal, ich bezahle sie, ich bin ihr Chef! Morgen drohe ich ihnen mit meinem Anwalt!» Aber das sind nur letzte Zuckungen deiner Würde. Dein Architekt sagt: «Wer baut, muss leiden.» Dein Hausarzt hat dir, als du ihm sagtest, dass du gerade ein Haus baust, ungefragt ein starkes Beruhigungsmittel verschrieben: «Ich hab's auch gebraucht, und ich hab nur einen Geräteschuppen bauen lassen!»

Vollgepumpt mit Pillen, fährst du auf die Baustelle, wo der Glasermeister dir erklärt, dass die Fenster theoretisch dicht sind, und dass der Regen nur deshalb reintropt, weil die Mauern nicht lotrecht gebaut wurden. Der Maurerpolier erklärt dir, dass die Mauern theoretisch im Lot sind, dass man aber beim Fundamentbau keine diffusionsdichten Folien aus Neuseeland hätte benutzen dürfen, jetzt stehe das Haus um 2,4 Grad zu schief. Du verlangst vom Bauleiter, dass er etwas unternimmt, aber er sagt, der Glaser sei schuld, aber kein Problem, er kenne einen besseren, nämlich seinen Schwager, der werde zum Spezialpreis nochmal alle Fenster neu einbauen. Dein Architekt rät dir, es dir mit dem Bauleiter und dem Maurerpolier nicht zu verscherzen: «Laden Sie sie zum Essen ein, und verheiraten Sie Ihre Tochter mit dem Sohn des Maurerpoliers, dann baut er Ihnen vielleicht lotrechte Mauern.» Du fragst deine Tochter, aber sie will einen Kunstmaler heiraten. «Bist du verrückt», sagst du, «ein Kunstmaler! Wenn sich das auf der Baustelle rumspricht, bauen die mir einen Kamin im 45-Grad-Winkel und verlangen einen Zuschlag für Kunst am Bau!»

Linus Reichlin ist Schriftsteller und lebt in Berlin.



Wein

Sizilianischer Barock

Von Peter Rüedi

Die Familie Tasca, Conti d'Almerita, besitzt am Rand von Palermo eine Villa oder besser gesagt ein «Anwesen», im Vergleich zu dem sich der Drehort, an welchem Luchino Visconti seine Vision des «Gattopardo» aufgenommen hat, ausnimmt wie der Landsitz eines armen Verwandten. So mutet es etwas seltsam an, wenn Conte Giuseppe, der heute mit seinem Bruder Alberto den sizilianischen Familienbetrieb von fünf Weingütern betreibt, mit dem ihm eigenen Understatement betont: «Unser Problem ist, dass niemand uns als die Bauern wahrnimmt, die wir sind.» Das Herzstück des Unternehmens ist die Tenuta Regaleali im Zentrum der Insel, in der Zone Sclafani Bagni: Weinberge mit vorwiegend biologischem Anbau von immerhin 400 Hektaren (was knapp der Hälfte der ganzen Rebfläche des Kantons Tessin entspricht). Fabelhafte Mischkulturen mit – neben dem Wein – Weizen, Hafer, Eukalyptus und angegliederten technischen Betrieben zur Wartung des landwirtschaftlichen Maschinenparks.

Dennoch ist Conte Giuseppe's Beharren auf seinem Status als Bauer glaubhaft. Nicht einmal seine günstigsten Weine, etwa der rote Nero d'Avola Regaleali für etwas über 12 Franken die Flasche im Schweizer Handel, sind industrielle Massenprodukte. Nicht zu reden vom Flaggschiff, dem Rosso del Conte, einer erstmals 1970 von Conte Giuseppe's Grossvater auf der Lage San Lucio angebauten Cuvée aus den autochthonen Sorten Nero d'Avola (62 Prozent) und Perricone (38 Prozent) – ein Spitzenwein, der für sich in Anspruch nimmt, der erste sizilianische Wein von einer bestimmten Lage gewesen zu sein.

Noch heute schwärmt der Ätna-Purist Frank Cornelissen, von Natur und Praxis her kein Nero-d'Avola-Fan, vom 1983er Rosso del Conte: «Tasca ist das andere, alte, patriarchalische Sizilien, undenkbar hier am Ätna, dieser Insel auf der Insel.» Der Rosso del Conte ist ein Schwergewicht. Sizilianischer Barock, aber keineswegs ein pampiger oder marmeladiger Wein. Für seine Eleganz sorgen eine saftige Säure, kräftige, aber schön eingebundene Tannine und ein spürbares, aber nicht aufdringliches Mass an neuem Holz (Vanille). Die Frucht (Zwetschgen, Brombeeren) ist präzise, die Würze aufregend, ebenso wie der Nachhall von etwas Teer und Rauch. Der Rebberg, von dem dieser Supersizilianer kommt, umfasst gerade mal acht Hektaren. Gemessen an den Latifundien von Regaleali ein mit dem Tropfenzähler produzierter sizilianischer Bordeaux-Konkurrent.

Tasca Tenuta Regaleali Rosso del Conte 2014. 14%. Bindella, Zürich. Fr. 47.–. www.bindella.ch



Salz & Pfeffer

Koch des Jahres

Von David Schnapp

Seit fast zehn Jahren besuche ich «The Restaurant» von Heiko Nieder im «Dolder Grand», regelmässig habe ich hier über ihn geschrieben. Einfach deshalb, weil mich

seine Küche fasziniert, weil sie tatsächlich unvergleichlich und einzigartig ist. Nun hat der «Gault Millau» Nieder zum «Koch des Jahres 2019» ausgerufen, und kaum einer hat diese grösste Auszeichnung, welche in der Schweizer Spitzengastronomie zu holen ist, so verdient wie der gebürtige Hanseat. Nieders Gerichte basieren auf solider Klassik, die er aber mit den Möglichkeiten der modernen Technik erweitert. Vor allem aber nimmt er einen als Gast mit auf eine Reise durch das Aromenspektrum: Mein letzter Besuch begann asiatisch, mit einer Reisrolle mit Ei, eingelegten Pilzen, Sesam und Wasabi – weich, wohlrig, nussig und leicht scharf. Sie führte zu einer herrlichen Sommerfrische aus kühlen Flusskrebse mit süsser Melone, ätherischem Bronzefenchel und Koriander sowie wiederum leicht scharfem grünem Curry. Und dann, plötzlich, wechselt die Temperatur und eigentlich auch der Ort, plötzlich blickt man in Gedanken auf den Atlantik, wo

ein Steinbutt herkommt. Eingerollt ist er in knusprigen Brik-Teig, und serviert wird er mit Kopfsalat an einer leicht mayonnaisigen Sauce, mit der herben Säure von etwas Kapern.

Mit fast kindlicher Spielfreude kombiniert sich Nieder durch die Welt und ihre schier unendlichen Geschmacksmöglichkeiten. Das schmeckt mal mediterran, mal japanisch oder weckt plötzlich die Sehnsucht nach Thailand. Und so verspielt das alles erscheint, so hochpräzise wird es in vollendeter Perfektion präsentiert. Heiko Nieder und sein Team gestalten Gerichte, die sinnlich sind, aber auf einer Nullfehler-toleranz basieren.

The Restaurant. Kurhausstrasse 65, 8032 Zürich. Tel. 044 456 60 00. Sonntags und montags geschlossen.

David Schnapp ist Autor beim «Gault & Millau Channel».



Auto

Mein innerer Frieden

Der Porsche 911 GT3 RS ist ein Rennwagen mit Strassenzulassung, garantiert aber Tiefenentspannung. Von David Schnapp (Text und Fotos)

Das Auto ist knallgrün, laut und bretthart. Und doch: Auf dem Weg zu einer Passfahrt erfasste mich am Steuer des neuen Porsche 911 GT3 RS plötzlich ein warmer innerer Frieden. Als Autotester in Hochleistungsfahrzeugen, die einem nie gehören, kennt man auch Schweiss Hände und Gedanken, die sich mit der Wahrscheinlichkeit technischen Versagens befassen und die sich nicht so einfach wegwischen lassen.

Aber im knallgrünen, lauten und brettharten GT3 RS, dem junge Männer mit Handys nachlaufen, um Fotos zu machen, und andere «Geiles Auto!» nachrufen, kann ich tiefenentspannt loslegen. Ein Kollege und Autoliebhaber, den ich mitnehme, sagt es so: «Das Problem mit diesen Porsches ist, dass sie so verdammt perfekt sind.» Gerade deshalb ist dieses Auto mit Saugmotor, Heckantrieb, Hinterachslenkung und obszön grossem Spoiler ideal für den Weg zum inneren Frieden. Denn ich weiss, wenn ich jetzt gleich so zügig, wie es im Rahmen der herrschenden Verhältnisse

und der Strassenverkehrsordnung halt möglich ist, den Klausen hochjage, kann eigentlich nichts schiefgehen.

Dabei ist der GT3 RS nicht in erster Linie für die Passstrasse gemacht, sondern für die Rundstrecke. Ein Rennwagen mit Strassenzulassung – eine Disziplin, die kaum jemand besser beherrscht als die Spezialisten von Porsche, die serielle Massenproduktion betreiben und gleichzeitig in der Lage sind, gerade bei solchen Fahrzeugen eine Aura der individuellen Besonderheit zu bewahren.

Kurven wie mit einem Zirkel

Der Saugmotor im Heck heult kreissägeartig auf, wenn man ihn bis fast 9000 Umdrehungen pro Minute aufdreht. 3,2 Sekunden später ist Tempo 100 km/h erreicht. Gut gefällt mir auch das kurze trockene «Brrmpff!», das den Doppelendrohren entweicht, wenn man über das blitzschnelle Doppelkupplungsgetriebe schaltet. Die (ziemlich kostspielige) Rennsporttechnik sorgt dabei für ein Mass an Präzi-

sion beim Lenken, dass Kurven in einer Geschwindigkeit möglich sind, als würde man mit einem Zirkel Kreise auf ein weisses Blatt Papier zeichnen.

Man darf sich dabei nichts vormachen, der GT3 RS ist ein Liebhaberobjekt. Nüchtern betrachtet, ist er etwa gleich teuer wie ein deutlich alltagskompatiblerer 911 Turbo S, der erst noch schneller ist. Der GT3 RS ist dafür nahezu kompromisslos. Er ist die Vinylschallplatte unter den Sportwagen, während der Turbo S in diesem Vergleich Spotify darstellt.

«Würdest du dir so was kaufen?»), fragt mich mein Kollege, nachdem ich ihm das Sprintvermögen des GT3 RS demonstriert habe. Während es den Beifahrer in den straffen Carbon-Vollschalensitz presst und er vergeblich nach dem nicht vorhandenen Haltegriff sucht, freue ich mich diebisch wie mein Siebenjähriger, wenn er mich mit irgendeiner Tröte für Kinder erschreckt. Und: Ja, natürlich würde ich den kaufen, gerne auch in Lizard-Grün. Nur hätte ich dafür wohl einen anderen Beruf ergreifen müssen.

Porsche 911 GT3 RS

Leistung: 520 PS/383 kW, Hubraum: 3996 ccm;
Höchstgeschwindigkeit: 312 km/h;
Beschleunigung 0–100 km/h: 3,2 sec;
Verbrauch (EU-Norm): 12,8 l/100 km;
Preis: Fr. 258 200.–, Testauto Fr. 275 300.–

Darf man das?

Leser fragen, die *Weltwoche* antwortet



Darf man die Bibel neben ein Buch von Darwin stellen, oder ist dies schon Blasphemie?

Bettina Stabel, Zufikon

Charles Darwin hatte nur einen Studienabschluss – nämlich den eines Bachelors in anglikanischer Theologie von der Uni Cambridge. Schon deshalb spricht nichts gegen die Nachbarschaft im Bücherregal. Die biblischen Inhalte sind Christen und Juden zwar heilig. Heilig ist jedoch nicht das Papier, und von ihm geht auch keine magische Wirkung aus. Deshalb braucht es gegenüber diesem Buch keinen Kult. Der Respekt vor den Inhalten sollte allerdings im Umgang mit der Bibel zum Ausdruck kommen. Die Juden werfen deshalb ausgediente Bibeln nicht ins Altpapier, sondern vergraben sie in der Erde. Auch Christen sollten die Handhabung der Bibel von derjenigen mit sonstigen Büchern unterscheiden. Das tun sie auch weitgehend. *Peter Ruch*

Ihre Fragen zum modernen Leben mailen Sie uns bitte an darfmandas@weltwoche.ch. Oder schreiben Sie an Redaktion *Weltwoche*, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich. Jede veröffentlichte Zuschrift wird mit einem *Weltwoche*-Abonnement honoriert. Nicht veröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Leserbriefe

«Die EU ist und bleibt eine Fehlkonstruktion, die seit zehn Jahren nur noch künstlich am Leben erhalten wird.» *Walter Portmann*

«Darf es sonst noch was sein?»

Nr. 41 – «Putins Richter»; Roger Köppel über die Selbstbestimmung der Schweiz

Die Selbstbestimmungsinitiative ist das Kind einer unehelichen Beziehung zu unserer penetranten Nachbarin. Diese mischt sich in unsere Versorgung ein, sagt, wo wir in welcher Qualität einkaufen, wie wir unseren Grenzzaun gestalten sollten und dass unser Haus auch Platz bieten müsse für ihre Familie und Verwandtschaft sowie in welcher Form diese zu bewirten seien. Dass wir unseren eigenen Eltern nur noch einen Schlafsack im Keller anbieten können, lässt sie kalt. Und wir beziehungsweise unsere Politiker in Bern lächeln über den Zaun und fragen unterwürfig: «Darf es sonst noch was sein?» *Peter Nietlispach, Dietikon*

Die Selbstbestimmungsinitiative richtet sich gegen die staatsübergreifenden Optimierungsmechanismen eines nur noch auf das Materielle bezogenen Internationalismus ohne jeglichen moralischen Hintergrund und ohne politische Grundwerte. Gegen einen vor dem Zusammenbruch stehenden globalen Finanzfaschismus und die daraus folgende unkontrollierbare Privat- und Staatsverschuldung als nationaler Auflösungsprozess. Resultate dieser Politik sind ein aufgeblähter und selbstgefälliger Sozial- und Wohlfahrtsstaat, die Einschränkung der Meinungsfreiheit sowie der Abbau demokratischer Rechte. Mit einem Nein wird das Volk ausgeschaltet.

Bruno Ackermann, Adligenswil

Damoklesschwert

Nr. 41 – «Neue Freiheiten»; Rolf Hürzeler über Brexit-Befürworter Marc Roche

Die EU hat seit ihrer Gründung derart viele Verstösse gegen eigene Regeln durchgehen lassen und kein Land je gebüsst oder rausgeworfen, wie es hätte sein müssen. Nein, sie hat sogar viele neue Länder aufgenommen, welche gelogen und betrogen haben, indem die Zahlen verfälscht wurden. Dass der Euro ein Fehler ist, beweisen die Wirtschaftskrisen der südlichen Staaten, und dass die EU dann den Rettungsschirm aufspannte und die Europäische Zentralbank (EZB) dazu zwang, den Südstaaten mit zig Milliarden zu helfen, verstösst gegen eigene EU-Richtlinien, aber das kümmerte komischerweise niemanden in der EU. Aber wehe, die Schweiz macht etwas, was der EU nicht passt, dann wird gleich gedroht und das Damoklesschwert ausgepackt! Dabei hat die Schweiz alles richtig gemacht: Sie hat Verträge eingehalten und die EU in allen Belangen unterstützt

(Gotthardröhre, Kohäsionsmilliarde, Aufnahme von Flüchtlingen, Schengen/Dublin-Abkommen etc.). Die EU hingegen hält sich an rein gar nichts, sie biegt sich alles nach ihrem Gusto zurecht und trampelt auf der Schweiz herum. Die EU ist und bleibt eine Fehlkonstruktion, die seit zehn Jahren nur noch künstlich am Leben erhalten wird. Die Schweiz sollte diese nicht mehr unterstützen, sondern ihr jeweils aufzeigen, was falsch läuft.

Walter Portmann, Wädenswil

Rufmord und Gerechtigkeit

Nr. 40 – «Krawallkultur als Justiz»; Urs Gehrig über US-Richter Brett Kavanaugh

Im Streit um die Wahl des konservativen Bundesrichters wurde der Gerüchteküche von den allermeisten Medien der Vorzug gegeben, obschon oder gar weil die Anschuldigungen nicht zu beweisen waren. Rufmord ist ein gemeines Verbrechen. Man stelle sich vor, die Demokraten hätten mit ihren Verleumdungen verhindert, dass ein unbescholtener Mann zum Richter gewählt worden wäre. Das hätte Schule gemacht. Die Gerechtigkeit wäre zu Grabe getragen worden. *Ruth Mäder, Appenzell*

Authentisch als Mensch

Nr. 40 – «Der stille Amerikaner»; Editorial von Roger Köppel

Herr Köppel irrt, wenn er schreibt, Kavanaugh sei abgestürzt, weil er die Fassung verloren habe und demnach kein unparteiischer, über den Dingen thronender Richter sei. Die heuchlerischen und über alle Massen gemeinen Verleumdungen waren allertiefste Schublade. Kavanaugh verteidigte als Mensch seinen Ruf und seine Ehre! Eine anwaltschaftlich-cool-anständige Rede wäre im Lichte all des Vorgefallenen absolut nicht angemessen gewesen. Er war schlicht berührend authentisch als Mensch. Wie es eben ein Richter in seinem Privatleben auch sein muss.

Kurt Gschwind, Lupsingen

Auch ein guter Journalist sollte nicht aus der Hüfte schiessen. Wie heisst es doch in den USA: «Hasty climbers have sudden falls.»

J. Robert Huber-Sala, Zürich

Leserbriefe

Wir freuen uns über Ihre Zuschriften. Je kürzer Ihr Brief, desto grösser die Chance, dass er veröffentlicht wird. Darüber hinaus muss er sich klar auf einen in der *Weltwoche* erschienenen Artikel beziehen. Die Redaktion behält sich vor, Kürzungen vorzunehmen.

Postadresse: Redaktion *Weltwoche*, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich.

E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch.

	1	2		3	4	5	6	7		8	9	10		
11				12										13
14										15			16	
17				18										
		19	20								21			
22	23					24	25			26				
27					28						29	30		31
			32	33						34	35			
36		37					38	39						40
41										42				
43							44					45		
46										47				

--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

Lösungswort — Formelhaft althergebrachte Wortverbindungen
 Die rosa eingefärbten Felder ergeben waagrecht fortlaufend das gesuchte Lösungswort.

Waagrecht — 1 Ein beiliegendes zusätzliches Blatt. 8 Der US-Bundesstaat ein Bienenstaat? Mormonisch-symbolisch betrachtet ja. 11 Der Fluss markiert ein Stück deutsch-belgische Staatsgrenze. 12 Sich in eine vorhandene Umgebung gut einfügen. 14 Besser konnte Beni nicht sein als in jener TV-Sendung. 15 Brauchen Kinder, Künstler und Ganoven. 17 Von der Flut zur Ebbe, aber eben nur fast. 18 Eine Gehilfin, doch keineswegs kriminell. 19 Eric, Musikkollege von Claude (Debussy) und Maurice (Ravel). 21 Sie, genau wie die Insel in Schottland. 22 Gedankstütze, zu vielem nütze. 24 Peleus nahm sich die Schönste der Neriden. 27 Schweinisch, was anders herum zu Wein verarbeitet wird. 28 Zwischen Himmel und Hölle, das war er. 29 Beim Zupfen gibt er schöne Töne von sich. 32 Der Alt-Bundesrat und er: ergibt einen flämischen Dichter. 34 The Project, und zwar jenes Parsons – ein Ohrenschmaus. 36 So dann nicht entschieden. 38 Spieren, Blöcke, Beschläge etc. ergeben eine, wie Segler wissen. 41 Menschenskind, das ist ja ein Druckmesser! 42 Gehört er zum Woody, macht er es denen meistens recht. 43 Der regelmässige Bezug einer Leistung ist klar beschränkt. 44 Farbe, nicht für Schwarzseher, sondern für Glücksspieler. 45 Beim Dolcefarniente geniesst man die Stunde. 46 Wo eine Schraube ist auch es. 47 Wozu auch Waldmäuse gehören.

Senkrecht — 1 Den Knaben haben Schweizer ins Herz geschlossen. 2 Ein Ernst, wie in der Romandie verbreitet. 3 Beim Getreide unerwünscht bis ungesund. 4 Sie und der wilde Kaiser, total animiert. 5 Berauschesendes Anisaroma, süss und schmackhaft. 6 Jean-Thomas kennen wir als Illustrator so dann besser. 7 Wie Seemänner die Schiffsbefestiger der robusten Art nennen. 8 Das Tier mit dem schlechten Ruf kennen wir auch von Grimm. 9 Federer und Nadal kennen ihn besonders gut. 10 Ein Berg, kein Zwerg für spanische Verhältnisse. 11 Wir sehen sie oft bei Fussballern. 13 Sie mit ihren Luftballons, war ein Hit. 16 Wo Äolus, Gott der Winde, das Licht der Welt erblickte. 20 Ort: seit jeher vom Verkehr über den Gotthard geprägt. 23 Bei ihm sind die Asse die höchsten Stechkarten. 25 Nicht nur Hamstern bekanntes Tun. 26 Zwei Hälften auswechseln, und schon wird Holz zu Schriftstück. 28 Bei belgischem Monarchen geziemende Anrede. 30 Fast schon museal, weil nicht digital. 31 Schauplatz und Handlung lassen sich auch so nennen. 33 Kind, kindisch dazu, stammt bestimmt aus Frankreich. 35 Lernen lässt es sich auch in den USA, wie auch immer. 36 Von Venedig ostwärts landet man in dieser Stadt. 37 How im Anhang und alles ist klar. 39 Dem Geschmack fehlt je nach Geschmack etwas. 40 Ein Richard als berühmter American Gigolo.
 ©Fritz Müller - Rätselfactory

Lösung zum Denkanstoss Nr. 588

S	L	D	U	B	A	I	U	N	I	O	N		
O	K	A	P	I	E	T	N	A	A	T	R	I	
P	R	O	F	E	S	S	U	R	I	M	A	G	E
A	E	S	E	N	A	M	I	E	E	L	A	T	
M	I	S	S	N	I	O	N	E	L	A	T	N	
S	P	A	L	T	E	O	L	E	S	E	I		
N	E	U	E	R	A	S	S	E	L	S	T	R	
A	T	F	I	R	S	T	E	S	T	E	E		
C	H	O	N	E	M	A	I	L	A	R	E	N	
K	A	M	E	E	A	L	I	N	E	A	R		
S	P	A	N	N	U	N	G	E	N	E	D	E	N
E	T	A	T	I	Z	O	N	E	N				

Waagrecht — 3 DUBAI 7 UNION 12 OKAPI 15 ETNA 16 ATRI (Patria) 17 PROFESSUR 18 IMAGE 19 AESEN 20 AMIE (franz. f. Freundin) 22 ELAT (israel. Hafenstadt, einziger Zugang z. Roten Meer und Ind. Ozean) 23 ISSN 25 ION 27 SPALTE (vulgär f. Scham) 30 LESE (Escl) 33 NEUE 34 RASSEL 37 STR (-eber) 39 FIRST 40 ESTEE (eigentlich Esther, dann Estée Lauder, Gründerin des Kosmetik-Unternehmens) 42 CHON 45 EMAIL 47 AREN 48 KAMEE 50 LINEAR 51 SPANNUNGEN 52 EDEN 53 ETAT (-jahr) 54 ZONEN

Senkrecht — 1 SOPA (span. f. Suppe) 2 LAOS 3 DIENST 4 BESAN 5 ATUM 6 INRI (Jesus Nazarenus Rex Judaeorum) 8 NAMENS 9 (v-)ITAL 10 ORGAN 11 NIET 13 KREMPE 14 PFELLE 21 EILE 24 SERIE 26 OELE 27 SNACKS 28 AUTOMAT (von lat. automatus, aus eigenem Antrieb handelnd) 29 OSSA 31 ESTRADÉ 32 IREN 35 ARMANI 36 STILLE 38 TEEREN 41 SAEEN 43 HAPE 44 NENA 46 LINZ 49 ENT

Lösungswort — SONNENSEITE



EMS
 WIR DENKEN WEITER

EMS – Innovativ, weltweit
 erfolgreich in den Geschäftsbereichen
 Hochleistungspolymere
 Spezialchemikalien

Eine Patek Philippe gehört einem
nie ganz allein.

Man erfreut sich ein Leben lang an ihr,
aber eigentlich bewahrt man
sie schon für die nächste Generation.



PATEK PHILIPPE
GENEVE

Beginnen Sie eine
eigene Tradition.



GUBELIN

gubelin.com/patek-philippe



Weltzeituhr Ref. 5230G